Genehmigt: 29.10.2026

**Protokoll 16**

**Stadtratssitzung**
**Donnerstag, 10.09.2026, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr**
**Rathaus, Grossratssaal**

Das Wortprotokoll mit Audio finden Sie auf unserer Website unter Audioprotokoll.

**Inhaltsverzeichnis**

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr .....2
2023.SR.0112 .....3
1 Begrüssung und Mitteilungen
2024.BSS.0101 .....4
2 Ersatzwahl in Schulkommission
2026.SR.0228 .....4
3 Protokoll Stadtrat 13 vom 02.07.2026; Genehmigung
2025.FPI.0070.....5
4 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2027-2030 mit Budget 2027; Abstimmungsbotschaft
Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr. .....33
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:30 Uhr .....34
2025.FPI.0070.....35
4 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2027-2030 mit Budget 2027; Abstimmungsbotschaft
Verschoben und eingereicht.....80
Schluss der Sitzung: 22.27 Uhr. .....82

**Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr**

*Stadtrat anwesend*

Jelena Filipovic, Präsidentin

Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Emanuel Amrein
Natalie Bertsch
Lea Bill
David Böhner
Jacqueline Brügger
Michael Burkard
Carola Christen
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Damian Fenner
Alexander Feuz
Dominik Fitze
Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Evelyne Grieb
Simon Gyger
Georg Häsler
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Anna Jegher
Nora Joos
Raphaël Karlen
Barbara Keller
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Corina Liebi
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Salome Mathys
Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanović
Niklaus Mürner
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Lea Schweri
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Ursula Stöckli
Sebâ Topuz
Raphaela Tschümperlin
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Janosch Weyermann
Karel Ziehli
Vera Zotter

*Stadtrat entschuldigt*

Oliver Berger
Gourab Bhowal
Bernadette Häfliger
Raffael Joggi
Ingrid Kissling-Näf
Nora Krummen
Maurice Lindgren
Michelle Steinemann
Irina Straubhaar
Béatrice Wertli

**2023.SR.0112**

## 1 Begrüssung und Mitteilungen

**Präsidentin**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmt doch sehr gerne Platz. Ich hoffe, ihr habt eure Wasserflaschen gefüllt, die Espressi getrunken – es wird eine sehr aufregende Sitzung. Darum würde ich vorschlagen, dass wir gleich loslegen und mit den Entschuldigungen beginnen.
Für beide Sitzungen abgemeldet haben sich Bernadette Häfliger, SP, Maurice Lindgren, GLP, Michelle Steinemann, Mitte, Oliver Berger, FDP, Raffael Joggi, AL, und Béatrice Wertli, Mitte. Für die zweite Sitzung abgemeldet ist Georg Häsler von der FDP.
Dann habe ich noch eine sehr freudige Mitteilung zu verkünden, und zwar: Laura Brechbühler ist Mutter geworden. Am Sonntag hat sie ihre Tochter Elodie zur Welt gebracht. Wir wünschen der ganzen Familie im Namen des Stadtrats alles, alles Liebe. Darum liegt hier vorne auch ein Glückwunschkärtchen bereit. Bitte vergesst nicht, es in der Sitzungspause zu unterschreiben und ihr alles Liebe zu wünschen.
Wie gewohnt, bitte das Badgen nicht vergessen. Die Vorstösse könnt ihr auch während der Budgetdebatte einreichen, und zwar: die dringlichen bis 21 Uhr und die übrigen bis 21.30 Uhr. Wir kommen zum Traktandum 2 von heute Abend. – Gibt es eine Diskussion aus aktuellem Anlass? – Dann sehr gerne die Diskussion aus aktuellem Anlass. Du kannst sie gerne begründen. Du musst dich noch rasch anmelden, Alexander.

**Alexander Feuz (SVP)**: Ich habe ihn gestern schriftlich eingereicht. Ich bin froh, dass ich ihn zusätzlich mündlich begründen kann. Ihr habt es gesehen: Wir haben heute die Finanzdebatte. Wir haben jetzt auch das Problem Viererfeld – 80 Mio. Franken Mehrkosten. Ich bin der Meinung, es wäre eigentlich im Umfeld der Finanzdebatte ein gutes Thema, an dem man sieht, wie die Stadt Bern wiederum Geld zum Fenster hinauswirft. Wir von der SVP haben immer grosse Bedenken gehabt. Man zerstört die grüne Lunge. Und jetzt müssen wir noch mehr Geld draufzahlen. Wir haben schlussendlich gar nichts. Wir haben die grüne Lunge zerstört und müssen auch noch mehr zahlen. Einige, Beati sunt, habe ich gesagt, für einige und nicht für die Mehrheit. Auch deswegen hoffe ich, dass die SP diesen Antrag unterstützt. Ihr seht, es wäre ein guter Einstieg vor der Finanzdebatte. Ich danke für die Unterstützung der Diskussion. Merci.

**Präsidentin**: Ihr habt es gehört: Es besteht der Antrag auf Diskussion als aktuellem Anlass. Damit wir darüber befinden können, ob es eine Mehrheit gibt, die Diskussion zu führen, könnt ihr jetzt einmal darüber abstimmen: mit Grün Ja zustimmend und mit Rot ablehnend.

Antrag 1
SVP
Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR): Massive Kostenüberschreitung von CHF 80'000‘000 im Zusammenhang mit der Überbauung Viererfeld. Der Stadtrat habe das weitere Vorgehen zu diskutieren.

Abstimmung Nr. 005

| 2023.SR.0112: Antrag 1 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 13 |
| Nein | 42 |
| Enthalten | 2 |

**Präsidentin**: Die Diskussion aus aktuellem Anlass wurde abgelehnt.

**2024.BSS.0101**

## 2 Ersatzwahl in Schulkommission

**Präsidentin**: Wir kommen also wieder zurück zur Traktandenliste, zum Traktandum 2, Ersatzwahl in die Schulkommission Kirchenfeld-Schlosshalde. Ich gebe der Kommission das Wort. Für die Kommission Corina Liebi.

**Corina Liebi (JGLP)** für die Kommission: Aufgrund des Rücktritts von Raphael Karlen per 31. Juli 2026 aus der Schulkommission Kirchenfeld-Schlosshalde ist eine Ersatzwahl nötig. Zur Wahl steht Eveline Krähenbühl von der FDP. Die Kommission empfiehlt sie einstimmig zur Wahl. Wir danken Raphael Karlen für seine geleistete Arbeit und wünschen der neuen Kandidatin alles Gute im Amt.

**Präsidentin**: Herzlichen Dank. Besteht hier Diskussionsbedarf? Das scheint nicht der Fall zu sein, von den Gemeinderät*innen ebenfalls nicht. Dann kommen wir jetzt zur Wahl. Ihr habt es gehört: Nominiert ist Eveline Krähenbühl von der FDP als Mitglied in die Schulkommission Kirchenfeld-Schlosshalde. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann stimmen wir jetzt mittels Handerheben ab.

Wahl

| 2024.BSS.0101 |
|---|
| *Einstimmig per Handerheben gewählt.* |

**Präsidentin**: Vielen Dank. Gibt es Enthaltungen? – Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann gratulieren wir zur einstimmigen Wahl in die Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde.

**2026.SR.0228**

## 3 Protokoll Stadtrat 13 vom 02.07.2026; Genehmigung

**Präsidentin**: Wir kommen zum Traktandum 3, Protokoll der Stadtratssitzung vom 2.7.2026. Es sind bei uns keine Änderungsanträge eingegangen. Ist das Protokoll bestritten? – Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann ist das Protokoll somit genehmigt und wir danken den Verfassenden herzlich.

Abstimmung

2026.SR.0228

*Stillschweigende Genehmigung*

**2025.FPI.0070**

## 4 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2027-2030 mit Budget 2027; Abstimmungsbotschaft

### Grundsatzdebatte

**Präsidentin**: Jetzt kommen wir zum Kernstück der heutigen Stadtratssitzung, zum Traktandum 4. Wir besprechen heute den AFP 2027 bis 2030 mit dem Budget 2027 und die entsprechende Abstimmungsbotschaft. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die FIKO Johannes Wartenweiler. Du musst dich noch ganz kurz anmelden.

**Johannes Wartenweiler (SP)** für die Kommission: Zuerst einmal möchte ich mich namens der Kommission beim Gemeinderat und bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit bedanken. Der Budgetprozess ist ein zentraler, das ganze Jahr dauernder Prozess der Steuerung und der Führung der Stadtfinanzen. Wir haben inzwischen einiges an Praxis entwickelt, auch in der FIKO. Aber wir sind diesbezüglich noch lange nicht am Ende. Die FIKO wurde so weit wie möglich auf dem Laufenden gehalten. Grundlagen, Annahmen etc. hat uns der Gemeinderat vorgelegt.
Wir haben uns eingebracht, etwa mit einer kritischen Würdigung der erwarteten Steuererträge. Es gab unter dem Titel "Die Strasse von Hormuz" diesbezüglich einige Vorbehalte. Am Schluss aber ist es das Budget des Gemeinderates. Und die FIKO hat es mit einer klaren Mehrheit von 8 zu 3 Stimmen angenommen. Nun liegt die Angelegenheit beim Stadtrat.
Das Budget des Gemeinderats präsentiert sich mit einem leichten Defizit von 2,5 Mio. Franken. Das mag politisch den einen nicht gefallen. Buchhalterisch ist es aber in Bezug auf die laufende Rechnung recht unerheblich. Das prognostizierte Defizit bewegt sich im Bereich der Prognoseunschärfe und ist durch Eigenkapital gedeckt. Erst die Rechnung wird diesen Prozess beenden. Wenn sich allerdings unterjährig grobe Abweichungen vom Budget nach unten ergeben, ist der Gemeinderat in der Pflicht zu handeln. Alle Anträge, die konkrete Einsparungen verlangten, hat die FIKO indessen abgelehnt.
Das Budget versucht, den eingeschlagenen finanzpolitischen Kurs des Gemeinderats zu halten, was, wie gesagt, nicht ganz gelingt. Aber es geht darum, ein labiles Gleichgewicht zwischen den Anforderungen an die Finanzen und den Aufgaben eines öffentlichen Gemeinwesens zu suchen. Wir haben Anspruchsgruppen auch ausserhalb des Stadtrats. Wir haben die Politik als eine Anspruchsgruppe. Dazu gehört auch der Kanton, der uns überwacht. Wir haben die Medien, die bei den Finanzen immer sehr genau hinschauen. Und wir haben die Bevölkerung, die am Schluss entscheidet, und ihr müssen wir das Budget vorlegen. Die Vorgaben des Gemeinderats bei gleichbleibendem Steuerfuss von 1,54 waren klar: Es wird keine grossen Sparpakete geben und keine neuen Aufgaben.

Dem Gemeinderat ist es wichtig, nicht nur die finanziellen Ressourcen optimal einzusetzen, sondern auch den Beschäftigten der Stadt möglichst keine Lasten aufzubürden, die sie nicht stemmen können. Das ist auch aus unserer Sicht zu begrüssen. Das grosse Engagement der Beschäftigten, ihre Fluktuation, Krankheiten und der Arbeitsmarkt sind Dinge, die wir auch ernst nehmen und berücksichtigen sollten. Im IAFP 2027 bis 2030 hat der Gemeinderat Defizite von 17 bis 34 Mio. Franken fortgeschrieben. Er will diese Entwicklung indessen mit einer strategischen Priorisierung von insgesamt 40 Mio. Franken in den nächsten Jahren brechen und geht damit von Überschüssen von 2 bis 11 Mio. Franken aus.
Diese strategische Priorisierung ist um ein Jahr auf 2028 verschoben worden. Und hier muss ich ehrlich sagen, und ich bin vermutlich nicht der einzige: Diese strategische Priorisierung ist eine komplette Blackbox. Der Gemeinderat selbst sagt, dass dieser Prozess schweizweit einzigartig sei. Ob sich die Ergebnisse dieses Prozesses so umsetzen lassen, werden wir sehen, wenn die Blackbox irgendwann geöffnet wird.
Der Gemeinderat hat seine eigene Finanzstrategie zwar nicht aufgegeben, aber modifiziert. Im Mittelpunkt steht ein frei verfügbares Eigenkapital von 100 Mio. Franken, um die Risiken zu minimieren. Für uns war überraschend, dass das Einbrechen der Steuereinnahmen als das grösste aller Risiken benannt wurde. Wir haben aber, das muss man auch sagen, sehr positive Steuerprognosen, so dass dieses Risiko in der Tat beträchtlich ist. Man muss aber dazu auch sagen: Diese sehr optimistische Steuerprognose gibt dem Gemeinderat Handlungsspielraum, ist also auch ein politischer Entscheid.
Gegenüber dem letzten Budget steigen die Einnahmen und die Ausgaben um je etwa 50 Mio. Franken. Einnahmenseitig, das habe ich schon gesagt, sind es die Steuern. Ausgabenseitig sind zwei Faktoren zu berücksichtigen: erstens die Schulen und die Kinderbetreuung. Schulen sind eine öffentliche Aufgabe. Die müssen wir aus dem öffentlichen Haushalt finanzieren. Im Unterschied zu den Kitas befinden sich die Schulen nicht in einer Sonderrechnung, sondern sind Teil des ordentlichen Budgets. Solange die Entwicklung mit steigenden Schülerzahlen in einer wachsenden Stadt weitergeht, kommen wir nicht darum herum, die Mehrkosten zu finanzieren.
Zweitens haben wir beim Finanz- und Lastenausgleich nächstes Jahr 16 Mio. Franken mehr zu bezahlen. Dieses Konstrukt des Ausgleichs ist indessen im Budget für uns nicht ganz nachvollziehbar abgebildet, um es wirklich zu begreifen. Und da gibt es noch einiges zu diskutieren, auch im Gespräch mit dem Kanton.
Zu den Investitionen: Diese sind im Budget nur über die Folgekosten abgebildet – Abschreibungen, Zinsen und Betriebskosten. Die Investitionsplanung des Gemeinderats nimmt der Stadtrat indessen hier einfach zur Kenntnis. Über grössere Investitionen entscheidet die Stimmbevölkerung zwingend. Politisch sind wir aufgrund der Abstimmung der letzten Jahre diesbezüglich auf der sicheren Seite. Aber es ist kompliziert. Ich möchte dazu 3 Zahlen nennen: 80, 132 und 160 und je Million hinten anfügen.
80 Mio. Franken ist die Zahl, die die Stadt durchschnittlich pro Jahr aus eigenen Mitteln, also aus Abschreibungen, Überschüssen etc. aufbringt, um ihre Infrastruktur zu unterhalten. Wir sind im Moment aber bei einem Bedarf von etwa 132 Mio. Franken. Und wir tätigen tatsächlich Investitionen von jährlich rund 160 Mio. Franken. Wir bewegen uns also hier in einem grossen Delta zwischen dem, was wir aus eigener Kraft finanzieren können, und dem, was wir tatsächlich investieren. Es gilt somit, die Diskussion zu führen, ob und wie wir in Zukunft eine gute Infrastruktur mit einem vernünftigen Schuldenlevel kombinieren können.
Bemerkenswert ist auch, dass im AFP neben dem Werterhalt auch wieder erhebliche zusätzliche Ausgaben von rund 272 Millionen für neue Infrastruktur vorgesehen sind.

Wir müssen also sehr genau hinschauen, wo wir etwas machen wollen und wo wir allenfalls verschieben oder gar verzichten müssen. Die Schulden steigen in diesen Jahren zwischen 21 und 27,5 Mio. Franken pro Jahr. Wenn das 2, 3 Jahre so weitergeht – damit kann man leben. Aber wenn es immer so weitergeht, werden wir ein Problem haben. Und das grösste Problem sind langfristig die Kapitalmärkte, die nicht auf die Stadt Bern und ihre Finanzsituation Rücksicht nehmen werden. Wir werden deshalb die Frage stellen: Welche Investitionen sollen wir tätigen, welche können wir verschieben, wie hoch soll die Verschuldung sein? Das ist ein Prozess, den die FIKO seit Anfang ihres Bestehens führt und weiterführen will. Aber wir lehnen konkrete Anträge bezüglich Selbstfinanzierungsgraden ab, weil die Mehrheit der FIKO der Ansicht ist, dass dieses Instrument zu grob ist.
Abgelehnt haben wir in der FIKO auch Anträge auf höhere Unternehmenssteuern. Weder wissen wir, ob sie die finanzielle Situation der Stadt tatsächlich verbessern, noch hat es vorgängig dazu je Diskussion gegeben.
Wir haben ausserdem beschlossen, zwei Themenblöcke vertieft zu behandeln, dazu brauchen wir aber keine Planungserklärung, sondern den festen Willen des Gremiums. Wir wollen den Finanz- und Lastenausgleich genauer unter die Lupe nehmen und schauen, wie sich diese Finanzflüsse im Finanzhaushalt wirklich auswirken. Dazu führen wir Diskussionen mit der Finanzverwaltung und werden vermutlich auch mit dem Kanton in Diskussion treten.
Zum anderen geht es um die Diskussion bezüglich Transparenz, wie sie auch schon vor einem Jahr gestellt wurde. Anträge dazu hat die FIKO mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Aber die neuen Budgetprozesse und die neue Berichterstattung sind erst vor einigen wenigen Jahren eingeführt worden. Wir wissen inzwischen, dass bezüglich Leserlichkeit und Verständlichkeit nicht der Grad erreicht ist, den wir uns wünschen. Im neuen Prozess sind vermutlich viel zu viele Informationen verloren gegangen. Die FIKO hat sich deshalb den Auftrag erteilt, diesen Prozess allenfalls mit externer Begleitung zu überprüfen und zu verbessern und damit auch dem Anliegen nach mehr Transparenz Rechnung zu tragen. Auch die Finanzdirektion unterstützt diesen Prozess. Dies scheint uns um Meilen sinnvoller als eine weitere Planungserklärung zuhanden des Gemeinderates. Wir haben es in der Hand, die Eckwerte selbst festzulegen, und wir werden dies auch tun.
Zuletzt müssten wir als FIKO den Gemeinderat in die Pflicht nehmen, uns in Zukunft wieder Budgets zu überweisen, bei denen alle Positionen stimmen. Beim aktuellen AFP wurde offenbar bis zum letzten Moment um Posten gerungen. Die entsprechenden Entscheidungen sind aber im Budget nicht oder ungenügend abgebildet. Es geht nicht an, dass eine Planungserklärung zum Museumsquartier als erfüllt beschrieben wird, die nötigen Mittel aber nicht eingestellt werden. Und die Frage rund um die Abstimmungscouverts wird uns hier im Laufe der Debatte noch beschäftigen. Es hat zu sehr grosser Verwirrung gesorgt. Ich finde, solche Pannen dürfen dem Gemeinderat in Zukunft nicht mehr passieren. Das ist nicht gut fürs Vertrauen. Und wir haben uns diesbezüglich auch klar ausgedrückt.
Wie gesagt: Wir empfehlen euch das Budget mit 8 zu 3 zur Annahme und die Planungserklärung mit 7 zu 3 zu 1 zur positiven Kenntnisnahme. Und die Minderheitsanträge begründet jetzt die Minderheit.

**Präsidentin**: Als nächstes Laura Curau für die Minderheit.

**Laura Curau (Mitte)** für die Kommissionsminderheit: Ich spreche im Namen der FIKO-Minderheit, die sich in 5 Minderheitsanträgen widerspiegelt. Sie sind das Resultat ebenfalls der von Johannes erwähnten vertieften Auseinandersetzung in der Kommission. Es geht zusammengefasst um 3 Kategorien: Das Kantonsniveau, die Schulden und den Selbstfinanzierungsgrad. Erstens: der Kantonsvergleich: Heute erbringt die Stadt Bern in verschiedenen Bereichen Leistungen über dem gesetzlichen Minimum und den kantonalen Vorgaben. Die FIKO-Minderheit fordert mit dem Antrag 46, dass solche Mehrausgaben künftig im AFP separat ausgewiesen und begründet werden müssen. Zudem fordert eine FIKO-Minderheit mit Antrag 16, dass die Stadt bei neuen Beiträgen und Subventionen nicht über kantonale Mindestanforderungen hinausgeht.
Zweitens eine Entschuldungsstrategie: Bis Anfang 2027 fordert eine FIKO-Minderheit im Antrag 26 eine mittelfristige Entschuldungsstrategie. Ein Verschuldungsniveau, das mit der eigenen Finanzstrategie des Gemeinderates vereinbar ist, ist zentral für die Handlungsfähigkeit unserer Stadt. In dieser Forderung spielt auch der Antrag 25 für einen verbindlichen Streichkatalog. Wer das Ausgabenwachstum bremsen will, kann das Problem nicht einfach auf die nächsten Jahre verschieben. Die FIKO-Minderheit fordert deshalb bis Mitte 2027 einen Katalog mit verbindlichen Streichungen, Verschiebungen oder Redimensionierungen.
Und drittens ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 55% ab 2028: Die prognostizierte Verbesserung des Selbstfinanzierungsgrads ab 2029 stützt sich auf eine Investitionsplanung, die noch nicht ausgereift ist, findet die FIKO-Mehrheit. Die Zahl von über 80% im Jahr 2030 ist mit Vorsicht zu geniessen, zumal sich der Investitionsbedarf in der Vergangenheit stets weiter erhöht hat. Das Ziel soll schrittweise erreicht und die Schritte sollen gemacht werden. Bei ausserordentlichen Umständen soll der Gemeinderat dies begründen und abweichen können.
Die FIKO-Minderheitsanträge verlangen Transparenz, Verbindlichkeit und Konsequenz und stützen sich auf die gemeinderätliche Finanzstrategie. Im Namen der Antragstellenden bitte ich euch, die Minderheitsanträge zu unterstützen.

**Präsidentin**: Herzlichen Dank für den Start in die Grundsatzdebatte zum AFP von der FIKO. Ihr könnt euch jetzt für die Fraktionserklärungen anmelden. Ihr habt dafür jeweils 10 Minuten Zeit. Als erstes Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

**Alexander Feuz (SVP)** für die Fraktion: Ich danke der Verwaltung für die Vorarbeiten. Ich muss es ganz klar sagen: Die SVP lehnt die Sache ganz klar und entschieden ab. Es ist immer schlimmer geworden. Wir haben rekordhohe Einnahmen. Es wird immer schlimmer. Ihr habt bereits gesehen: Viererfeld – 80 Mio. Franken Mehrkosten. Die Diskussion habt ihr verweigert. Ich muss das akzeptieren. Aber ihr seht: So geht die RGM mit unserem Steuergeld um. Wir haben damals schon gewarnt. Wir zerstören die grünen Lungen. Was macht ihr damit? Ihr überbaut jetzt und jetzt werden wir noch mehr Steuern zahlen müssen. Man muss noch mehr zahlen. Das geht nicht. Früher habe ich gesagt: The same procedure as every year. Das ist der Mann, der an Neujahr über den Tiger stolpert. Aber es ist noch viel, viel schlimmer.
Ihr macht noch viel mehr Chaos. Ihr habt rekordhohe Einnahmen und ihr macht alles kaputt. Wir haben einen Aufwandüberschuss. Wir müssen auch ganz ehrlich sagen: Es ist nicht ein Aufwandüberschuss, es ist ein Defizit. Was ihr nicht gerechnet habt, ist: Auch beim Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik habt ihr einen Aufwandüberschuss. Auch die Sonderrechnung hat einen Aufwandüberschuss. Das ist genau das gleiche wie in Deutschland mit dem Sondervermögen. Das sind Schulden. Aber man sagt dem

in Deutschland Sondervermögen. Wir haben daher meines Erachtens ein Defizit von 8,43 Mio. Franken. Das müssen wir klar auf dem Tisch haben.
Ihr seht auch, wie viele Milliarden Schulden wir haben. Es wird immer schlimmer. Das Tragische ist: Dass Abläntschen oder Lauterbrunnen, das 4 Feuerwehren finanzieren muss, wovon von der Gebäudeversicherung nur eine bezahlt wird, ein Problem, ein Strukturproblem haben, ist mir klar. Aber ihr verschwendet das Geld und verschleudert es. Und es wird immer schlimmer. Und darum sollten wir nicht von Sondervermögen reden, darum müssen wir von Schulden reden.
Und jetzt kommt das nächste – EWB. Auch hier müssen sie 20 Mio. Franken zahlen. Wenn man auch dort genauer hinschauen würde, wäre es noch viel, viel höher. Wir zahlen das mit überhöhten Gebühren. Auch das muss man ganz klar sehen. Und wenn wir weiterfahren, sehen wir noch weitere Verbindlichkeiten. Wir haben langfristige Verbindlichkeiten von 3,57 Mia. Das muss man klar sehen.
Und jetzt müssen wir die Situation auch politisch anschauen. Schaut mal Hormus an, schaut mal die Ukraine an. Wenn die Inder plötzlich nicht mehr über Russland fliegen können oder was auch immer, dann haben wir auch weniger Touristen, dann haben wir auch weniger Einnahmen. Das ist etwas, das ihr wirtschaftlich gar nicht beurteilt. Wir schauen nur kurz. Und eines muss ich den ganz Linken zugutehalten. Sie sind wenigstens ehrlich. Sie wollen mehr Steuern. Wir lehnen den Antrag klar ab. Aber ich muss euch das von der PdA/AL zugutehalten. Sie wissen: Wenn man so fährt, wenn man das alles will, dann muss man mehr Geld haben. Seid wenigstens ehrlich. Ich habe immer gesagt, die Steuererhöhung wird nach den nächsten Gemeinderatswahlen kommen. Das muss man auch sehen.
Jetzt kommen noch die Argumente des Klimawandels. Was wollt ihr machen? Ihr zerstört das Gaswerkareal, ihr baut das Viererfeld. Und nachher sagt ihr, wir müssten dafür ein paar Trottoirs begrünen. Ich bringe euch immer das Beispiel: Wir haben auf dem Helvetiaplatz ein paar Plastikkübel und ein paar Bäume. Und dann meint ihr, ihr macht dort etwas für das Klima. Das ist eine absolut falsche Sache. Das läuft hier falsch. Und wenn ihr die Aussagen des Sicherheitsdirektors, des ehemaligen Stadtpräsidenten, nehmt, es sei eine Demo, die ein bisschen aus dem Ruder gelaufen ist. Da wird doch niemand mehr in der Stadt Bern investieren.
Und jetzt kommt noch etwas in den Vorbemerkungen: Fluch der bösen Tat. Die Motion Gubser hat man leider nie umgesetzt. Die Grünen werden sicher sagen, wenn man die umgesetzt hätte, hätten wir noch viel mehr Schulden. Nein. Leider hat man die nicht umgesetzt, denn dann hätten sie nicht das Geld für Blödsinn ausgegeben und für Blödsinn gebt ihr das Geld aus. Es wird immer schlimmer – darum: Fluch der bösen Tat.
Wir lehnen das alles ganz klar ab. Die SVP ist am härtesten. Ich sage euch das auch ganz klar. Ihr habt gesehen, dass wir weniger Anträge als andere Jahre gestellt haben. Ich sage euch ganz ehrlich: Es war auch ein bisschen intelligente Faulheit. Wenn wir gewisse Positionen streichen und einen massiven Kürzungsantrag stellen würden, dann wird der Antrag auf Streichung ohnehin hochkant scheitern. Darum haben wir jetzt auf diesen verzichtet. Aber ihr dürft wissen: Bei der Gleichstellung und was auch immer würden wir streichen. Beim anderen machen wir einfach so weiter, wie ihr seht. Ihr seht, ich lasse mich auch von einem Telefon nicht ablenken.
Es wurde auch kritisiert, dass wir gewisse Anträge nicht begründet haben; dies an die Adresse des Freisinns. Ich glaube, wir haben diese das letzte Mal schon en détail begründet. Es scheint uns klar, dass wir dem Gleichstellungsbüro nichts geben wollen. Auf die Kultur komme ich nachher noch zurück. Ich kann es nachher en détail noch

erwähnen. Ich werde es ganz kurz machen. Wenn meine Redezeit noch nicht abgelaufen ist, komme ich noch darauf zurück. Aber ich kann sonst noch als Einzelsprecher darauf zurückkommen. Dann können wir die Sache nachher anschauen.
Grundsätzlich zu den Anträgen: Die SVP wird alle Kürzungsanträge unterstützen. Es gibt auch Positionen, wo wir sogar Mehrkosten beschliessen – oder mehrheitlich. Das ist beispielsweise bei der Polizei und der Sicherheit. Ein Teil von uns wird den Antrag Emmaus unterstützen. Ich muss sagen: Wenn man Millionen verblödet, dann kann man, weiss Gott, auch für gewisse andere Sachen, Positionen, Geld ausgeben, für Leute, die es nötig haben. Da haben wir durchaus ein Herz. Das darf ich aber jetzt nicht zu stark begründen, sonst wird der Antrag abgelehnt. Aber ihr seht: Die SVP hat durchaus auch ein Herz für Anliegen von Schwächeren-Positionen, damit ihr das einfach seht. Sonst sind wir immer für die harten Sachen.
Meine Fraktion ist breit aufgestellt, ich werde gewisse Anträge kurz begründen. Und wenn ich zu lange rede, müsst ihr mir das dann sagen. Ich habe das Gefühl, etwa einen Drittel der Redezeit gebraucht zu haben. Vielleicht ist es auch schon die Hälfte. Ich kann nachher auch aufhören. Ihr kennt mich: Ich rede meistens frei Schnauze. Ich habe nicht ein langes Manuskript, das ich abarbeiten muss.
Ich komme jetzt zu gewissen Hauptanträgen. Zu den übergeordneten Anträgen werde ich mich kurz äussern. Nachher habe ich die Fraktion so aufgestellt, dass wir als Einzelsprecher pointiert und klar Stellung nehmen werden, um das Budget in aller Deutlichkeit zu versenken und abzulehnen. Ich weiss: Wir werden keine Unterstützung haben. Aber ich bin immer als Kassandra bezeichnet worden. Ich habe immer gesagt: Es wird nicht gut herauskommen. Der Stadtpräsident, der Ex-Stadtpräsident, hat mich immer so genannt. Aber schlussendlich hat Feuz jeweils trotzdem Recht bekommen. Man hat den Karren in den Dreck gefahren.
Jetzt seht ihr, was wir wollten. Das sind unsere Anträge. Ich komme zu den übergeordneten Anträgen. Neue Stellen seien vollumfänglich mit den vorhandenen Stellenprozenten zu kompensieren. Da gehen wir weiter als die FDP. Wir wollen eine massive Steuersenkung. Denn je mehr Geld wir haben, desto mehr Geld verdummt und verblödet ihr. Also muss man beim Staat kürzen.
Weiter haben wir das Haushaltsverbesserungspaket mit Wirksamkeit. Ertragsüberschüsse von 100 Mio. Franken müssen eingeplant werden. Ebenfalls sollen nur Nettoinvestitionen getätigt werden, die zu keiner Neuverschuldung führen, das ist der 29er. Der 31er ist auch wichtig. Man priorisiert die Ausgabenpolitik und beschränkt sich prioritär auf die notwendigen Ausgaben. Wünschenswerte Ausgaben dürfen nur getätigt werden, wenn die Finanzlage es zulässt und keine Neuverschuldung resultiert.
Der 32er ist chancenlos, aber ich stelle ihn trotzdem wieder. Stephan Ischi wird noch weitere Ausführungen dazu machen. Wir wollen vermehrt Wohneigentum, Stockwerkeigentum an guten Lagen fördern. Die Stadt Bern will das ja nicht. Die Stadt Bern soll ihre Wachstumsziele reduzieren und sich prioritär für die Interessen und Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerung und für den Erhalt der bestehenden Grünflächen einsetzen – ein Viererfeld, das ihr jetzt blödsinnig überbaut, und ein Gaswerkareal. Denn schlussendlich verdient die Stadt Bern gar nichts daran. Thomas Glauser wird dazu entsprechende Anträge einreichen, damit man sehen wird, dass ihr unsere Grundlagen zerstört. Das Wirtschaftliche und das Grüne macht ihr kaputt und bekommt dann trotzdem nichts dafür. Dann kommen wir zu Antrag 34. Das ist ein alter Antrag. Wir wollen nicht, dass man einen Leistungsvertrag mit Organisationen abschliesst, die Personen aus ideologischen Gründen ausschliesst, indem die Sicherheit dieser Personen nicht gewährleistet wird. Ihr wisst, wir haben aus politischen Gründen Hausverbot in der Reithalle. Wenn wir irgendwie Nigerianern wären oder Südafrikanern oder Südamerikanern,

die ins Historische Museum gehen möchten, keinen Zugang erlauben würde. In die Reithalle kann man die SVPler diskriminieren. Deshalb werden wir entsprechende Kürzungen verlangen bei der Leitung Kultur Stadt Bern, die das offenbar nicht im Griff hat.
*Die Präsidentin bittet den Votanten, zum Schluss zu kommen.*
Jetzt bin ich fertig. Ich werde später weiterfahren. Ihr seht, der Fundus ist offen und frei. Danke vielmals. Ich habe die Redezeit eingehalten.

**Präsidentin**: Als nächstes Katharina Gallizzi für die GB-JA!-Fraktion.

**Katharina Gallizzi (GB)** für die Fraktion: Wir haben gerade den heissesten Sommer seit Messbeginn erlebt und die UNO prognostiziert, dass sich die Welt bereits in 3 Jahren um mehr als die in Paris vereinbarten 1,5 Grad erwärmt haben wird. Und der Bundesrat und das Parlament wollen jetzt neue AKWs bauen. Laut einer Studie der KOF nimmt die Ungleichheit in der Vermögensverteilung in der Schweiz immer mehr zu, während National- und Ständerat die kantonalen Mindestlöhne verbieten wollen. Es gibt immer mehr Menschen mit Lebensmittelpunkt auf der Gasse und Pierre-Alain Schnegg will mit der neuen Sozialhilfeverordnung den Teuerungsausgleich auf dem Grundbedarf nicht gewähren. Der Bund und der Kanton schnüren Sparpakete, obwohl sie seit Jahren Überschüsse machen, damit sie mehr Waffen kaufen oder die Steuern senken können. In dieser Zeit, die geprägt ist von Widersprüchen und Krisen, präsentiert der Gemeinderat das Budget 2027 und hebt in seiner Medienmitteilung stolz das ausgeglichene Resultat hervor. Bereits zum zweiten Mal in Folge sei es ihm gelungen, seinem finanzpolitischen Kompass zu folgen, die finanziellen Reserven zu sichern und mehrheitsfähige Budgets ohne massive Sparpakete zu erstellen. Das klingt auf den ersten Blick mal gut. Beim genaueren Betrachten merkt man jedoch: Das Wichtige ist nicht das, was im Budget und im AFP steht, sondern vor allem das, was eben nicht drinsteht. Man muss sich fragen: Wie kam man zu diesem ausgeglichenen Budget und was heisst ausgeglichen eigentlich? Ein Budget ist keine exakte Wissenschaft. Es basiert auf unzähligen Annahmen, etwa darüber, wie hoch die Steuereinnahmen ausfallen, wie viel in Bauprojekte investiert wird oder wie viele Kinder sich für die Tagesbetreuung anmelden werden. All diese Faktoren muss man schätzen. Und weil es sehr viele Faktoren sind, die man schätzen muss, ist das Resultat entsprechend ungenau. Das sieht man auch, wenn man die Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre mit den jeweiligen Budgets vergleicht. Der Rechnungsabschluss wich zwischen 2023 und 2025 um 64, 72 respektive 30 Millionen vom Budget ab. Und weil niemand am Ende des Jahres verkünden will, dass man leider zu optimistisch budgetiert hat, sind die Prognosen immer konservativ und der Abschluss immer viel besser als geplant. Also, ein Budget macht Prognosen für die Zukunft. Und weil wir alle nicht hellsehen können, sind sie mit Fehlern behaftet.
Es ist darum irrwitzig, die Budgetdebatte mit dem Taschenrechner zu machen und alles einer schwarzen oder von mir aus auch roten Null unterzuordnen. Wir sollten uns vielmehr fragen: Welche Aufgaben muss diese Stadt in den nächsten Jahren übernehmen, damit sie weiterhin funktionieren kann und für all ihre Bewohnenden lebenswert bleibt? In Anbetracht der eingangs erwähnten Herausforderungen dieser Zeit ist für uns von der GB-JA!-Fraktion die Antwort klar. Bern als die linkste Stadt der Schweiz muss Haltung zeigen, der bürgerlichen Abbaulogik auf nationaler und kantonaler Ebene etwas entgegensetzen und Lösungen umsetzen. Das heisst, es braucht massive Investitionen in den Klimaschutz. Damit der Verlust der Artenvielfalt gestoppt werden kann, muss

das Biodiversitätskonzept endlich umgesetzt werden. Die Bildung muss gestärkt werden, damit die Chancengleichheit gefördert wird. Und die soziale Sicherheit muss oberste Priorität haben.
Ganz anders agiert aber der Gemeinderat. Anstatt sich zu fragen, was es in dieser Stadt braucht, wurde im Budget die Maxime hochgehalten, keine neuen Aufgaben zu schaffen oder diese an anderer Stelle wieder zu kompensieren. Und als ob das nicht schon absurd genug wäre, wird auch noch vorgeschrieben, dass die Kompensation innerhalb der jeweiligen Direktion zu geschehen hat, als ob eine Direktion ein in sich geschlossener logischer Kosmos wäre. Dies entbehrt jeglicher Logik und ist vor allem nicht nachhaltig.
Es gibt Dinge, die kann man nicht auf die lange Bank schieben, weil eine Verzögerung zu irreparablen Schäden und zu Mehrkosten in der Zukunft führt. Das gilt für viele Bereiche, die in diesem Budget weggespart respektive wegpriorisiert wurden, denn, so haben wir von der Finanzdirektorin immer wieder gehört: Wir sparen nicht, wir priorisieren nur. Was geschieht also, wenn man den Klimaschutz wegpriorisiert? Das muss ich euch nach diesem Sommer wohl nicht mehr erläutern. Die Schäden an Mensch und Natur sind teilweise irreparabel und auch in finanzieller Hinsicht enorm. Was geschieht, wenn man Personal wegpriorisiert? Die verbleibenden Mitarbeitenden werden entweder krank, was ebenfalls zu Mehrkosten führt, oder sie gehen, so dass das abgewanderte Know-how teuer extern wieder eingekauft werden muss. Was geschieht, wenn man den Strassenunterhalt seit Jahren vor sich hinschiebt? Es gibt Schlaglöcher, die zu Fallen für Velofahrende werden, und Wasser dringt in die Strassen ein, sodass der Unterbau kaputt geht, und man irgendwann eine Gesamtsanierung anstatt nur Belagsausbesserungen machen muss. Und was geschieht, wenn man die Frühförderung wegpriorisiert? Die Kinder haben Defizite, die sich in späteren Jahren auch mit aufwendigen Interventionen und Unterstützungsangeboten nicht mehr korrigieren lassen. Diese Beispiele illustrieren, dass das Budget, das uns der Gemeinderat hier vorlegt, weder nachhaltig noch verantwortungsbewusst ist und somit klar seinem eigenen finanzpolitischen Kompass widerspricht.
Sowohl der Gemeinderat als auch die Mehrheit in diesem Rat betonen immer, dass wir sparen müssen, um zukünftigen Generationen keine Schulden zu hinterlassen. Auch wir von der GB-JA!-Fraktion wollen Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen übernehmen. Die Finanzpolitik in dieser Stadt macht aber genau das Gegenteil. Sie häuft Schulden an in Form von nicht erledigten Aufgaben, von nicht unterhaltener Infrastruktur, von nicht umgesetztem Klima- und Artenschutz, von nicht ausreichend geförderten Kindern und von Burnouts bei den Mitarbeitenden.
All das sieht man in dem Budget aber nicht. Denn es bildet ja nur ab, was gemacht wird und nicht das, was nicht gemacht wird. Wir sind überzeugt, dass es Investitionen und Ausgaben gibt, die jetzt gemacht werden müssen, weil sie nicht aufgeschoben werden können. Sie sind wichtiger als ein ausgeglichenes Budget, das ja sowieso nur eine Schätzung ist.
Vor diesem Hintergrund sind auch unsere Anträge zu verstehen. In allen Direktionen haben wir diejenigen Aufgaben eingestellt, die aus unserer Sicht unverzichtbar sind und nicht wegpriorisiert werden dürfen. Wir erläutern sie dann in der Detailberatung. Nun zu unseren Anträgen 9 und 10. Wie gesagt, gibt es momentan viele Aufgaben und Investitionen, die nicht aufgeschoben werden können. Um sie zu finanzieren, gibt es zwei Möglichkeiten. Wir können entweder Geld aufnehmen, was zu mehr Geldschulden führt, oder wir können Mehreinnahmen generieren, das heisst die Steuern erhöhen. Wir schlagen vor, die Unternehmenssteuern zu erhöhen, weil der Kanton diese vor 2 Jahren

gesenkt hat. Auch mit der von uns angestrebten Erhöhung um 1 respektive 2 Steuerzehntel wäre die Unternehmenssteuer in der Stadt noch tiefer als vor der Senkung durch den Kanton. Es würde also die Unternehmen nicht in den Ruin treiben und auch zu der viel beschworenen Abwanderung wird es wahrscheinlich nicht kommen, denn die Standortvorteile von Bern wie Lebensqualität, Nähe zur Verwaltung und Politik, gute Verkehrsanbindungen etc. machen diese minimale Steuererhöhung locker wett. Die Steuererhöhung wäre also ein probates Mittel, um sich in den nächsten Jahren mehr finanziellen Spielraum zu erwirken.
Wir möchten aber im Gegensatz zu Antrag 8 nur die kürzlich gesenkten Unternehmenssteuern erhöhen, und geben darum unseren Anträgen Priorität. Bei unseren Anträgen 23, 24 und 44 sowie bei Antrag 22 der FDP geht es um Transparenz. Wie ausführlich dargelegt, zeigt das Budget nicht, was fehlt oder eben nicht eingestellt wurde. Diese Information ist aber entscheidend, um beurteilen zu können, ob das Budget auch hält, was es verspricht. Die Umsetzung der Anträge würde zudem den Stadträt*innen die Arbeit erleichtern, die Verwaltung entlasten und für faire Bedingungen sorgen, weil alle über dieselben Informationen verfügen würden. Das müsste auch im Sinne der Finanzdirektorin sein, die bei ihrem Amtsantritt Transparenz als oberste Priorität bezeichnet hat. Die meisten anderen Anträge in diesem Teil lehnen wir ab, weil sie gegen die ausgeführten Prinzipien verstossen, ausser natürlich Antrag 30, der dem Klimaschutz das Gewicht gibt, was wir fordern. Wir nehmen auch die Anträge zum Kleefeld-Schwimmbad an. Uns ist bewusst, dass das Bad momentan geschlossen ist. Trotzdem wünschen wir uns eine Sanierung in der Zukunft. Denn gerade im Westen, wo sich weniger Eltern private Schwimmkurse leisten können, ist der Bedarf an Wasserflächen für Kinder gross. Wir hoffen, dass der Rat das Budget in unserem Sinn noch korrigiert und werden dem Budget dann zustimmen.

**Präsidentin**: Als nächstes Natalie Bertsch für die GLP-EVP-Fraktion.

**Natalie Bertsch (GLP)** für die Fraktion: Das Budget hat in unserer Fraktion viel zu reden gegeben. Ich möchte gerne beginnen mit dem, was uns am Budget gefällt. Erstens: Der Gemeinderat präsentiert ein operativ ausgeglichenes Budget oder zumindest eines, das im Prognoseunschärfebereich liegt. Zweitens: Für sehr wichtig halten wir die Aufgabenpriorisierung durch den Gemeinderat. Es handelt sich dabei eben gerade nicht um ein Sparprogramm, sondern darum, das Aufgabenwachstum in Einklang mit dem Einnahmenwachstum der Stadt zu bringen. Anstatt das Problem von der Finanzierungsseite her anzugehen, also die Debatte einfach zu reduzieren auf die Frage, ob wir mehr ausgeben oder mehr sparen sollen, rückt diese Priorisierung den eigentlichen Kern der Diskussion in den Mittelpunkt. Welche Aufgaben, welche Leistungen erachten wir als wichtig und welche Ressourcen wollen wir dafür einsetzen? Drittens: Als letzten positiven Punkt möchten wir die im AFP budgetierten Überschüsse hervorheben. Wenn wir eines mitnehmen können aus diesen global instabilen Zeiten, ist es, dass die Stadt Bern mehr Eigenkapital braucht. Aus unserer Sicht geht es nicht darum, zu modellieren, welche Krise die Stadt wie treffen wird – die grössten Krisen, siehe Corona, hat niemand kommen sehen –, sondern einfach darum, ein Finanzpolster für Unvorhergesehenes zu haben. Das ist insbesondere wichtig, um mittelfristig auch die Unabhängigkeit gegenüber dem Kanton zu bewahren.
Es gibt aber auch einige Punkte, die uns nicht so gut gefallen. Erstens: Nicht gefallen hat uns erstmal die Symbolwirkung der roten Null, über die wir lange in der Fraktion diskutiert haben, und deren mögliche Auswirkungen oder Anreize wir wohl heute Abend

sehen werden. Auch die Verschiebung der Aufgabenpriorität, die bereits für dieses Budget versprochen war, wurde als ziemliche Überdehnung unseres Vertrauensvorschusses wahrgenommen. Zweitens: Besonders kritisch sehen wir, dass sich die Stadt Bern aufgrund des geringen Selbstfinanzierungsgrads um weitere 90 Mio. Franken verschulden muss. Es handelt sich hier eben nicht mal um eine einmalige Verschuldung für ein Grossprojekt, sondern eigentlich fast um eine jährliche Übung. Das bedeutet aber eben auch, dass wir zukünftigen Generationen Infrastruktur überlassen, deren Werterhalt finanziell nicht abgesichert ist. Und das wird auch den Gestaltungsspielraum dieser Generation einschränken.
Drittens: Als problematisch ordnen wir auch die Entwicklung der Schuldensituation ein. Bis zum Ende des AFP verpasst der Gemeinderat das diesbezüglich in der Finanzstrategie definierte Ziel. Insgesamt fehlt der Stadt damit finanzieller Spielraum für mehr Investitionen in die Zukunft unserer Stadt, nämlich Massnahmen für verstärkten Klimaschutz, Klimaanpassung, leistungsfähige Grundinfrastruktur und genügend Wohnraum.
Als nächstes möchten wir gerne Stellung nehmen zu den Anträgen aus dem Stadtrat. Der Eindruck, den wir in diesem Prozess gewonnen haben, ist, dass zumindest teilweise versucht wurde, den Stadtrat einzuspannen, um einige Verhandlungsergebnisse des Gemeinderats wieder rückgängig zu machen. Okay, wir verstehen das Spiel, finden aber nicht, dass wir hier gesamthaft als Stadt gewinnen. Denn demokratiepolitisch entsteht hier eine ungute Vermischung von Kompetenzen des Gemeinderats und des Stadtrats. In diesem Sinne lehnen wir auch die Anträge nach mehr Transparenz ab; nicht, weil wir Transparenz nicht wichtig finden, sondern weil sie aus unserer Sicht einfach am falschen Platz gefordert wird. Wichtiger finden wir, dass der Stadtrat in den Grenzen seiner Kompetenzen priorisieren kann und dass dies nicht nur dem Gemeinderat überlassen wird. Wir haben hier einen entsprechenden Antrag gestellt.
Wenn wir ein Budget gestalten wollen, das die tatsächliche Finanzkraft der Stadt Bern widerspiegelt und auch zukünftigen Generationen eine Stimme gewährt, dann bedeutet gestalten im Stadtrat eben auch priorisieren und nicht einfach immer neu bestellen. Wir denken, es ist sinnvoll, periodisch zu überprüfen, ob die Gesamtheit der bestellten Aufgaben noch tragbar ist oder allenfalls Priorisierungen oder Anpassungen nötig sind. Für uns ist dabei zum Beispiel klar, dass wir auf Leistungen über kantonalen Massstäben verzichten würden, weil wir Investitionen in Klimaschutzmassnahmen einfach höher gewichten. Wir verstehen unsere politische Verantwortung darin, diese Grundsatzentscheide und Weichenstellung in die Grenzen der finanziellen Mittel der Stadt zu legen. Wo wir allerdings mehr Transparenz und Ehrlichkeit fordern, ist gegenüber den Wählenden. Sie verdienen zu verstehen, welche Aufgaben und Investitionen die Stadt Bern finanzieren kann, und zwar nicht nur heute, sondern auch morgen. Auch bei dem Antrag heute Abend braucht es aus unserer Sicht Transparenz und einfach eine realistische Einordnung. Steuererhöhung als Lösung zu fordern, ist zwar einerseits konsequent mit der Forderung nach mehr Ausgaben. Und gleichzeitig gibt es ja erste Abschätzungen, dass eben die Finanzkraft der Stadt nicht nachhaltig gestärkt werden würde aufgrund zusätzlicher Transferleistungen, aber auch Wegzug-Dynamiken. Auf der anderen Seite finden wir es aber auch schwierig, bei allen Investitionen Ja zu sagen und dann das Budget aufgrund der hohen Schulden zurückzuweisen.
Als Entscheidungsträger*innen Es bleiben uns grundsätzlich 3 Ansätze in der Budgetfrage. Der erste Weg ist: Wir sagen, es gibt überhaupt kein Problem. Wir fahren die Ausgaben weiter hoch und lassen den Haushalt irgendwann gegen die Wand fahren, bis der Kanton eingreift, ein sogenanntes Hard Landing. Das hat die Stadt bereits einmal gemacht. Der Mittelweg wäre eine sanfte finanzpolitische Konsolidierung oder ein sogenanntes Soft Landing – keine Sparprogramme, aber klare Priorisierungen und eine

Sequenzierung der Reformen. Weg 3 wären sofortige, weitreichende Sparprogramme mit Aufgabenabbau und schneller Entschuldung, inklusive Investitionsstopp, einen sogenannten Hard Stop.
Wir als Fraktion stehen klar hinter dem Weg einer sanften Konsolidierung, den der Gemeinderat hier vorschlägt. Denn für uns ist klar: Wir wollen den Wählenden ehrlich und transparent kommunizieren, dass Handlungsbedarf besteht, insbesondere wenn wir mittelfristig vom Kanton finanziell unabhängig bleiben wollen. Wichtig finden wir auch, dass dieser Weg sozial verträglich ist. Abschliessend können wir uns vorstellen, das Budget des Gemeinderats anzunehmen, auch wenn es aus unserer Sicht an einigen Stellen schmerzt und wir durchaus einige Punkte sehr kritisch sehen. Wir sehen aber dieses Budget als nächsten Schritt in einem notwendigen Reformprozess und möchten auch anerkennen, dass budgetierte Defizite des vorherigen Gemeinderates erst einmal aufgeholt werden mussten und in diesem Budget auch noch sehr viel Aufholarbeit steckt. Reformen, insbesondere solche, die nachhaltig Wirkung zeigen sollen, brauchen Zeit. Obwohl die Schulden der Stadt zu hoch sind und mittelfristig sinken müssen, ist die aktuelle Zinsbelastung aufgrund der tiefen Zinslage für den Haushalt noch tragbar. Das gibt der Stadt gewissen Spielraum, die notwendigen Reformen gezielt und sequenziell anzugehen, anstatt alles auf einmal umsetzen zu wollen. In diesem Sinne unterstützen wir auch die Anträge zur schrittweisen Erhöhung der Selbstfinanzierungsquote sowie die Erarbeitung einer Entschuldungsstrategie für die Stadt.
Wir behalten uns aber dennoch vor, in der Schlussabstimmung anders zu stimmen, sollte der vom Gemeinderat vorgeschlagene Weg im Stadtrat keinen Konsens finden. Trotz der gegenteiligen Vorzeichen bleibt mir als Optimistin dennoch die Hoffnung, dass wir für diesen Weg eine Mehrheit in diesem Rat finden können. Ich verstehe, dass dies für die meisten von uns etwas Mut kosten dürfte, weil wir hier von allen Seiten Kompromisse machen müssten. Wir würden es aber als sehr grossen Erfolg werten, wenn uns dies in dieser Debatte gelingen würde.

**Präsidentin**: Vielen Dank. Als nächstes Laura Curau für die Mitte-Fraktion.

**Laura Curau (Mitte)** für die Fraktion: Es war zu schön, um wahr zu sein, dass letztes Jahr, 2025, der Gemeinderat ein ausgeglichenes Budget präsentiert und mit neuem Willen überrascht hat und der Stadtrat nur ein bisschen in einem kleinen Bereich an diesem Budget herumgeschraubt hat. Dieser Wille scheint verflogen. Statt bei rekordhohen Steuereinnahmen ein positives Budget vorzulegen, sehen wir wieder ein Minus vor uns. Statt die Aufgaben zu priorisieren, missbraucht der Gemeinderat die rekordhohen Steuereinnahmen und macht sich abhängig von guten Umsätzen von einzelnen Grossunternehmen und vom Mittelstand, der doch in diesem Rat nicht immer und immer weniger Gehör findet.
Wieder wird die Stadt 2027 Schulden aufbauen, statt das Eigenkapital zu erhöhen. Der Schuldenberg wächst und wird der nächsten Generation vererbt. Das ist einfach nur verantwortungslos. Ich habe das Budget und den AFP am Montag in der Parteiversammlung unseren Mitgliedern ausführlich vorgestellt. Und einmal mehr ist klar geworden, was vielen in dieser Diskussion ausserhalb von diesem Raum vielleicht nicht bewusst ist. Das Budget ist nur die Spitze des Eisbergs. Darunter liegen die Investitionsrechnung mit Selbstfinanzierungsgrad und Schulden. Und diese lassen sich nicht schönreden, auch wenn das heute wahrscheinlich einige Male versucht wird.
90 Millionen neue Schulden sind in einem einzigen Jahr 2027 vorgesehen. Das sind noch einmal mehr als dieses Jahr. Darum von "nur 2,5 Mio. Franken Minus" zu sprechen und das schon fast als ausgeglichenes Budget zu verkaufen, ist einfach nur

scheinheilig. Das sogenannte ausgeglichene Budget, das heute und nächste Woche sicher noch weiter ins Minus gerät, ist einfach rot und mit Scheuklappen gemacht. Die Welt ist nicht nur die Stadt Bern. Wir sind vernetzt. Und mit dieser Vernetzung kommen auch Gefahren und Krisen, in denen wir mittendrin sind. Darum ist jede Weiterverschuldung in diesem Ausmass verantwortungslos. Der Fokus der Mitte liegt denn auch genau auf diesen Schulden oder besser gesagt auf der Schuldenminderung.
Die gemeinderätliche Finanzstrategie verlangt, dass die Selbstfinanzierung den Nettoinvestitionen entspricht, also 100%. Doch seit Jahren sind wir von diesem Ziel weit entfernt. Für 2027 ist ein Grad von 44% vorgesehen. Das ist auch hier ein Rückschritt von 3% auf 2,26%. Eine Strategie, die nicht umgesetzt wird, ist wirkungslos. Darum fordert die Mitte-Fraktion in einer Rückweisung, den Selbstfinanzierungsgrad schon 2027 auf 50% zu erhöhen, ohne Steuererhöhung und mit unveränderter Annahme des Realisierungsfaktors. Das ist kein Nice-to-have – und schon gar nicht 50%. Das wäre eine konkrete Verfolgung einer Strategie und ein wichtiger Beitrag gegen das Ansteigen des Schuldenbergs. Wir unterstützen zudem alle Rückweisungsanträge, die die Schulden eindämmen oder Personalausgaben kritisch hinterfragen.
Zu den Anträgen - falls wir heute auf das Budget eintreten: Wir haben ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem. Wer das noch nicht realisiert hat, ist einfach blind. Wir haben rekordhohe Steuereinnahmen. Und das Geld fällt, weiss Gott, nicht vom Himmel. Hohe Steuereinnahmen – das ist in der FIKO verständlich vorgestellt worden – oder eine höhere Steuerprogression würde nicht einfach zu mehr Geld im Berner Budget führen. Da spielen noch andere Faktoren mit. Jegliche Steuererhöhung lehnen wir darum ab. Wir sehen auch den Zeitpunkt für Steuersenkungen nicht im Moment gegeben. Obwohl das in Zukunft durchaus anzustreben ist. Die aktuelle Finanzlage fordert für uns jedoch den vollen Fokus auf die Ausgaben. Wir unterstützen die Anträge, die den Handlungsspielraum vergrössern. Jede Forderung nach einem Zurückbesinnen auf die städtischen Aufgaben und auf das kantonal sinnvolle Niveau von Leistungen wird von uns unterstützt. Das ist der einzige Weg aus diesen Stadtberner Zusatzforderungen, die das Wohl aller nicht wirklich und massgeblich verbessern, aber unseren Handlungsspielraum massiv einschränken. Wir lehnen jeden Stellenausbau ab und unterstützen den Verzicht auf Stellen, die nicht zwingend sind und den Handlungsspielraum einschränken.
Budgetverschlechterungsanträge, die nicht im Auftrag der Stadt sind oder über die Anforderungen des Kantons ausgehen, lehnen wir ab. So sehen wir auch die Stadt nicht als Spendenorganisation, die Steuergeld in die Welt hinausschickt, unabhängig vom Zweck. Zu den Transparenzanträgen: Echte Transparenzanträge wie zum Beispiel derjenige zu den Parkkarten unterstützen wir. Wir sind aber dagegen, dass jede politische Entscheidung vom Gemeinderat transparent gemacht werden muss, denn wir sehen es jetzt: Jede Kürzung und Anpassung wird gerade wieder mit einem Antrag in einer Liste umgekehrt. Gesamthaft bei der Betrachtung der Anträge verwundert, wofür die Budgetdebatte verwendet wird. Grosse Beiträge bis zu einer Million sollen verteilt werden, ganz ohne vertiefte inhaltliche Diskussion, obwohl bei vielen diesen Themen genau diese Diskussionen nötig und dringend wären und es gut wäre, wenn wir denen den Raum geben würden, entweder in der Kommission oder im Rat.
Ich habe in meinen Unterlagen noch meinen letztjährigen Schlusssatz gefunden. "Auf 2026 zu verschieben ist kein Sparprogramm, sondern nur Aufschub. Das ist kurzfristig gedacht. Die eigentliche Debatte folgt nächstes Jahr." Also dieses Jahr. "Und wir werden sie mit Interesse verfolgen." Jetzt sind wir im nächsten Jahr und wir sind keinen Schritt weiter. Vielmehr machen wir grosse Schritte zurück und müssen darauf hoffen,

dass hinter uns keine Klippe ist. Die Mitte-Fraktion wird das Budget in der aktuellen Version zurückweisen und Budget und AFP ablehnen.

**Präsidentin**: Als nächstes gerne Michael Burkard für die GFL-Fraktion.

**Michael Burkard (GFL)** für die Fraktion: Die GFL-Fraktion hat den AFP 2027-2029 mit dem Budget für das Jahr 2027 eingehend diskutiert. Und ja, es ist erstaunlich: Je weniger wir in der Fraktion werden, desto lebhafter und vielfältiger sind die Diskussionen. Um die Thematik irgendwie in den Griff zu bekommen, hat sich die Fraktion auf zwei Grundgedanken oder besser zwei Leitmotive verständigt. Diese Leitgedanken sind einerseits die Transparenz. Das wurde schon oft erwähnt und andererseits die Prävention. Diese werden wir aber erst im zweiten Teil in der Detailberatung dann zum Tragen bringen.
Ich komme jetzt zum ersten Teil, zum Verfahren und zum Budgetprozess, der im Vorfeld der Beratungen zu reden gab und Aufregung verursacht hat. Betreffend das Verfahren waren insbesondere aus den Sachkommissionen Stimmen zu vernehmen, die bemängelten, dass der Budgetprozess intransparent sei. Auftrieb hat diese Kritik durch den Umstand erhalten, dass tatsächlich in mindestens einem Fall ein Fehler im Zahlenwerk entdeckt worden ist. Johannes, der Sprecher der Finanzkommission, hat es schon gesagt: Stichwort Museumsquartier, Vorfrankatur, wo zu Recht Unruhe und Missverständnisse entstanden sind. Dieser Umstand hat verständlicherweise dazu geführt, dass der Budgetprozess atmosphärisch belastet wurde. So weit, so ungut. Aber abgesehen von diesen objektiven Fehlern wurde teilweise weiter bemängelt, dass den Sachkommissionen nicht alle Fragen beantwortet und nicht alle verlangten Angaben und Zahlen geliefert worden seien. Schliesslich waren Stimmen zu vernehmen, welche kritisierten, dass die Darstellung und die Dokumentation von Budget und AFP zu wenig nachvollziehbar und damit intransparent seien. Diese Kritik gilt es ernst zu nehmen. Ich habe Katharina Gallizzi zugehört, auch wenn ich geschrieben habe. Für eine Budgetberatung in einem Milizparlament ist es essenziell, dass die Dokumentation der Regierung die Postulate der Haushaltswahrheit, True and Fair View, und der Haushaltsklarheit zu 100% erfüllt. Dazu ist der Gemeinderat jedoch sowieso durch das kantonale Gemeindegesetz usw. aufgrund des Verweises auf HRM2 verpflichtet.
Was also ist dann schiefgelaufen? Für die entstandene Disharmonie sind zwei Ursachen denkbar. Erstens können finanztechnische Fragen, die während einer Kommissionssitzung nicht sofort beantwortet werden können, zu Missinterpretationen führen, die ausserhalb des Kommissionszimmers weiter Wellen werfen. Aus meiner Zeit bei den Finanzkommissionen der Bundesversammlung erinnere ich mich, dass diese während des Budgetprozesses jeweils von Spezialist*innen der Finanzverwaltung begleitet wurden, damit technische Fragen sofort, also sur place, beantwortet werden konnten. Zudem konnten diese Spezialist*innen der Finanzverwaltung der Kommission auch Fragen nach departementsübergreifenden Zusammenhängen erläutern.
Wenn ich mir die aktuellen Diskussionen in unserem diesjährigen Budgetprozess bezüglich Verrechnungen oder die formale Anbindung von Stellen, welche durch externe Drittmittel finanziert werden, vergegenwärtige, dann erschiene mir dieses Modell immerhin prüfenswert. Wenn eine oder zwei Spezialist*innen aus der Finanzverwaltung jeweils während der Budgetberatungen in den Sachkommissionen sofort, sur place, Fragen beantworten könnten, dann könnten eben diese Fragen beantwortet werden und würden nicht zu Missverständnissen und weiteren Wellen ausserhalb des Kommissionszimmers führen. Ich erinnere hier auch an die Frage mit der Vorfrankatur und so

weiter. Als positiver Nebeneffekt könnte die Anwesenheit von Leuten der Finanzverwaltung in den Budgetsitzungen auch die betroffenen Verwaltungseinheiten dabei unterstützen, der Versuchung noch besser zu widerstehen, verwaltungsintern verordnete Kürzungen durch Jammern bei den Sachkommissionen wieder rückgängig machen zu wollen.
Transparenz hat allerdings auch ihre Grenzen. Diese Grenzen sind im Geschäftsreglement des Stadtrats GRSR festgeschrieben. Dort steht, welche Aufgaben die Sachkommissionen im Budgetprozess haben oder, ich muss sagen, hätten. Wenn ich nämlich Artikel 23 lese, steht dort Interessantes. So prüfen die Sachkommissionen die übergeordneten Ziele und deren Verknüpfung mit strategischen Vorgaben, Leistungsindikatoren und Kennzahlen. Da muss ich ein bisschen schmunzeln. Ich stelle mir das interessant vor. Im Umkehrschluss heisst es auch: Im Rahmen ihrer Globalbudgets verfügen die Direktionen über einen grossen Gestaltungsspielraum, um Priorisierungen und Post-Priorisierungen vorzunehmen. Ja, es ist gerade die Aufgabe einer Direktionsvorsteherin oder eines Direktionsvorstehers, im internen Budgetprozess die finanzpolitischen Weisungen des Gemeinderats umzusetzen und, wenn nötig, Kürzungen vorzunehmen. Dazu werden die Weisungen ja gemacht.
Aber es ist klar, der Artikel 23 GRSR geht komplett an der Realität des real existierenden Budgetprozesses vorbei. Denn wir alle wissen es. In den Niederungen des alljährlichen parlamentarischen Ringens um das Budget herrscht ein regelrechtes Hauen und Stechen um jeden Franken. Was kümmern mich übergeordnete Ziele, strategische Vorgaben, Leistungsindikatoren und Kennzahlen, wenn ich für das Quartier X, in dem ich wohne und auch gewählt werde, oder für den Verein Y, in dem ich im Vorstand sitze und von dem ich portiert werde, möglichst viel staatliche bzw. städtische Unterstützung herausholen will? Aber verstehen Sie mich nicht falsch. Ich kritisiere das Verhalten der Kolleginnen und Kollegen in den Sachkommissionen überhaupt nicht. Was ich kritisiere, ist ein offensichtlich nicht übereinstimmendes Verständnis der gegenseitigen und antagonistischen Rollen der Mitwirkenden im Budgetprozess.
Niemand kommt in eine Budgetsitzung einer Sachkommission mit dem innigen Wunsch, über übergeordnete Ziele und deren Verknüpfung mit strategischen Vorgaben, Leistungsindikatoren und Kennzahlen zu diskutieren – niemand. Aber alle kommen dahin, um ihre Interessen zu vertreten, derentwegen sie gewählt worden sind. Das ist in allen Parlamenten der Welt so und das ist auch richtig so. Ich selbst übrigens werde dies in der Detailberatung genauso handhaben, wenn es um die Beratungsstelle von Human Rights geht. Ich bin also auch einer dieser finanzpolitischen Stündeler, die Wasser predigen und sich selbst aber am süssen Trunk der Mehrausgaben laben. Die Konzeption von Artikel 23 GRSR mit der Idee, dass sich die Sachkommissionen ausschliesslich auf einer abgehobenen strategischen Ebene bewegen würden, ist vermutlich eines der letzten Überbleibsel der sogenannten wirkungsorientierten Verwaltungsführung, zu Deutsch: New Public Management. Oder übertragen in den städtischen Duktus: NSB, Neue Stadtverwaltung Bern. Die Unruhe, welche aus formalen Gründen, objektive Fehler, angebliche Intransparenz, unbeantwortete finanztechnische Fragen etc. rund um den diesjährigen Budgetprozess entstanden ist, könnte zum Anlass für eine Adjustierung dieser Verfahren genommen werden. Ich persönlich bin der Meinung, dass die aktuelle Präsentation von AFP und Budget in den Unterlagen der Finanzverwaltung eine Glanzleistung in Sachen Transparenz darstellt. Da bin ich anderer Meinung als meine Kolleginnen und Kollegen. Denn sie halten sich strikt an die aktuellen Vorgaben mit Globalbudget und den Budgetkompetenzen. Besonders positiv möchte ich hervorheben, dass Veränderungen und Abweichungen gegenüber dem Vorjahr einfach und

mit einem Blick nachvollziehbar sind, sogar rot markiert. Mehr geht wirklich nicht. Aber beim Prozess müssen Justierungen vorgenommen werden.
Gut. Genug vom Verfahren, jetzt ein bisschen zum Inhalt. Wir haben viel diskutiert über diese Inhalte. Als Summe hat sich für mich eine Erkenntnis herauskristallisiert – der Begriff des Financial Overstretch. Was meine ich damit? Kurz gesagt. Die Stadt macht zu viel zu gut und sie will immer noch mehr, noch besser machen. Es handelt sich also um ein Problem ohne Ende, ohne absehbares Ende. Das ist auch einer der Gründe, das schon mal nebenbei, weshalb wir zur Auffassung gelangt sind, dass eine Steuererhöhung das Problem im besten Fall, ich betone, im besten Fall, nur kurzfristig entschärfen würde. Dieser Financial Overstretch hat viele Ursachen. Aber ich möchte drei davon herausheben: Die Wachstumsfolgekosten – wir haben schon bei der Rechnung darüber gesprochen –, die Verschuldungsthematik – Johannes hat darüber referiert – und die Überdehnung der laufenden Rechnung – eben dieses interessengeleitete Verhalten von uns allen in der Budgetdebatte. Die Wachstumsfolgekosten: Ich möchte nicht darauf eingehen, wie es in der Stadt Bern steht, sondern das Beispiel Köniz nehmen. Das ist einfacher und tut ein bisschen weniger weh. Die haben eine Steuererhöhung gehabt, hatten dann auch in der Rechnung 2023 Ertragsüberschüsse von 11 Mio. Franken, wunderbar. In der Rechnung 2024 noch 3,5 Mio. Franken Überschuss, 2025 schon nur noch eine schwarze Null. Wir haben eine rote Null, sind jetzt also nahe bei Köniz. 2026 haben sie bereits ein Defizit budgetiert. Und dann rechnen sie aber durch Arealentwicklungen mit deutlichen Sondererträgen im Finanzvermögen. Das ist die gleiche Wachstumsstrategie, die auch Bern fährt, um diesen Budgetrestriktionen durch eine Flucht nach vorne zu entfliehen. Doch das ist ein Irrtum. Am Anfang sind Arealentwicklungen wie überall hohe Einnahmen durch Handänderungen, Baurechtszinsen und so weiter. Danach aber kommen die Menschen und diese Menschen haben Bedürfnisse. Sie wollen gute Schulen, Kitas mit hohen Betreuungsschlüsseln, Schwimmbäder, Rasensportplätze und vieles mehr. Das ist menschlich, aber eben auch teuer.
*Die Präsidentin bittet den Votanten, zum Schluss zu kommen.*
Danke für den Hinweis. Ich komme zum Ende. Jetzt habe ich Ihnen leider nur den ersten Teil meiner Vorlesung mitteilen können. Die Verschuldung aber wurde von vielen anderen schon treffend erwähnt. Und die laufenden Ausgaben, die wir uns jedes Jahr wieder in einer Salamitaktik aufbürden, sind eben auch ein Problem. Auch wenn es nur ein paar Millionen sind, kumuliert sich das. Wir haben dann die Verschuldung, die sich mit den Zinseszinseffekten exponentiell entwickelt. Das führt, auch, wenn es jedes Jahr nur ein paar Millionen sind, trotzdem zu einem Problem. Nur ein Beispiel, dann höre ich auf, ich habe heute ein Mail mit den Taubenschlägen erhalten und das ist ein berechtigtes Anliegen. Es ist einfach die Frage: Wenn wir allen diesen Anliegen jedes Mal, jedes Jahr wieder nachgeben, sind das jedes Mal 10 Millionen, 20 Millionen oder auch nur 5 Millionen. Und dann haben wir ein Problem.
Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und hoffe auf Ihre finanzpolitische Vernunft.

**Präsidentin**: Als nächstes gerne Nadine Aebischer für die SP-JUSO-Fraktion.

**Nadine Aebischer (SP)** für die Fraktion: Zu Beginn danken wir der Verwaltung und den Mitarbeiter*innen für die Ausarbeitung von Budget und AFP. Unsere Politik bewegt sich immer im Spannungsfeld zwischen den Bedürfnissen der Bevölkerung und den finanzpolitischen Möglichkeiten der Stadt. Im Grundsatz unterstützen wir, die SP-JUSO-Fraktion, deshalb die vorsichtige Finanzpolitik des Gemeinderates, wie sie auch in diesem Budget zum Ausdruck kommt. Gleichzeitig ist klar, dass wir einen eigenen Gestaltungsspielraum haben. Bern wächst und bleibt attraktiv und handlungsfähig. Und mit dieser

wachsenden Stadt wachsen auch die Aufgaben bei den Schulen, der sozialen Sicherheit, der Klimaanpassung und der öffentlichen Infrastruktur. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt das Budget 2027 und den Aufgaben- und Finanzplan 2027 bis 2030 mit eigenen Akzenten.
Zentral ist für uns der Teuerungsausgleich für das städtische Personal. Die Mitarbeitenden sorgen jeden Tag dafür, dass die Stadt funktioniert und der Service public gewährleistet wird. Das verdient mehr als warme Worte. Gemäss Personalreglement Artikel 26 haben die städtischen Angestellten Anspruch auf einen Ausgleich der Teuerung. Eine Aussetzung oder Kürzung ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Personalverbände möglich. KOF und SECO prognostizieren für 2026 eine Teuerung von 0,6 bis 0,7%. Die Krankenkassenprämien sind 2026 im Schnitt um 4,4% gestiegen und dürfen 2027 um weitere 3,7% zulegen. Aus diesen Gründen braucht es für 2027 einen Teuerungsausgleich von mindestens 0,8%. Das entspricht rund 2 Mio. Franken. Auch beim Diskriminierungsschutz setzen wir einen klaren Akzent. Wir beantragen 50'000 Franken für die sorgfältige, ergebnisoffene Weiterentwicklung des städtischen Diskriminierungsreglements mit Blick auf Best Practice anderer Städte und die Perspektiven betroffener Gruppen, damit die vom Stadtrat überwiesene Motion auf einer fundierten Grundlage umgesetzt werden kann. Wir setzen uns auch für die Stärkung der Kreislaufwirtschaft und für die Förderung sozialer Innovation ein, weil der Umbau zu einer klimaneutralen und ressourcenschonenden Stadt besser gelingt, wenn wir Wirtschaft und Zivilgesellschaft aktiv miteinbeziehen.
Der Gemeinderat rechnet für 2027 mit einem Defizit von 2,5 Mio. Franken. Mit den Anträgen, die heute zur Diskussion stehen, unseren eigenen und denjenigen, die wir mittragen, bewegen wir uns eher Richtung 9 Mio. Franken. Für die SP-JUSO-Fraktion ist ein leichtes Defizit angesichts der Grösse des städtischen Haushaltes und der anstehenden Investitionen vertretbar. Entscheidend ist nicht ein ausgeglichenes Budget um jeden Preis, sondern dass die Stadt über genügend Eigenkapital verfügt und ihren finanziellen Handlungsspielraum langfristig sichert.
Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik darf nicht allein auf das Jahresergebnis schauen. Entscheidend ist, dass Bern auch in Zukunft in Schulen, soziale Sicherheit, Klimaschutz und einen starken Service public investieren kann. Wir werden dem Budget 2027 und dem AFP zustimmen.
Kommen wir zu den Grundsatzanträgen. Eine grosse Zahl der Anträge – von Rückweisung über generelle Sparvorgaben bis zu Versuchen, das Wachstum der Stadt über verbindliche Vorgaben zum Selbstfinanzierungsgrad oder pauschale Kürzungen zu bremsen – stammen von FDP, SVP, Mitte und der bürgerlichen Minderheit der Finanzkommission. Wir lehnen diese Anträge geschlossen ab. Wer Bern mit starren Kennzahlen, Vorgaben und pauschalen Kürzungen regieren will, nimmt in Kauf, dass genau die Aufgaben leiden, die uns wichtig sind – Gleichstellung, Bildung, soziale Sicherheit und Klimaschutz.
Auch betreffend Steueranlage lehnen wir sämtliche Anträge ab; unabhängig von der Richtung. Weder eine Senkung, wie sie die FDP und SVP fordern, noch eine Erhöhung, wie sie AL-PdA-TIF und GB verlangen, erachten wir im Moment als nötig.
Den Antrag von AL-PdA-TIF, wonach sich die Stadt Bern künftig ausschliesslich bei SDG-konformen Finanzinstituten (Sustainable Development Goals) verschulden soll, lehnen wir nicht aus politischen, sondern aus Umsetzungsgründen ab. Eine offizielle SDG-Zertifizierung für Banken gibt es nicht. Und die wenigen klar SDG-orientierten Institute in der Schweiz bieten die Grossvolumenanleihen gar nicht an, über die sich Bern heute günstig finanziert. Auch das Anliegen nach mehr Transparenz im Budgetprozess

ist uns wichtig. Darin sind wir uns mit den Antragstellenden einig. Eine bessere Übersicht über die tatsächlichen Gesamtkosten einzelner Vorhaben und eine nachvollziehbare Grundlage für Priorisierungsentscheide sind auch aus unserer Sicht wichtig, gerade damit der Stadtrat seine Aufgaben wahrnehmen kann. Wir sind aber überzeugt, dass sich das nicht über einzelne isolierte Anträge lösen lässt, sondern eine strukturierte Auslegeordnung braucht. Wir wollen diese Frage deshalb in der Finanzkommission angehen und den Budgetprozess so weiterentwickeln, dass er für den ganzen Stadtrat nachvollziehbar ist. Dann noch ein kurzer Blick auf einige weitere Akzente, die wir in den Debatten zu den einzelnen Direktionen setzen, ohne hier im Detail darauf einzugehen. Das übernehmen unsere zuständigen Sprecher*innen.
Die Zahl der Femizide in der Schweiz ist alarmierend. Bis Juli 2026 waren es landesweit bereits 17. Häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt nimmt zu. Prävention muss deshalb strategisch und dauerhaft verankert werden. Bei der Gleichstellung setzen wir uns deshalb dafür ein, dass bei den Fachstellen sowohl für die Gleichstellung in Geschlechterfragen als auch für die Migrations- und Rassismusfragen nicht gekürzt wird, dass der vom Stadtrat beschlossene queere Begegnungsort mit einer Anschubfinanzierung realisiert wird und dass die bewährte Gewaltprävention mit dem Projekt "Tür an Tür" weitergeführt wird. Der Hitzesommer 2026 hat gezeigt, wie verletzlich unsere Stadt gegenüber der Klimakrise ist – von hitzegestressten Bäumen bis zu überhitzten Quartieren. Beim Klimaschutz setzen wir uns deshalb für den Ausbau der Photovoltaik, die Weiterführung der Solaroffensive und ausreichend Mittel für die Umsetzung des Klimaanpassungsreglements ein, damit Bern auf die nächsten heissen Sommer besser vorbereitet ist.
Bern wächst und mit der Stadt wachsen auch die Schulklassen. Das braucht mehr als zusätzlichen Schulraum. Es braucht auch die entsprechenden Ressourcen im Alltag. Bei der Bildung ist für uns deshalb zentral, dass der Betreuungsschlüssel 1 zu 6 in der Tagesbetreuung wie beschlossen umgesetzt wird, und die Schulen bei steigender Schüler*innen-Anzahl ausreichend Mittel erhalten. Ebenso wichtig ist für uns die Weiterentwicklung der Frühförderung Primano. Eine bessere, familienzentrierte Vernetzung erreicht mehr Familien frühzeitig, fördert Kinder wirksamer und entlastet die Schulen später.
Zum Schluss noch ein Wort zu zwei strukturellen Themen, die uns über dieses Budget hinaus beschäftigen werden. Erstens die Investitionen: Mit 160,2 Mio. Franken plant der Gemeinderat 2027 mehr, als die Stadt Bern aus eigener Kraft finanzieren kann. Im historischen Mittel sind das rund 80 Mio. Franken, während allein der Werterhalt der bestehenden Infrastruktur im Schnitt 132 Mio. Franken pro Jahr kosten würde. Wir stehen zu diesen nötigen Investitionen in Schulen, Klimaanpassung und Infrastruktur. Aber eine wachsende Abhängigkeit von den grossen Banken ist keine komfortable langfristige Perspektive. Auch das gehört zu einer verantwortungsvollen, vorausschauenden Finanzpolitik. Zweitens, der kantonale Lastenausgleich: Dieses Jahr steigen unsere Aufwände dafür um 16,1 Mio. Franken, einerseits, weil wir wegen steigender Steuereinnahmen mehr in den Disparitätenabbau einzahlen, andererseits, weil der Grosse Rat die Abgeltung von unseren Zentrumslasten um 3,2 Mio. Franken gekürzt hat. Unter dem Stich bleiben der Stadt Bern dadurch 11,8 Mio. Franken weniger als im Vorjahr. Bern trägt als Zentrumsstadt Lasten für die ganze Region. Das darf nicht dazu führen, dass uns der Kanton über den Lastenausgleich zusätzlich einschränkt.
Wir sind überzeugt: Mit diesem Budget und diesem AFP bleibt Bern eine soziale, ökologische und handlungsfähige Stadt. Wir werden dem Budget 2027 und dem AFP zustimmen und danken Ihnen für die Unterstützung unserer Anträge.

**Präsidentin**: Als nächstes Matteo Micieli für die AL-PdA-TIF-Fraktion.

**Matteo Micieli (PdA)** für die Fraktion: Die AL-PdA-TIF-Fraktion wird jeden bürgerlichen Antrag ablehnen. Die Rückweisungsanträge sind albern. Das wissen die Antragstellenden selbst auch. Was mich aber nahe an die Verzweiflung treibt, ist, mit welcher blinden Ideologie gewisse Anträge geschrieben sind. Aber dort auch: Ideologische Staatsapparate wirken ja logischerweise am meisten auf die, die sich davon unberührt sehen, weil sie die Welt vermeintlich objektiv wahrnehmen. Während die SVP wenigstens noch für alle Steuern senken will, will die FDP Unternehmen entlasten. Wer gleichzeitig aber Sparanträge stellt und die Steuern senken will, zeigt ja, um was es geht: Kapital und nichts anderes – pure Ideologie. Das sollte ich eigentlich respektieren. Aber es ist halt in die falsche Richtung. Ich glaube, es ist gut, wenn ihr mal von jemandem wie mir, mit einer Kulturlegi trotz 90% Lohnarbeit, hört, was ich davon halte und vom Budget halte. Mir fehlt es an Geld und auch immer mehr an Geduld für immer den gleichen Schwachsinn, der schlussendlich nur rechten bis gesichert rechtsextremen Parteien hilft, das Unbehagen der Bevölkerung zu bearbeiten. Wir haben es dieses Wochenende gesehen. Ihr wollt ganz offenbar nicht den Menschen, sondern dem Kapital helfen. Schaut mal um euch in die Welt und überlegt mal, wer den Ton angibt: diejenigen, die ihr politisch vertretet. Und das läuft ziemlich offensichtlich nicht so gut. Das geht aber auch an euch, liebe SP. Macht mal was aus eurer Übermacht und hört auf, nur zu schauen, dass der Gemeinderat und die Stadtpräsidentin gut dastehen, sondern überlegt, was die Stadt braucht, und nicht, was es kostet. Genau diese Politik führt seit Jahren dazu, dass auch sozialdemokratische Parteien immer tiefer fallen, weil diejenigen, für die sie auf dem Papier da sind, kaum mehr an sie glauben können. Für die Kosten für linke Politik, für Politik für alle statt für wenige, können die aufkommen, die von unserer Arbeit profitieren, diejenigen, die solchen wie mir nicht das auszahlen, was ich leiste. Das ist mehr Wert und so. Das solltet ihr vielleicht auch wieder mal lesen. Selbstredend sind wir dementsprechend für Steuererhöhungen und die SP sollte als Minimum den GB-JA!-Antrag annehmen. Das ist wirklich, wirklich das kleine Einmaleins linker Politik, das absolute Minimum. Dann müsst ihr auch nicht immer wieder sagen, was ihr, wie ich vermute, aber sagen wollt, nämlich dass der Spielraum eingeschränkt sei durch eine vermeintlich finanzielle Schieflage. Das wäre verantwortungsvolle Politik, das wäre konsequente Politik.
Es geht auch nicht um einen unkontrolliert riesigen Verwaltungsapparat. Die Stadt hat Stellen abgebaut. Das hat die FDP wohl auch nicht gelesen. Es geht um Schulen, Infrastruktur und, und, und. Wir haben es gehört. Das geht Hand in Hand mit den Sustainable Development Goals. Kapital ist politisch, Kredite sind politisch und wir hier, die Stadt Bern und der Gemeinderat, auch wenn er es immer wieder vergisst, sind politisch. Und das sollte sich auch in der Geldaufnahme widerspiegeln. Ihr wisst ja, dass ich nicht daran glaube, das haben wir auch vorhin gehört, dass auch nur ein Franken, den man auf dem Kapitalmarkt aufnimmt, wirklich sauber ist – kein einziger. Aber wenn wir als Stadt unsere Verantwortung nicht wahrnehmen, unsere Vision nicht auch nach aussen vertreten können, können wir auch alles lassen, was wir hier machen.
Wenn wir Politik machen, dann konsequent, sonst ist es reines Verwalten ohne politische Vision. Dann der Antrag, die Finanzstrategie nicht weiter zu verfolgen, ist eigentlich ein Sparantrag. Das ist ein Papier weniger, das sind 10 Minuten weniger. Bei dieser Strategie geht es auch darum, die Kennzahlen permanent zu verfehlen und so auch Kürzungen zu legitimieren. Anstelle der Finanzstrategie könnte sich der Gemeinderat darauf fokussieren, ein Budget zu schreiben, das übersichtlich ist und unsere Arbeit nicht verunmöglicht, so wie es heute der Fall ist. Die Geldflüsse, Einsparungen und

Ausgaben konsequent darzustellen, wäre wohl nicht so schwierig und deshalb lässt uns die Vermutung auch nicht ganz los, dass das Interesse nicht allzu gross ist, vom Parlament politisch und strukturell überwacht und korrigiert werden zu können. Lieber erfreut man sich nächtlicher Sparübungen in der letzten Minute und vergisst dann im Halbschlaf, dass Planungserklärungen falsch deklariert werden. Der Gemeinderat schrieb, dass den Planungserklärungen "Beitrag an den freien Vorplatz der Reitschule," "Beitrag Verein Museumsquartier Bern" und "Beitrag Gewaltpräventionsprojekt Tür an Tür" Folge geleistet werde. Wenn man dann aber in den entsprechenden Direktionen nachschaut, sieht man, dass genau diese Beiträge eingespart wurden.
Das ist schon ziemlich skandalös und zeigt auch, wie fahrlässig gearbeitet wird. Verbissen bis um Mitternacht an der schwarzen Null zu arbeiten, ist ja noch eines. Aber dann sollte man wenigstens auch noch die Fitness, den Mumm, die Klarsicht haben, auch die Planungserklärungen, die ihr wohl zuerst annehmen wolltet, dahingehend zu korrigieren; auch wenn ich natürlich sehr wohl verstehe, dass es für eine linke Stadt enorm peinlich ist, einzugestehen, dass man bei Präventionsarbeit, Kultur, sexualisierter Gewalt sparen will. Aber wie gesagt: Steuern erhöhen, nachhaltige Kredite aufnehmen und mal machen, was auf dem Parteiprogramm steht und was einem linken Gemeinderat und einem linken Parlament entsprechen würde. Die Frage ist nicht nur, was es kostet. Die Frage ist, wem wir etwas geben, wem wir etwas nehmen und welche Stadt wir damit schaffen wollen – konsequente Verteilungspolitik. Wir schaffen das.

**Präsidentin**: Als nächstes Georg Häsler für die FDP-Fraktion.

**Georg Häsler (FDP)** für die Fraktion: Keine Überraschung – die FDP lehnt das Budget ab. Wir stellen uns gegen die Schuldenwirtschaft, wir stellen uns gegen diesen Scheinsozialismus, der in Wahrheit eine Form von Klientelwirtschaft der erdrückenden links-grünen Mehrheit ist. Wir setzen uns für eine Stadt ein, die auch für unsere Enkelkinder da ist, eine Stadt, die sich auf ihre Kernaufgaben und nicht auf das Wunschprogramm konzentriert – Sicherheit, Infrastruktur, Bildung. Wenn ich hier kritisiere, dabei blicke ich auf die Vertreter der Verwaltung, dann kritisiere ich nicht die Arbeit der Finanzdirektion. Ihr macht eine grossartige Arbeit in einem garstigen Umfeld, ein grosses Merci.
Und noch ein allgemeiner Gedanke: Der Gemeinderat gibt sich jeweils furchtbar erwachsen mit dem AFP, aber dann beigen die eigenen Parteivertretenden in den Kommissionen eine Mehrausgabe auf die andere. Das ist ein Dauer-Powerplay der Mehrheit. In der Minderheit, ich will nicht jammern, braucht es einfach vor allem viel Sportsgeist und Wortwitz. Oder in Anlehnung an Kollege Burkhardt: Der Gemeinderat predigt Wasser, aber im Parlament wird Bätziwasser in die Flaschen gegossen – oder Rakija – je nachdem. Sehr lustig übrigens, lieber Matteo Micieli, wie ihr euch als Superlinke an uns Freisinnigen arbeitet. Aber ganz ehrlich: Ja, es geht tatsächlich um das Kapital, um diejenigen, die das Geld verdienen, das ihr ausgebt.
Zur Sache: In der Stadt Bern gilt ein Defizit von 2,5 Millionen schon als ausgeglichenes Budget. Das ist bei mir zu Hause nicht so. Die links-grüne Übermacht schiebt weiterhin einen gewaltigen Schuldenberg vor sich hin. In weltwirtschaftlich unberechenbaren Zeiten ist das Prinzip Hoffnung, das da vertreten wird, fatal, vor allem auch demokratiepolitisch. Klar, auf dem Papier klingt wie immer alles ganz vernünftig. Bei der Präsentation des Aufgaben- und Finanzplans versicherte die Finanzdirektorin einmal mehr, der Gemeinderat wolle die finanzielle Lage der Stadt weiter stabilisieren. Sounds good. Die Regierung verspricht, mehrheitsfähige Budgets ohne massive Sparpakete bei gleichbleibendem Steuersatz zu erstellen. Manchmal ist es gut, ein bisschen nachzulesen. Mehrheitsfähig heisst für den Gemeinderat konkret, weder zu sparen noch die Steuern

zu erhöhen. Damit bedient er vor allem die rot-grünen Stammwählenden und ganz ein bisschen die verbliebenen Bürgerlichen in der Stadt Bern. Eine rote Null, ein Defizit von 2,5 Mio. Franken scheint also zu genügen, um durch den Stadtrat und die Budgetabstimmung zu kommen.
Wir bedauern diese Schönfärberei. Es ist fast wie der Fixpreis beim F-35. Der Gemeinderat betreibt auch mit den Finanzen reine Machpolitik, und das auf Kosten künftiger Generationen. Wenn wir die Finanzplanung genauer anschauen, bleiben die finanziellen Aussichten nämlich düster. Der Gemeinderat sagt es selbst. Und da braucht es auch wieder ein bisschen Philologie. Die Nettoinvestitionen liegen weit über der Selbstfinanzierung, das heisst, wir machen einfach Schulden. Auch weiterhin verfügt die Stadt Bern über beschränkte Eigenkapitalreserven. Geschieht dazwischen etwas Unerwartetes, kracht die städtische Villa Kunterbunt einfach in sich zusammen. Egal, irgendjemand wird es dann schon zahlen. Finanzpolitische Handlungsfreiheit in weltwirtschaftlich unberechenbaren Zeiten sieht anders aus. Und es ist nicht nur die Strasse von Hormuz, die ein Problem ist. Es gibt noch zwei, drei andere, wenn man über die Stadtgrenzen oder über den eigenen Garten hinausschaut. Denn die Stadt Bern rechnet auch in den nächsten Jahren mit ständig steigenden Steuereinnahmen.
Wer sagt denn eigentlich, dass die wirtschaftliche Situation der Privathaushalte und der Unternehmen weiter so erfreulich wächst? Was geschieht, wenn ein äusseres Ereignis die Einnahmen einbrechen lässt? Gibt es ein Notbudget, also ein Notrecht, Durchregieren? Schon nur aus demokratiepolitischen Gründen braucht es eine Eventualplanung für eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wenn die rot-grüne Mehrheit schon den Klimanotstand ausruft, dann sollte sie auch die geopolitische Lage nicht ignorieren. Und das sage ich auch nach diesem Sommer. Unser Nachbarland Deutschland ist hart an der Kriegsschwelle und wir haben eine Art Klimanotstand. Aber wir sollten beides gleich beachten. Unsere Stadt Bern ist nicht irgendwie in einem Treibhaus. Kurzum: Wir weisen das Budget und den AFP zurück.
Hier der Geist unserer Anträge und Planungserklärungen. Ich verzichte auf ein Vorlesen dieser Dinge. Ihr könnt sie in der Excelliste nachschauen. Wir wollen, dass bis 2030 die Schulden um 150 Millionen reduziert werden. 150 Millionen. Wir wollen, dass neue Stellen für freiwillige Aufgaben, freiwillige Aufgaben, nicht Kernaufgaben, im allgemeinen Haushalt vollständig kompensiert werden. Wir wollen einen Selbstfinanzierungsgrad von 60%. Das ist nicht wahnsinnig viel. 60%. Wir beginnen tief. Wir wollen keine neuen Stellen, ausser bei Hochbau und Tiefbau, in der ganzen Stadt bewilligen, bevor der Sanierungsbedarf im Verwaltungsvermögen unter 10 Millionen ist. Und wir verlangen deshalb eine systematische Aufgabenüberprüfung. Ihr seht unsere Planungserklärungen, ich habe es gesagt, in der Excelliste. Ich bitte euch, diese Anträge mindestens anzuschauen. Immerhin hat das Kollege Micieli gemacht. Das freut mich. Das ist immerhin eine Form von Wertschätzung. Und ich bitte euch insbesondere auch, die Minderheitsanträge der Finanzkommission anzunehmen. Hier als Parteivertreter verlange ich das Original. In der Finanzkommission suchen wir eine Mehrheit oder eine Mehrheit der Vernünftigen. Und genau, liebe Nadine Aebischer, ihr lehnt ja alles ab, was nicht in euren Prioritäten entspricht, also auch diese Minderheitsanträge. Ihr wollt das Geld einfach für eure Leute, eure Projekte, eure Ideologie ausgeben. Ihr nennt es Sozialismus, ich nenne es Feudalismus, ein bisschen wie im alten Bern. Aber wir wollen eine Stadt für alle. Auch für diejenigen, die mit ihrer Arbeit etwas erreichen wollen und mit ihrer Arbeit diese Stadt finanzieren. Auf die Freiheit.

**Präsidentin**: Besten Dank. Das waren alle Fraktionserklärungen. Jetzt wäre die Zeit für die Einzelvoten. Nochmals zur Erinnerung, ihr habt jeweils 3 Minuten Zeit für die Einzelvoten. Als erstes Alexander Feuz, SVP.

**Alexander Feuz (SVP)**, Einzelvotum: Ich möchte auch anfangen bei Kollege Miceli. Ich habe auch mit Freude zur Kenntnis genommen, dass er gesagt hat, dass die SVP eine Steuersenkung für alle will und nicht nur für die Unternehmen. Ihr wisst: Der HIV (Handels- und Industrieverein des Kantons Bern) hat die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Wirtschaftsverbänden aufgekündigt. Wir von der SVP sind ganz klar für eine Zusammenarbeit, wir von der SVP sind für eine Steuersenkung für alle.
Ich halte noch einmal unsere Anträge fest. Ich fange dort an, wo ich aufgehört habe. Mit diesen Anträgen ist uns wichtig zu erreichen, dass die Stadt Bern in guten Jahren entsprechend Mittel zurücklegen kann. Es ist für mich eine Katastrophe, ich betone es jetzt noch einmal, wenn man in den guten Jahren nichts zurücklegt und trotz Überschuss nachher doch wieder Defizite budgetiert. Ich gehe davon aus, dass wir heute auf 10 Mio. Franken Defizit kommen trotz hervorragender Finanzlage. Daher muss man Gegensteuer geben. Daneben haben wir noch diverse Anträge. Das wäre eben der 28er, wo deutlich gemacht wird, dass kumuliert wird. Kumuliert 10 Millionen, sind wir der Meinung, muss man einsparen. Wir haben weiter die Anträge 35 und 36, mit denen wir verlangen, dass man auf Gebührenerhöhungen verzichtet. Und die Steueranlage soll eben gleichbleiben. Wir werden den Antrag von ganz links natürlich bekämpfen. Aber ich habe euch immer zugutegehalten: Ihr seid wenigstens ehrlich. Die anderen werden es nach den Wahlen machen.
Ebenfalls sind wir der Meinung, dass in den Planjahren in den Parkhäusern die erste Parkstunde gratis sein soll, wie man es damals auch in Biel hatte. Und wir können auch damit leben bzw. wir unterstützen, dass eine Sanierung des Lehrschwimmbeckens in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen werden soll.
Ebenfalls, und das sage ich ganz klar: Wir lehnen die Anträge von GLP und EVP ab, die noch mehr Geld zusammenkratzen wollen. Die Stadt Bern hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Darum lehnen wir mit aller Konsequenz die Einnahmenüberschüsse und Überprüfungen ab. Das ist der falsche Ansatz. Wenn man das Geld versaut und verblödet, dann muss man nicht noch mehr Geld zusammenkratzen. Da muss man den Mut haben, alles abzulehnen. Wahrscheinlich werden wir damit scheitern, aber wir sind ganz klar der Meinung, dass wir das so machen. Selbstverständlich unterstützen wir gewisse Anträge der FIKO-Minderheit. Haltet der SVP bitte zugute, dass wir keine Anträge stellen wollten, die gegenübergestellt werden. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit und danke für die Unterstützung im Sinne des Steuerzahlers der Stadt Bern.

**Präsidentin**: Als nächstes gerne Mirjam Roder, GFL.

**Mirjam Roder (GFL)**, Einzelvotum: Ich möchte noch kurz etwas zu den Planungserklärungen 22 der FDP sowie 23 und 24 vom GB und uns sagen, bei denen es im Kern um mehr Transparenz im Budget geht. Ich finde schon das allein zeigt: Der Wunsch nach mehr Transparenz ist keine Frage von links oder rechts. Es geht darum, dass wir als Parlament wissen müssen, worüber wir abstimmen und dieses Budget guten Gewissens zuhanden der Stimmbevölkerung verabschieden können. Wir haben immer wieder nach einer Übersicht der Priorisierungen und Verzichtsmassnahmen gefragt und erfreulicherweise teilweise auch erhalten. Denn nicht zuletzt dadurch konnten wir mehrere Unstimmigkeiten und Fehler im Budget aufdecken. Solche Fehler sollten nicht passieren. Aber

Fehler passieren nun mal. Das ist menschlich. Und sie passieren umso mehr, wenn man Last-Minute-Sparübungen macht. Aber genau deshalb ist es wichtig, dass wir unsere Aufsichtspflicht gebührend wahrnehmen können. Natürlich geht das auch heute mit genügend Detektivarbeit und mit dreimal Nachhaken bei der Verwaltung. Aber ich finde, die Gefahr, dass einem Milizparlament etwas Wesentliches durch die Lappen geht, ist schlicht zu gross.
Und damit kein Missverständnis entsteht: Wir wollen nicht ins Operative eingreifen. Mich interessiert nicht, ob irgendein Newsletter künftig halbjährlich statt vierteljährlich erscheint. Und ich will auch keine Liste sämtlicher Ideen, die irgendeinmal an einem Kaffeetisch diskutiert und wieder verworfen wurden. Es geht um die wesentlichen Entscheide, also um das, was politisch und finanziell relevant ist. Und uns geht es auch nicht darum zu wissen, was gestrichen wurde, damit wir das dann gleich wieder einstellen können. Es geht schlicht um eine Übersicht und so können wir diese Priorisierungen auch besser mittragen.
Die Forderung wurde schon letztes Jahr gestellt und nicht erfüllt. Dieses Jahr zeigen aber, wie erwähnt, die entdeckten Fehler nochmals auf, wie wichtig und dringend diese Forderung ist. Und ich denke, solche Fehler sollte sich der Gemeinderat nicht mehr leisten wollen.
Wir haben es vorher gehört: Die FIKO möchte sich diesem Anliegen widmen. Das finde ich grossartig und sehr begrüssenswert. Diese Planungserklärungen stützen dieses Vorhaben. Sie sorgen für einen öffentlichen Auftrag und dafür, dass der Gemeinderat öffentlich dazu Stellung nehmen muss und wir uns immer wieder darauf beziehen können und hoffentlich damit verhindern, dass dieses Anliegen dann doch irgendwo wieder in einer Schublade verschwindet. Und nochmals: Es sind Planungserklärungen. Also, ob und wie die Forderung umgesetzt wird und was genau unter Transparenz verstanden wird, obliegt also dem Gemeinderat und der zuständigen Kommission. Wir verschenken uns damit nichts. Also wovor habt ihr Angst?

**Präsidentin**: Als nächstes gerne Nicolas Lutz.

**Nicolas Lutz (Mitte)**, Einzelvotum: Ich möchte hier nur kurz etwas zur Erhöhung der Unternehmenssteuer sagen. Das klingt für links natürlich toll. Erstens trifft das aber genau die, die hier nicht wegkönnen. Das sind kleine Unternehmen, denn die können ihren Sitz nicht einfach anderswohin verschieben. Grossunternehmen können das. Und darum trifft es genau lokale Unternehmen. Und jetzt sagt man, der Kanton habe die Steuern schon gesenkt. Wir haben aber im Kanton ganz hohe Steuern und senken diese jetzt. Also sehr attraktiv sind wir immer noch nicht. Wenn wir in der Stadt die Steuern noch erhöhen, dann kommt am Schluss niemand mehr in die Stadt. Schaut einfach mal, welchen Kantonen es finanziell gut geht. Es sind jene, die tiefe Steuern haben. Das heisst, mit Steuererhöhungen hat man noch nie Wirtschaftsförderung gemacht. Das ist klar. Und dann die grüne Wende: Die müssen die Unternehmen selbst auch machen. Und wie sollen sie das machen, wenn sie immer mehr Steuern abgeben müssen? Also die grüne Wende wird nicht nur in der Stadt stattfinden, sondern vor allem bei Unternehmen. Lohnerhöhungen oder Teuerungsausgleich kann man auch nur zahlen, wenn man am Schluss noch einen Gewinn hat. Und darum, lehnt das bitte ab, denn es bringt nichts. Und es zeigt wieder einmal: Wenn ihr den Linken Geld gebt, dann wird sogar in der Wüste der Sand knapp.

**Präsidentin**: Vielen Dank. Das scheinen alle Einzelvoten gewesen zu sein. Gut, dann kommen wir jetzt zum Votum der Gemeinderätin Melanie Mettler.

**Melanie Mettler**, Direktorin FPI: Vor einem Jahr habe ich hier den finanzpolitischen Kompass des neu zusammengesetzten Gemeinderats vorgestellt. Ein Kompass erspart einem bekanntlich noch keinen einzigen Schritt. Aber er hilft, bei all den Entscheidungen unterwegs, die Richtung nicht zu verlieren. Und ein Rückblick zeigt, weshalb wir ihn brauchen. Als der Gemeinderat Anfang 2025 seine Arbeit in der neuen Zusammensetzung aufnahm, lag eine Finanzplanung vor, die für die Jahre 2025 bis 2028 durchgehend Defizite vorsah. Zusammengerechnet waren es knapp 36 Mio. Franken Minus für die ganze Legislatur. Das heisst, der aktuelle Gemeinderat begann eine Legislatur mit einer Finanzplanung, nach deren Planungsstand das verfügbare Eigenkapital 2027 komplett aufgebraucht gewesen wäre. Ende 2028, also am Ende der Legislatur, hätte eine finanzpolitische Reserve von rund minus 28 Mio. Franken resultiert. Die Perspektive war deutlich: Unsere Handlungsoptionen wären Jahr für Jahr geschrumpft. Deshalb hat sich der Gemeinderat im Februar 2025 seinen Kompass gegeben; nicht um die Stadtentwicklung zu stoppen, sondern um sie langfristig zu ermöglichen.
Und heute kann ich Ihnen sagen: der Gemeinderat hat diesen Kompass nicht beiseitegelegt, als die Entscheidungen schwierig wurden. Er hat sich auch beim Budget 2027 daran orientiert. Die Richtung bleibt dieselbe: Wir wollen das Wachstum unserer Aufgaben und Ausgaben mit dem Wachstum unserer Einnahmen ins Gleichgewicht bringen. Wir wollen unsere Reserven bei rund 100 Mio. Franken stabilisieren. Der Gemeinderat hat dem Parlament einen Weg vorgelegt, der das möglich und erreichbar macht. Wenn wir diesen Weg gemeinsam gehen, dann erreichen wir eine Stabilisierung der städtischen Finanzen und geben uns so einen stabilen Rahmen, ökologisch und sozial nachhaltige Politik zu betreiben. Es ist aber kein Selbstläufer, sondern braucht Mut. Es braucht Kompromissbereitschaft und es braucht Durchhaltewillen.
In der parlamentarischen Debatte kann das Parlament nun zeigen, ob es willens ist, diesen Weg mit dem Gemeinderat zu gehen oder ob es, wie der Sprecher der GFL es so bildlich formuliert hat, dem süssen Wein nicht zu widerstehen vermag. Letztes Jahr habt ihr, das Parlament, Ja zu diesem Kompass gesagt, und ihr seid einen ersten Schritt mit dem Gemeinderat auf diesem Weg gegangen. Wir arbeiten 2026 nun auf Grundlage eines ausgeglichenen Budgets. Für dieses Jahr helfen uns rund 30,6 Mio. Franken zusätzliche Steuererträge gegenüber dem Vorjahresbudget, diesem Kompass weiter zu folgen.
Aber Vorsicht: Diese prognostizierten Mehreinnahmen sind im Gemeinderatsbudget bereits für Leistungen der öffentlichen Hand eingesetzt. Sie stehen nicht ein zweites Mal zur Verfügung. Wir finanzieren damit wachsende Aufgaben, höhere Beiträge an den kantonalen Lastenausgleich und die Folgekosten unserer Investitionen. Allein die Abschreibungen steigen um rund 6,2 Mio. Franken. Hinter diesem Ergebnis stehen also sorgfältige und oft schmerzhafte Abwägungen. Was ist jetzt notwendig, was lässt sich anders organisieren, welchen Ausbau können wir finanzieren? Der Gemeinderat hat diese Arbeit gemeinsam mit der Verwaltung geleistet; nicht, weil ihm die zurückgestellten Anliegen gleichgültig wären, sondern weil wir für die Gesamtsumme Verantwortung tragen. Und diese Gesamtverantwortung für die Gesamtsumme verbindet den Gemeinderat auch mit dem Parlament.
Letztes Jahr habe ich gesagt: Ausgeglichene Budgets sind kein Selbstzweck. Das gilt unverändert. Wir stabilisieren Finanzen nicht, damit am Ende eine schöne Zahl im Bericht steht. Wir tun es, damit sich die Bevölkerung auf ihre Stadt verlassen kann, damit wir Schulen bereitstellen, unsere Infrastruktur erhalten können, damit soziale Unter-

stützung verlässlich bleibt, damit wir die ökologische Entwicklung unserer Stadt voranbringen können. Deshalb gehören finanzielle, soziale und ökologische Nachhaltigkeit zusammen. Wer eines davon dauerhaft vernachlässigt, verunmöglicht das andere.
Wir haben es mehrfach gehört: Ein nahezu ausgeglichenes Budget bedeutet noch nicht, dass die Verschuldung stabil bleibt. Das ist so. Umgekehrt wäre aber ja auch gar nichts gewonnen, wenn wir die Rechnung durch unterlassenen Unterhalt entlasten. Wir wollen kommenden Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen. Aber wir wollen ihnen auch keinen Berg unerledigter Arbeiten hinterlassen. Beides schränkt ihre Freiheit ein, eigene Prioritäten zu setzen.
Die Finanzplanung sieht deshalb vor, das Kostenwachstum durch die jetzt vielgenannte strategische Priorisierung einzudämmen: um 15 Mio. Franken im ersten Jahr, dann nochmal um 15 und dann um 10. Die strategische Priorisierung, ich sage es halt doch noch einmal, ist keine Sparvorgabe, mit der die Gesamtbudgets kleiner werden sollen. Nein, die Gesamtbudgets und somit auch die Leistungen der öffentlichen Hand steigen in jedem Planjahr weiter, genau im Gleichschritt mit den geplanten wachsenden Einnahmen. Die strategische Priorisierung ist ein neuer methodischer Ansatz, damit die Verwaltung ihre Aufgaben so priorisieren kann, dass das Aufgabenwachstum finanziell und eben auch personell tragbar bleibt. Und was ist jetzt neu daran? Bisher diskutierten wir im Budgetprozess vor allem darüber, welche neuen Aufgaben dazukommen. Bestehende Aufgaben laufen oft weiter, ohne dass wir sie mit derselben Aufmerksamkeit prüfen. Aber die Welt verändert sich. Die strategische Priorisierung ermöglicht die Diskussion darüber, was heute noch richtig organisiert ist, wo sich vielleicht Bedürfnisse verändert haben, was wir vereinfachen oder anders erfüllen können, damit Mittel für andere Aufgaben frei werden. Die Stabilisierung unserer Reserven erreichen wir aber nur, wenn diese Priorisierung gelingt.
Das ist ein Auftrag, den wir gemeinsam zu erfüllen haben, wenn wir es denn wollen. Es ist ein neuer Ansatz. Es ist keine Blackbox. Aber es ist ein neuer Ansatz mit einem offenen Ergebnis. Aber etwas kann ich Ihnen heute schon sagen. Auch das wird kein Selbstläufer. Auch das wird nicht ein Instrument. dass uns die anspruchsvolle Auseinandersetzung und anspruchsvolle Entscheidungen abnimmt. Aber es ist ein Ansatz, der uns diese anspruchsvollen Auseinandersetzungen und Entscheide überhaupt ermöglicht. Und ob es uns dann gelingt, diese auch mutig anzugehen, das liegt an uns allen, an der Verwaltung, der Regierung, ja, aber genauso an euch in den Fraktionen und im Dialog mit der Bevölkerung. Es stimmt: Wir hätten gerne schneller an diesem Ansatz gearbeitet, um ihn schon für dieses Budget berücksichtigen zu können. Aber wichtig ist dabei ein ehrlicher Umgang auch mit den städtischen Mitarbeitenden. Die städtischen Mitarbeitenden sollen die bestellten Leistungen innerhalb der verfügbaren Arbeitszeit erfüllen können. Und es ist halt keine nachhaltige Lösung, Aufgaben hinzuzufügen und dann einfach darauf zu vertrauen, dass engagierte Menschen die Lücken schon irgendwie schliessen und alles möglich machen.
Die Antragsliste enthält für die Grundsatzdebatte 51 Anträge und Planungserklärungen, 7 Rückweisungsanträge. Die Änderungsanträge sind breit. Sie reichen von tieferen bis zu höheren Steuern und von einer höheren Selbstfinanzierung bis zu zusätzlichen Mitteln für einzelne Aufgaben. Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderats auf die Vorlage einzutreten und sie nicht zurückzuweisen. Wir halten an der unveränderten Steueranlage und am schrittweisen Weg der Stabilisierung fest und laden das Parlament ein, auch dieses Jahr auf diesem langfristigen Weg mit dem gemeinsamen Kompass zu gehen.

Das Anliegen nach nachvollziehbaren Priorisierungen nehmen wir ernst. Sie wollen erkennen können, was zurückgestellt wird, weshalb und mit welchen Folgen. Dafür bestehen heute auch bereits Grundlagen. Also im heutigen AFP werden bei den Dienststellen schon kleine Budgetveränderungen gegenüber dem Vorjahr ab 50'000 Franken kommentiert. Neue Aufgaben sowie der Ausbau und Abbau von Leistungen werden ebenfalls einzeln erläutert und in einer Tabelle zusammengefasst. Wer frühere Budgets und die jeweiligen Planjahre danebenlegt, kann die Entwicklung über mehrere Jahre verfolgen. Die Unterlagen bieten also eigentlich einen hohen Detaillierungsgrad. Und doch bleibt es Aufgabe der Verwaltung, innerhalb der Globalbudgets operativ laufend Ressourcen zuzuordnen. Es bleibt auch eine Aufgabe des Gemeinderats, ständig die Doppelrolle zu balancieren zwischen der Verantwortung für eine Direktion und deren Budget sowie als Mitglied der Kollegialbehörde der Verantwortung für die gesamtstädtische Sicht und die gesamtstädtischen Finanzen. Wo Informationen aber schwer auffindbar oder Zusammenhänge nicht erkennbar sind, wollen wir natürlich den Zugang verbessern. Das stärkt die strategische Mitwirkung des Parlaments. Da ist der Gemeinderat insbesondere im finanzpolitischen Dialog auf einem konstruktiven Weg. Wir haben es vom Kommissionssprecher gehört und auch von Mitgliedern aus der Kommission.
Bei den Anträgen zu den Direktionen geht es nicht nur um neue Wünsche, sondern auch um operative Priorisierungen und Personalfragen. Ich bitte Sie lediglich, mit derselben Sorgfalt, mit der Sie jeden einzelnen Antrag prüfen, auch die Wirkung aller Beschlüsse zusammen zu beurteilen – die Wirkung und die Summe. Entscheidend ist nicht allein der Betrag im nächsten Jahr, sondern die Wirkung über mehrere Jahre.
Wenn das Parlament das Budget, wie von der Sprecherin der SP angekündigt wurde, um knapp 7 Millionen zusätzlich belasten würde, wüchse das Defizit auf über 9 Mio. Franken. Natürlich ist das keine unmittelbare Finanzkrise. Das ist so. Aber es ist schon eine spürbare Entfernung vom angestrebten Weg zum Gleichgewicht. Wenn das Parlament den Weg der Stabilisierung in dieser Legislatur mit dem Gemeinderat gehen will, dann sollte er doch auch eine Chance bekommen, diesen Auftrag zu erfüllen. Mit jeder zusätzlichen Aufgabe im Budget wird es für Verwaltung, Gemeinderat, aber schlussendlich in der Folge auch für das Parlament selbst immer anspruchsvoller, den Kompass einzuhalten. Und soweit es um wiederkehrende Ausgaben geht, bleibt es nicht bei diesem einen Budget. Diese Beträge belasten auch die Folgejahre und vergrössern auch den Auftrag, den wir mit der strategischen Priorisierung, wir und Sie, bereits vor uns haben.
Meine Bitte ist keineswegs, die Prioritäten des Gemeinderats ungeprüft zu übernehmen. Es ist eure Aufgabe, darüber zu beraten und zu entscheiden, wie es früher, als ich noch Parlamentsmitglied war, auch meine war. Meine Bitte ist: Wenn ihr Prioritäten verschiebt, nehmt die Finanzierung und die mehrjährige Wirkung im selben Zug als Teil der Verantwortung wahr. Politisches Gestalten heisst nicht nur, für ein weiteres Anliegen eine Bestellung bei der Verwaltung aufzugeben. Es heisst auch, uns gemeinsam zu befähigen, innerhalb eines nachhaltigen finanziellen Rahmens eine wirksame soziale und ökologische Politik für alle zu machen. Lasst uns also das Gesamtergebnis ebenso bewusst gestalten wie jeden einzelnen Beschluss. Ein tragfähiges Budget darf nicht bloss das sein, was nach Einzelentscheiden zufällig als Summe übrigbleibt. Es ist eine gemeinsame politische Verantwortung. Die gute Einnahmenentwicklung gibt uns die Chance, Veränderungen aus eigener Kraft zu gestalten, statt sie irgendwann unter finanziellem Druck vollziehen zu müssen. Wir können heute abwägen, Lösungen entwickeln, Übergänge gestalten. Diesen Handlungsspielraum möchte der Gemeinderat erhalten. Dafür braucht es aber auch heute Mut; nicht nur den Mut, Neues zu beginnen,

sondern auch den Mut, für einen eingeschlagenen Weg einzustehen, und den Durchhaltewillen, diesen Weg danach weiterzugehen, wenn einzelne Entscheidungen unbequem sind.
Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und den Mitarbeitenden der Verwaltung für die Arbeit an dieser Vorlage. Und ich danke Ihnen und den Kommissionen für die sorgfältige Auseinandersetzung damit. Ich lade Sie ein, den nächsten Schritt mit uns zu gehen, mit eigenen Prioritäten, einer lebhaften Debatte und einem gemeinsamen Blick auf das Ganze. Wenn wir diesen Weg mit Mut und Ausdauer weitergehen, können wir unsere Finanzen stabilisieren und Bern weiterentwickeln – nicht das eine auf Kosten des anderen, sondern als Ganzes.

**Präsidentin**: Herzlichen Dank. Das waren alle Voten zur Grundsatzdebatte. Wir haben noch 4 Minuten übrig. Ich würde vorschlagen, dass wir erst über die Rückweisungsanträge abstimmen und dann in die Pause gehen. Dann wissen wir auch, ob wir für heute Feierabend machen können oder nicht.
Wir kommen zur Beschlussfassung über die direktionsübergreifenden Planungserklärungen und Anträge. Ihr habt die aktualisierte Antragsliste erhalten. Wir stimmen in der Reihenfolge der Antragsliste ab. Als erstes über die Anträge 1 der FDP und 2 der SVP. Wir werden diese gegenüberstellen und dann über den obsiegenden Antrag abstimmen. Wer dem Antrag der FDP zustimmen möchte, drückt Grün, wer dem Antrag der SVP zustimmen möchte, drückt Rot.

Antrag 1
FDP
Rückweisung: Das Budget 2027 wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit der Auflage, neue Stellen für freiwillige Aufgaben oder Leistungsausweitungen im Allgemeinen Haushalt vollständig zu kompensieren. Ausgenommen sind Stellen, die aufgrund übergeordneten Rechts, eines Beschlusses des Stadtrats oder der Stimmberechtigten oder aufgrund zwingender, nicht steuerbarer Mengenentwicklungen erforderlich sind. Vollständig drittfinanzierte Stellen sind ausgenommen, sofern dem Allgemeinen Haushalt keine ungedeckten Folgekosten entstehen.

Antrag 2
SVP
Rückweisung: Dem Gemeinderat sei die Auflage zu erteilen, neue Stellen vollumfänglich mit den vorhandenen Stellenprozenten zu kompensieren.

Abstimmung Nr. 006

2025.FPI.0070: Antrag 1 vs. Antrag 2

**Antrag 2 obsiegt**

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 22 |
| Nein | 39 |
| Enthalten | 5 |

**Präsidentin**: Der Antrag der SVP obsiegt. Wir werden nun über den obsiegenden Antrag der SVP abstimmen.

Abstimmung Nr. 007

2025.FPI.0070: Antrag 2

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 14 |
| Nein | 52 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Ihr habt den Antrag der SVP abgelehnt. Wir kommen jetzt zu den Anträgen 3 von der FDP und 4 von der SVP. Diese werden wir ebenfalls gegenüberstellen. Wer für den Antrag der FDP ist, drückt Grün, wer für den Antrag der SVP ist, drückt Rot.

Antrag 3
FDP
Rückweisung: Die Steueranlage für die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen wird für das Steuerjahr 2027 auf das 1,40-fache der einfachen Steuer festgesetzt. Das Budget 2027 ist entsprechend anzupassen.

Antrag 4
SVP
Rückweisung: Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, den Steuersatz von 1.54 auf 1.49 zu senken; das Budget 2027 muss einen Überschuss von 5 Mio. vorsehen; es dürfen keine neuen Aufgaben (ohne Kompensation) übernommen werden; es sei eine Verzichtsplanung insbesondere bei Investitionen vorzulegen, dabei sei zu priorisieren, welche Ausgaben vorangestellt werden sollen; dies unter Angabe der entsprechenden Gründe.

Abstimmung Nr. 008

2025.FPI.0070: Antrag 3 vs. Antrag 4

**Antrag 4 obsiegt**

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 17 |
| Nein | 37 |
| Enthalten | 12 |

**Präsidentin**: Der Antrag der SVP obsiegt. Wir werden jetzt über den obsiegenden Rückweisungsantrag der SVP abstimmen.

Abstimmung Nr. 009

2025.FPI.0070: Antrag 4

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 12 |
| Nein | 55 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Ihr habt den Rückweisungsantrag der SVP abgelehnt. Wir kommen jetzt zum Rückweisungsantrag Nummer 5 der FDP. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, stimmt jetzt ab.

Antrag 5
FDP
Rückweisung: Das Budget 2027 wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit dem Auftrag, eine überarbeitete Vorlage vorzulegen, die einen Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 60 Prozent vorsieht. Die dafür erforderlichen Massnahmen sowie deren Auswirkungen auf den Finanzierungsfehlbetrag und die Entwicklung der verzinslichen Schulden sind transparent und quantifiziert auszuweisen. Der Werterhalt der städtischen Infrastruktur ist sicherzustellen.

Abstimmung Nr. 010

| 2025.FPI.0070: Antrag 5 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 14 |
| Nein | 53 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen jetzt zum Rückweisungsantrag Nummer 6 von der Mitte.

Antrag 6
Mitte
Rückweisung: Das Budget wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit dem Auftrag, einen Entwurf vorzulegen, der – ohne Steuererhöhung und bei gleichbleibenden Annahmen bezüglich Realisierungsfaktor – einen Selbstfinanzierungsgrad von 50 % aufweist.

Abstimmung Nr. 011

| 2025.FPI.0070: Antrag 6 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 14 |
| Nein | 53 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen zum letzten Rückweisungsantrag Nummer 7 von der FDP.

Antrag 7
FDP
Rückweisung: Das Budget 2027 wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit der Auflage, die vorgesehene Ausgabenpriorisierung zu konkretisieren und im Budget 2027 sowie im AFP 2027–2030 konkrete Streichungen, Verschiebungen oder Redimensionierungen vorzusehen und deren finanzielle Auswirkungen transparent auszuweisen.

Abstimmung Nr. 012

2025.FPI.0070: Antrag 7

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 14 |
| Nein | 53 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Auch dieser Rückweisungsantrag wurde abgelehnt. Das heisst, wir werden mit den weiteren Anträgen nach der Znachtpause weiterfahren. Bitte vergesst nicht, das Grusskärtchen zu unterschreiben, das vorne aufliegt. Und bitte kommt pünktlich wieder zurück. Inhaltlich sollte es spannend werden.

**Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.**

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

03.11.2026

X

Signiert von: JELENA FILIPOVIC

Jelena Filipovic

für das Protokoll

X

Redaktion: Anita Flessenkämper

**Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:30 Uhr**

*Stadtrat anwesend*

Jelena Filipovic, Präsidentin

Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Emanuel Amrein
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
David Böhner
Jacqueline Brügger
Michael Burkard
Carola Christen
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Damian Fenner
Alexander Feuz
Dominik Fitze
Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Evelyne Grieb
Simon Gyger
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Anna Jegher
Nora Joos
Raphaël Karlen
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Corina Liebi
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Salome Mathys
Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanović
Niklaus Mürner
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Lea Schweri
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Ursula Stöckli
Sebâ Topuz
Raphaela Tschümperlin
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Karel Ziehli
Vera Zotter

*Stadtrat entschuldigt*

Oliver Berger
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Raffael Joggi
Nora Krummen
Maurice Lindgren
Michelle Steinemann
Irina Straubhaar

*Gemeinderat anwesend*

Marieke Kruit PRD
Alec von Graffenried SUE
Matthias Aebischer TVS
Ursina Anderegg BSS
Melanie Mettler FPI

*Stadtkanzlei anwesend*

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

*Parlamentsdienste anwesend*

Nadja Bischoff, Leitung Parlamentsdienste
Mago Flück, Weibeldienste
Cornelia Stücker, Weibeldienste

**2025.FPI.0070**

**4 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2027-2030 mit Budget 2027; Abstimmungsbotschaft**

**Präsidentin**: Es ist 20.30 Uhr, wir fahren fort mit der Abstimmung. Wir sind stehen geblieben bei den Anträgen 8, 9, 10 und 11, die wir einander gegenüberstellen werden. Gut, habt ihr alle die Antragsliste vor euch? – Sehr gut, dann werden wir als erstes den Antrag Nummer 8 AL-PdA-TIF dem Antrag Nummer 9 GB gegenüberstellen. Wer dem Antrag Nummer 8 zustimmen möchte, drückt Grün, wer dem Antrag Nummer 9 zustimmen möchte, drückt Rot.

Antrag 8
AL/PdA/TIF
Die Steueranlage ist auf 1,7 festzusetzen.

Antrag 9
GB
Die Steueranlage für die juristischen Personen ist um 2 Steuerzehntel zu erhöhen und neu auf 1.74 festzusetzen. Die Anlage für natürliche Personen soll unverändert bei 1.54 bleiben.

Abstimmung Nr. 013

2025.FPI.0070: Antrag 8 vs. Antrag 9

**Antrag 9 obsiegt**

| | |
|---|---|
| Ja | 14 |
| Nein | 42 |
| Enthalten | 2 |

**Präsidentin**: Der Antrag Nummer 9 obsiegt. Wir werden jetzt den obsiegenden Antrag der GB-JA!-Fraktion, Nummer 9, dem Antrag Nummer 10 der GB-JA!-Fraktion, gegenüberstellen. Wer dem Antrag Nummer 9 zustimmen möchte, drückt Grün, wer dem Antrag Nummer 10 zustimmen möchte, drückt Rot.

Antrag 10
GB
Die Steueranlage für die juristischen Personen ist um 1 Steuerzehntel zu erhöhen und neu auf 1.64 festzusetzen. Die Anlage für natürliche Personen soll unverändert bei 1.54 bleiben.

Abstimmung Nr. 014

2025.FPI.0070: Antrag 9 vs. Antrag 10

**Antrag 10 obsiegt**

| | |
|---|---|
| Ja | 16 |
| Nein | 43 |
| Enthalten | 3 |

**Präsidentin**: Der Antrag der GB-JA!-Fraktion Nummer 10 obsiegt gegenüber Nummer 9. Wir werden jetzt den Antrag der GB-JA!-Fraktion Nummer 10 dem Antrag Nummer 11 der AL-PdA-TIF-Fraktion für die Gewinn- und Kapitalsteuer gegenüberstellen. Wer dem Antrag Nummer 10 zustimmen möchte, drückt Grün, wer dem Antrag Nummer 11 der AL-PdA-TIF-Fraktion zustimmen möchte, drückt Rot.

Antrag 11
AL/PdA/TIF
Die Steueranlage für die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen ist gegenüber der allgemeinen Steueranlage der Gemeindesteuern um 20 Prozent höher festzusetzen.

Abstimmung Nr. 015

2025.FPI.0070: Antrag 10 vs. Antrag 11

**Antrag 10 obsiegt**

| | |
|---|---|
| Ja | 41 |
| Nein | 23 |
| Enthalten | 2 |

**Präsidentin**: Der Antrag GB-JA! obsiegt gegenüber jenem der AL-PdA-TIF. Jetzt stimmen wir über den obsiegenden Antrag der GB-JA!-Fraktion ab.

Abstimmung Nr. 016

2025.FPI.0070: Antrag 10

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 16 |
| Nein | 51 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag der GB-JA!-Fraktion wurde abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 12 der FDP-Fraktion. Wer dem zustimmen möchte, stimmt jetzt darüber ab.

Antrag 12
FDP
Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat mit dem jährlichen Aufgaben- und Finanzplan eine konsolidierte Übersicht über die voraussichtlichen Folgekosten der wesentlichen Investitionsprojekte vorzulegen. Pro Projekt sind nach aktuellem Planungsstand die Kapital-, Betriebs- und Unterhaltskosten sowie ein allfälliger zusätzlicher Personalbedarf ab Inbetriebnahme auszuweisen.

Abstimmung Nr. 017

2025.FPI.0070: Antrag 12

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 28 |
| Nein | 39 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag Nummer 12 wurde abgelehnt. Wir kommen zum Antrag 13 der FDP. Ihr könnt jetzt darüber abstimmen.

Antrag 13
FDP
Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen der laufenden strategischen Priorisierung sämtliche städtischen Aufgaben auf Synergien, Doppelspurigkeiten und Optimierungsmöglichkeiten zu überprüfen. Die daraus abgeleiteten Massnahmen und ihre finanziellen Auswirkungen sind dem Stadtrat mit dem Aufgaben- und Finanzplan 2028-2031 transparent darzulegen.

Abstimmung Nr. 018

2025.FPI.0070: Antrag 13

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 29 |
| Nein | 39 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag Nummer 13 wurde ebenfalls abgelehnt. Nun zu Antrag Nummer 15 der AL-PdA-TIF-Fraktion, wir stimmen ab.

Antrag 15
AL/PdA/TIF
Der Steuerungsbereich Kapitalstruktur und Verschuldung der Finanzstrategie ist um den folgenden strategischen Eckwert zu ergänzen: "Die Stadt Bern und ihre Anstalten leiht sich Geld ausschliesslich aus Finanzinstituten respektive Kapitalien, welche den Sustainable Development Goals (SDG) Richtlinien entsprechen."

Abstimmung Nr. 019

2025.FPI.0070: Antrag 15

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 21 |
| Nein | 45 |
| Enthalten | 1 |

**Präsidentin**: Der Antrag 15 der AL-PdA-TIF-Fraktion wurde ebenfalls abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag 16 der FIKO-Minderheit ab.

Antrag 16
FIKO-Minderheit
Die Stadt geht bei neuen Beiträgen und Subventionen nicht über kantonale Mindestanforderungen hinaus.

Abstimmung Nr. 020

| 2025.FPI.0070: Antrag 16 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 18 |
| Nein | 43 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag der FIKO-Minderheit wurde ebenfalls abgelehnt.

**Salome Mathys (GLP)** für die Fraktion: Wir stellen den Antrag, die letzte Abstimmung zu wiederholen, weil wir sie während der Diskussion zu Antrag 14 völlig verpasst haben.

**Präsidentin**: Also Antrag 14 war jetzt noch nicht dran. – Es handelt sich um den Antrag 15 von der AL-PdA-TIF-Fraktion, über den ihr nicht abgestimmt habt, oder 16? Gut, ihr habt den Antrag von Salome Mathys auf ein Rückkommen zur Abstimmung zu Antrag 16 gehört. Wir brauchen eine einfache Mehrheit für das Rückkommen. Wer dem Rückkommen zustimmen möchte, drückt jetzt Grün,

Rückkommensantrag
GLP
Wiederholen der Abstimmung über Antrag 16.

Abstimmung Nr. 021

| 2025.FPI.0070: Rückkommensantrag | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 67 |
| Nein | 0 |
| Enthalten | 1 |

**Salome Mathys (GLP)**: Das Rückkommen wurde gewährt. Wir sind also bei Antrag 16 der FIKO-Minderheit. Wer dieser Minderheit zustimmen möchte, drückt jetzt Grün.

Abstimmung Nr. 022

| 2025.FPI.0070: Antrag 16 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 23 |
| Nein | 45 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag 16 wurde abgelehnt. Der Antrag 17 der FDP wurde zurückgezogen.

Antrag 17 (zurückgezogen)
FDP
Der Gemeinderat wird beauftragt, bei der Umsetzung bundes- und kantonalrechtlicher Vorgaben auf zusätzliche kommunale Standards und Leistungen zu verzichten, sofern diese nicht gesetzlich erforderlich, politisch ausdrücklich beschlossen oder aufgrund eines ausgewiesenen Kosten-Nutzen-Verhältnisses sachlich gerechtfertigt sind.

**Präsidentin**: Wir kommen jetzt zu den Anträgen 18, 19 und 20, die wir gemeinsam behandeln und gegenüberstellen werden. Als erstes stellen wir den Antrag Nummer 18 der FDP dem Antrag Nummer 19 gegenüber. Wer dem Antrag Nummer 18 zustimmen möchte, drückt Grün, wer dem Antrag Nummer 19 zustimmen möchte, drückt Rot.

Antrag 18
FDP
Der Gemeinderat wird beauftragt, den aus dem Allgemeinen Haushalt finanzierten Stellenbestand in den Planjahren 2028–2030 gegenüber dem Budget 2027 nicht zu erhöhen. Zusätzliche Stellen sind innerhalb des bestehenden Stellenetats zu kompensieren. Ausgenommen sind Stellen, die auf Beschlüssen des Stadtrats oder der Stimmberechtigten beruhen, aufgrund übergeordneten Rechts erforderlich oder durch nicht beeinflussbare Entwicklungen zwingend ausgewiesen sind. Vollständig drittfinanzierte Stellen sind ausgenommen, sofern dem Allgemeinen Haushalt daraus keine ungedeckten Folgekosten entstehen.

Antrag 19
FDP
Es werden keine neuen Stellen - ausser bei Hochbau und bei Tiefbau - in der ganzen Stadt Bern bewilligt, bevor der Sanierungsbedarf im Verwaltungsvermögen unter 10 Mio. ist.

Abstimmung Nr. 023

2025.FPI.0070: Antrag 18 vs. Antrag 19

**Antrag 19 obsiegt**

| | |
|---|---|
| Ja | 27 |
| Nein | 34 |
| Enthalten | 7 |

**Präsidentin**: Ihr habt dem Antrag Nummer 19 zugestimmt. Wir werden nun den obsiegenden Antrag Nummer 19 dem Antrag Nummer 20 gegenüberstellen. Wer dem Antrag Nummer 19 jetzt zustimmen möchte, drückt Grün, wer dem Antrag Nummer 20 zustimmen möchte, drückt Rot. Wir stimmen ab.

Antrag 20
FDP
Der Gemeinderat wird beauftragt, in den Planjahren 2028-2031 auf einen Nettoausbau des städtischen Stellenbestands zu verzichten.

Abstimmung Nr. 024

2025.FPI.0070: Antrag 19 vs. Antrag 20

**Antrag 20 obsiegt**

| | |
|---|---|
| Ja | 8 |
| Nein | 50 |
| Enthalten | 9 |

**Präsidentin**: Ihr habt dem Antrag Nummer 20 zugestimmt. Wir werden jetzt über den obsiegenden Antrag Nummer 20 abstimmen.

Abstimmung Nr. 025

2025.FPI.0070: Antrag 20

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 23 |
| Nein | 45 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag Nummer 20 wurde abgelehnt. Wir kommen jetzt zu den Anträgen 26 der FIKO-Minderheit und 52 der GFL, die wir ebenfalls einander gegenüberstellen werden. Wer dem Antrag der FIKO-Minderheit zustimmen möchte, drückt Grün, wer dem Antrag der GFL zustimmen möchte, drückt Rot.

Antrag 26
FIKO-Minderheit
Der Gemeinderat wird beauftragt, bis Anfang 2027 eine mittelfristige Entschuldungsstrategie vorzulegen, mit dem Ziel, die Nettoverschuldung der Stadt Bern bis zum Ende der AFP-Periode nachhaltig zu reduzieren und eine mit der Finanzstrategie des Gemeinderats im Einklang stehende Entwicklung der Verschuldung sicherzustellen.

Antrag 52
GFL
Der Gemeinderat wird beauftragt, **mit dem nächsten Schuldenbericht** eine mittelfristige Entschuldungsstrategie vorzulegen, mit dem Ziel, die Nettoverschuldung der Stadt Bern bis zum Ende der AFP-Periode nachhaltig zu reduzieren und eine mit der Finanzstrategie des Gemeinderats im Einklang stehende Entwicklung der Verschuldung sicherzustellen.

Abstimmung Nr. 026

2025.FPI.0070: Antrag 26 vs. Antrag 52

**Antrag 52 obsiegt**

| | |
|---|---|
| Ja | 23 |
| Nein | 41 |
| Enthalten | 3 |

**Präsidentin**: Der Antrag der GFL obsiegt. Wir werden jetzt über den obsiegenden Antrag der GFL abstimmen.

Abstimmung Nr. 027

2025.FPI.0070: Antrag 52

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 24 |
| Nein | 44 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der GFL-Antrag wurde abgelehnt. Wir sind jetzt bei Antrag Nummer 14 der FDP und stimmen darüber ab.

Antrag 14
FDP
Der Gemeinderat richtet die Finanzplanung darauf aus, den durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad schrittweise auf mindestens 60 Prozent zu erhöhen. Mit jeder Aktualisierung des Aufgaben- und Finanzplans zeigt er auf, mit welchen Massnahmen dieses Ziel erreicht werden soll.

Abstimmung Nr. 028

2025.FPI.0070: Antrag 14

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 23 |
| Nein | 39 |
| Enthalten | 6 |

**Präsidentin**: Der Antrag Nummer 14 wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag 21 der SVP ab.

Antrag 21
SVP
Der Gemeinderat legt ein Haushaltsverbesserungspaket mit Wirksamkeit ab 2028 vor. Angesichts der prognostizierten Steuereinnahmen sollen in den Planjahren 2028-2031 Ertragsüberschüsse von kumuliert 40 Mio. Franken eingeplant werden.

Abstimmung Nr. 029

2025.FPI.0070: Antrag 21

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 10 |
| Nein | 58 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag 21 wurde ebenfalls abgelehnt. Wir stimmen über den Antrag 22 der FDP ab.

Antrag 22
FDP

Der Gemeinderat wird beauftragt, im nächsten AFP mit Budget 2028 die aus der Ausgabenpriorisierung resultierenden Streichungen, Verschiebungen und Redimensionierungen konkret auszuweisen und deren finanzielle Auswirkungen je Planjahr zu beziffern.

Abstimmung Nr. 030

| 2025.FPI.0070: Antrag 22 | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 38 |
| Nein | 28 |
| Enthalten | 2 |

**Präsidentin**: Der Antrag Nummer 22 der FDP wurde so angenommen. Wer dem Antrag 23 der GB-JA! und GFL-Fraktion zustimmen möchte, stimmt jetzt ab.

Antrag 23
GB/JA!, GFL
In künftigen Budgets und AFPs ist transparent (z.B. mit einer Liste) auszuweisen, welche Aufgaben aus Spar- oder Priorisierungsgründen nicht ins Budget/AFP eingestellt wurden. Für jede Direktion sollen die Priorisierungen und Sparmassnahmen ersichtlich sein.

Abstimmung Nr. 031

| 2025.FPI.0070: Antrag 23 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 22 |
| Nein | 45 |
| Enthalten | 1 |

**Präsidentin**: Der Antrag 23 wurde abgelehnt. Wir stimmen über den Antrag 24 ab.

Antrag 24
GB/JA, GFL
In künftigen Budgets und AFPs ist transparent (z.B. mit einer Liste) auszuweisen, welche Aufgaben aus Spar- oder Priorisierungsgründen in der MIP nicht eingestellt oder verzögert wurden.

Abstimmung Nr. 032

| 2025.FPI.0070: Antrag 24 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 24 |
| Nein | 44 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag 25 der FIKO-Minderheit ab.

Antrag 25
FIKO-Minderheit
Der Gemeinderat hat die geplante Priorisierung der Ausgaben zu konkretisieren und dem Stadtrat bis Mitte 2027 einen Katalog mit verbindlichen Streichungen, Verschiebungen oder Redimensionierungen vorzulegen.

Abstimmung Nr. 033

2025.FPI.0070: Antrag 25

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 32 |
| Nein | 35 |
| Enthalten | 1 |

**Präsidentin**: Der Antrag 25 wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag 27 der FDP-Fraktion ab.

Antrag 27
FDP
Der Gemeinderat wird beauftragt, die Finanzplanung so auszurichten, dass die Nettoschulden der Stadt Bern bis Ende 2031 gegenüber dem Stand per Ende 2026 um mindestens CHF 150 Mio. reduziert werden.
Hierzu ist dem Stadtrat spätestens mit dem nächsten Aufgaben- und Finanzplan ein konkreter Abbaupfad vorzulegen. Dieser hat die erforderlichen Massnahmen sowie deren finanzielle Auswirkungen für jedes Planjahr nachvollziehbar und quantifiziert auszuweisen.

Abstimmung Nr. 034

2025.FPI.0070: Antrag 27

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 14 |
| Nein | 54 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag 27 wurde so abgelehnt. Wir stimmen über den Antrag 28 der SVP ab.

Antrag 28
SVP
Der Gemeinderat legt ein Haushaltsverbesserungspaket mit Wirksamkeit ab 2028 vor. Angesichts der prognostizierten Steuereinnahmen sollen in den Planjahren 2028-2031 Ertragsüberschüsse von kumuliert 100 Mio. Franken eingeplant werden.

Abstimmung Nr. 035

2025.FPI.0070: Antrag 28

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 12 |
| Nein | 56 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Wir stimmen nun über den Antrag 29 der SVP ab.

Antrag 29
SVP
Für die Planjahre 2027-2031 dürfen nur Nettoinvestitionen getätigt werden, die zu keiner Neuverschuldung führen.

Abstimmung Nr. 036

2025.FPI.0070: Antrag 29

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 11 |
| Nein | 58 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag wurde abgelehnt. Wir sind jetzt bei Antrag 30 der RWSU und stimmen ab.

Antrag 30
RWSU
In den Planjahren 2028-2030 sind die Finanzmittel einzustellen, die zur Umsetzung der in der Energie- und Klimastrategie 2035 vorgesehenen Massnahmen benötigt werden. Auf eine Reduktion der finanziellen Mittel im Rahmen der "Aufgaben-Priorisierung" ist in den Planjahren 2028-2030 zu verzichten.

Abstimmung Nr. 037

2025.FPI.0070: Antrag 30

**Annahme**

| | |
|---|---|
| Ja | 46 |
| Nein | 18 |
| Enthalten | 5 |

**Präsidentin**: Der Antrag der RWSU wurde angenommen. Wir stimmen über den Antrag 31 der SVP ab.

Antrag 31
SVP

Die Stadt priorisiert ihre Ausgabenpolitik und beschränkt sich prioritär auf die notwendigen Ausgaben. Wünschenswerte Ausgaben dürfen nur getätigt werden, wenn die Finanzlage dies zulässt und daraus keine Neuverschuldung resultiert.

Abstimmung Nr. 038

2025.FPI.0070: Antrag 31

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 23 |
| Nein | 46 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag wurde abgelehnt. Wir sind jetzt bei Antrag 32 der SVP und stimmen ab.

Antrag 32
SVP
Die Stadt ermöglicht vermehrt Wohneigentum, Stockwerkeigentum und höherwertiges Wohnen an guten Wohnlagen.

Abstimmung Nr. 039

2025.FPI.0070: Antrag 32

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 23 |
| Nein | 46 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag 32 wurde ebenfalls abgelehnt. Wir stimmen über den Antrag 33 der SVP ab.

Antrag 33
SVP
Die Stadt reduziert ihre hohen Wachstumsziele und setzt sich prioritär für die Interessen und Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerung und für den Erhalt der noch vorhandenen Grünflächen ein.

Abstimmung Nr. 040

2025.FPI.0070: Antrag 33

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 5 |
| Nein | 61 |
| Enthalten | 3 |

**Präsidentin**: Der Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Wir stimmen über den Antrag 34 der SVP ab.

Antrag 34
SVP
Die Stadt schliesst keine Leistungsverträge mit Organisationen ab, die Personen aus ideologischen Gründen ausschliessen, indem die Sicherheit dieser Personen nicht gewährleistet wird.

Abstimmung Nr. 041

| 2025.FPI.0070: Antrag 34 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 11 |
| Nein | 56 |
| Enthalten | 1 |

**Präsidentin**: Der Antrag wurde abgelehnt. Wir stimmen über den Antrag 35 der SVP ab.

Antrag 35
SVP
Die Stadt verzichtet auf Gebührenerhöhungen.

Abstimmung Nr. 042

| 2025.FPI.0070: Antrag 35 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 11 |
| Nein | 58 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Wir stimmen über den Antrag 36 der SVP ab.

Antrag 36
SVP
Auf eine Steuererhöhung ist zu verzichten. Der Gemeinderat legt auch in den kommenden vier Jahren jeweils einen Aufgaben- und Finanzplan vor, welcher eine Steueranlage von höchstens 1.54 vorsieht.

Abstimmung Nr. 043

| 2025.FPI.0070: Antrag 36 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 14 |
| Nein | 55 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag 37 der SVP ab.

Antrag 37
SVP
Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass neu in allen Parkhäusern, bei welchen sie die Mehrheitsbeteiligung hat, die erste Parkstunde gratis ist.

Abstimmung Nr. 044

2025.FPI.0070: Antrag 37

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 12 |
| Nein | 54 |
| Enthalten | 1 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen jetzt zu Antrag 38 der SBK.

Antrag 38
SBK
Die Sanierung des Lehrschwimmbeckens Kleefeld sei in die mittelfristige Investitionsplanung aufzunehmen.

Abstimmung Nr. 045

2025.FPI.0070: Antrag 38

**Annahme**

| | |
|---|---|
| Ja | 46 |
| Nein | 15 |
| Enthalten | 8 |

**Präsidentin**: Der Antrag wurde angenommen. Wir stimmen über den Antrag 39 der FDP ab.

Antrag 39
FDP
Der Gemeinderat wird beauftragt, in den Planjahren 2028-2031 die Stärkung der Attraktivität des Wirtschafts- und Arbeitsstandorts Bern als übergeordnetes Ziel zu berücksichtigen und die dafür vorgesehenen Massnahmen im AFP nachvollziehbar auszuweisen. Dabei sind insbesondere wirtschaftsverträgliche Regulierungen, effiziente und rasche Bewilligungsverfahren sowie gute Rahmenbedingungen für die Ansiedlung und den Verbleib von Unternehmen zu berücksichtigen.

Abstimmung Nr. 046

2025.FPI.0070: Antrag 39

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 29 |
| Nein | 40 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag Nummer 40 der FDP ab.

Antrag 40
FDP
Bei der Investitionsplanung für die Planjahre 2028–2031 ist dem Werterhalt und der wirtschaftlich sinnvollen Sanierung bestehender städtischer Infrastruktur grundsätzlich Vorrang vor nicht zwingenden Neuinvestitionen und Ausbauten einzuräumen. Bei der Priorisierung sind insbesondere der bauliche und energetische Zustand, die verbleibende Nutzungsdauer sowie die Investitions-, Betriebs- und Folgekosten über den gesamten Lebenszyklus zu berücksichtigen.

Abstimmung Nr. 047

| 2025.FPI.0070: Antrag 40 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 23 |
| Nein | 40 |
| Enthalten | 6 |

**Präsidentin**: Der Antrag Nummer 40 wurde ebenfalls abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag 41 der FDP ab.

Antrag 41
FDP
In den Planjahren 2028–2030 ist für die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen eine Steueranlage von 1,40 zugrunde zu legen

Abstimmung Nr. 048

| 2025.FPI.0070: Antrag 41 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 12 |
| Nein | 57 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag der FDP wurde ebenfalls abgelehnt. Wir sind bei Antrag 42 der AL-PdA-TIF-Fraktion und stimmen ab.

Antrag 42
AL/PdA/TIF
Die Finanzstrategie ist ab PJ 2028 nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmung Nr. 049

| 2025.FPI.0070: Antrag 42 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 15 |
| Nein | 54 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir stimmen über den Antrag 43 der FDP ab.

Antrag 43
FDP
Der Gemeinderat wird beauftragt, die Steuerertragsprognosen im AFP auf realistische und vorsichtig beurteilte Annahmen abzustützen. Wesentliche konjunkturelle, geopolitische und handelspolitische Risiken sind angemessen zu berücksichtigen und anhand eines Basis- und eines Risikoszenarios transparent darzustellen.

Abstimmung Nr. 050

| 2025.FPI.0070: Antrag 43 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 23 |
| Nein | 45 |
| Enthalten | 1 |

**Präsidentin**: Der Antrag wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag GB-JA!, GFL Nummer 44 ab.

Antrag 44
GB/Ja, GFL
Bei der Ausweisung von Priorisierungen, Sparmassnahmen und direktionsinternen Kompensationen sind Veränderungen bei internen Verrechnungen separat von realen Aufwand- und Leistungsminderungen auszuweisen.

Abstimmung Nr. 051

| 2025.FPI.0070: Antrag 44 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 24 |
| Nein | 45 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Wir sind bei Antrag 45 der FIKO-Minderheit und stimmen ab.

Antrag 45
FIKO-Minderheit

Über den gesamten Planungshorizont ist ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 55 % ab 2028 einzuhalten und die Planung so auszugestalten, dass dieser sich jährlich um mind. 5% erhöht bis die 100% aus der Gemeinderätlichen Finanzstrategie erreicht sind. Dies ohne Steuererhöhung und bei gleichbleibenden Annahmen bezüglich Realisierungsfaktor.

Abstimmung Nr. 052

2025.FPI.0070: Antrag 45

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 25 |
| Nein | 42 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Wir sind bei Antrag 46 der FIKO-Minderheit und stimmen ab.

Antrag 46
FIKO-Minderheit
Gemäss AFP erbringt die Stadt Bern heute Leistungen über dem gesetzlichen Minimum und den kantonalen Vorgaben. Dies führt zu Mehrausgaben. Dazu ist die Stadt nicht verpflichtet. Künftig sind alle solchen Mehrausgaben im AFP separat auszuweisen und zu begründen.

Abstimmung Nr. 053

2025.FPI.0070: Antrag 46

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 23 |
| Nein | 44 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir sind beim Antrag 47 der FIKO und stimmen ab.

Antrag 47
FIKO
Die Stadt baut kostengünstig und überprüft ihre Bestellungen und Baustandards auf Sparpotential.

Abstimmung Nr. 054

2025.FPI.0070: Antrag 47

**Annahme**

| | |
|---|---|
| Ja | 52 |
| Nein | 1 |
| Enthalten | 15 |

**Präsidentin**: Der Antrag 47 wurde angenommen. Wir stimmen über den Antrag 48 der FDP ab.

Antrag 48
FDP
Wird im AFP der Begriff «nachhaltig» verwendet, ist jeweils kenntlich zu machen, auf welche Dimension der Nachhaltigkeit sich die Aussage bezieht (ökologisch, ökonomisch, finanziell und / oder sozial).

Abstimmung Nr. 055

2025.FPI.0070: Antrag 48

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 25 |
| Nein | 43 |
| Enthalten | 1 |

**Präsidentin**: Der Antrag der FDP wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag 49 der Mitte ab.

Antrag 49
Mitte
Die 8.2 FTE der eingesparten Ausbildungsstellen im Budget 2027 im Vergleich zum 2026 sollen für die Planjahre wieder angeboten werden, wobei die Gesamtzahl der Mitarbeitenden nicht erhöht wird.

Abstimmung Nr. 056

2025.FPI.0070: Antrag 49

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 14 |
| Nein | 55 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen zu den letzten beiden Anträgen. Als erstes stimmen wir über den Antrag Nummer 50 der GLP-EVP ab.

Antrag 50
GLP/EVP
Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, ob sämtliche Gebühren inflationsbereinigt sind, und diese gegebenenfalls entsprechend anzupassen.

Abstimmung Nr. 057

2025.FPI.0070: Antrag 50

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 21 |
| Nein | 48 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Dieser wurde abgelehnt. Jetzt stimmen wir über den Antrag 51 der GLP-EVP-Fraktion ab.

Antrag 51
GLP/EVP
Der GR wird aufgefordert, die Einführung einer permanenten Aufgabenüberprüfung und Priorisierung durch den Stadtrat zu prüfen.

Abstimmung Nr. 058

| 2025.FPI.0070: Antrag 51 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 23 |
| Nein | 46 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde abgelehnt.

**Direktion GuB-PRD**

Wir kommen jetzt zur Detailberatung des AFP 2027-2030 mit dem Budget. Wir starten mit der Beratung von GuB-PRD. Ich erteile den Sprechenden der Kommission das Wort. Als erstes für die Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS), Nora Joos.

**Nora Joos (JA)** für die Kommission: Ich halte das Kommissionsvotum stellvertretend für Irina Straubhaar, die heute abwesend ist. Die Herausforderungen für Hochbau Stadt Bern (HSB) sowie für das Stadtplanungsamt sind gross. Wie im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2027 bis 2030 nachgelesen werden kann, stehen für HSB im Jahr 2027 insbesondere die Sanierungen der grossen Wasser- und Freizeitanlagen im Fokus. Weiterhin stellen der Sanierungsbedarf sowie der zusätzliche Raumbedarf bei den Volksschulen einen bedeutenden Aufgabenbereich von HSB dar. Zudem ist bei Hochbau Stadt Bern in den kommenden Jahren mit einem anhaltenden hohen Investitionsbedarf zu rechnen.
Für das Stadtplanungsamt stellt die Revision der baurechtlichen Grundordnung weiterhin eine grosse Herausforderung dar, die parallel zu zahlreichen laufenden Gebiets- und Arealentwicklungen bewältigt werden muss. Zudem führen die stetig steigenden Anforderungen an die Stadtplanung zu zusätzlicher Belastung. Die Kommission beziehungsweise die Delegation hat sich anlässlich des Delegationsbesuchs mit HSB und dem Stadtplanungsamt (SPA) über diese Herausforderungen und die anstehenden Aufgaben ausgetauscht. Im Mittelpunkt standen der vom Gemeinderat beschlossene Aufgabenverzicht sowie das Stadtportfolioprojekt zur besseren Priorisierung und Koordination städtischer Vorgaben.
Weitere Gesprächsthemen waren die Energie- und Klimamassnahmen, die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus sowie die hohe Auslastung der Verwaltung angesichts laufender Grossprojekte wie Viererfeld und Gaswerkareal. Zudem wurden die Bedeutung der Mitwirkungsverfahren, mögliche Verzögerungen beim Amt für Gemeinden und Raumordnung sowie die ungeklärte Weiterführung der befristeten Stellen für die Revision der baurechtlichen Grundordnung thematisiert.

Die Kommission hat das Budget und den AFP zur Kenntnis genommen. Das Budget wurde mit 7 Ja-Stimmen gegenüber 2 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen zuhanden des Stadtrats verabschiedet. Der AFP erhielt 5 zustimmende Kenntnisnahmen, keine ablehnende Kenntnisnahme und 4 Enthaltungen. Zudem formulierte die Kommission eine Planungserklärung zuhanden des Stadtrats. Diese findet sich in Antrag 17. Darin wird die Schaffung eines neuen Leistungsindikators gefordert, der aufzeigt, wie hoch der Anteil der Projekte ist, für die eine Bilanzierung der grauen Emissionen vorgenommen wird.
Danke im Namen der Kommission, dass ihr die Planungserklärung annehmt.

**Präsidentin**: Vielen herzlichen Dank. Als erstes kommen die Kommissionssprecher*innen und als nächstes Helin Genis für die Kommission (Kommission für Soziales, Bildung und Kultur, SBK).

**Helin Genis (SP)** für die Kommission: Ich stelle euch für die SBK die Dienststellen der PRD vor. Wir haben uns mit dem Generalsekretariat Personal, Finanzen und digitale Entwicklung, der Fachstelle für Gleichstellung in Geschlechterfragen, Kultur Stadt Bern und Denkmalpflege auseinandergesetzt. Beim Delegationsbesuch haben wir unter anderem über Gleichstellung, die Istanbul-Konvention, "Bern schaut hin" und Lohngleichheit gesprochen. Bei Kultur ging es um die Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden und die Projektförderung. Auch Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf die Verwaltung waren ein Thema. Bei der Denkmalpflege ging es um den UNESCO-Managementplan sowie das Verhältnis von Denkmalpflege und Klima- und Energiezielen.
Aus diesen Diskussionen sind auch unsere Anträge entstanden. Beim Generalsekretariat beantragt die SBK 80'000 Franken jährlich ab 2027 für den Verein Vorplatz der Reitschule. Die präventive Arbeit auf dem Vorplatz trägt dazu bei, den Ort zu beleben und Konflikte früh aufzufangen. Gerade rund um die Schützenmatte ist diese Arbeit wichtig. Das Angebot hat sich zudem bereits etabliert und wird von der Reitschule und der Verwaltung als sinnvoll beurteilt.
Bei Kultur Stadt Bern beantragen wir 75'000 Franken jährlich ab 2027 für den Verein Museumsquartier Bern. Die Finanzierung einer professionellen Stelle ist für die gemeinsame Weiterentwicklung des Museumsquartiers zentral. Zudem haben auch die Burgergemeinde und der Kanton eine finanzielle Beteiligung in Aussicht gestellt. Dafür braucht es auch den Beitrag der Stadt.
Der dritte Schwerpunkt betrifft die Fachstelle für Gleichstellung in Geschlechterfragen. Hier beantragen wir 300'000 Franken für 2027 als Anschub- und Anschaffungsfinanzierung für einen queeren Begegnungsort. Für 2028 bis 2030 sollen jährlich 100'000 Franken für den Betrieb eingestellt werden. Der Stadtrat hat mit der Überweisung einer entsprechenden Motion einen klaren politischen Auftrag gegeben und ein Verein hat sich inzwischen formiert und ist bereit, mit der Umsetzung zu beginnen. Die höheren Kosten im ersten Jahr entstehen insbesondere durch Infrastruktur, Miete, Erstkonzeption und Anschaffungen. Ein queerer Begegnungsort schafft Raum für Begegnung, Beratung und Vernetzung. Angesichts von Queerfeindlichkeit und Diskriminierung ist dieser konkrete Beitrag der Stadt sehr wichtig.
Die SBK empfiehlt euch deshalb, alle 6 Anträge der PRD anzunehmen. Auch beim bereinigten Budget 2027 der PRD empfiehlt die SBK die Annahme. Den AFP 2027 bis 2030 empfehlen wir euch zur zustimmenden Kenntnisnahme.
Ich möchte mich bei allen Mitarbeitenden der Verwaltung für ihr Engagement und ihre wertvolle Arbeit in diesem Zusammenhang bedanken.

**Präsidentin**: Als nächstes Mirjam Roder für die Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU).

**Mirjam Roder (GFL)** für die Kommission: Die RWSU ist bei der Präsidialdirektion (PRD) für Aussenbeziehungen und Statistik, kurz Austa, sowie für Wirtschaft Stadt Bern zuständig. An dieser Stelle auch nochmals einen herzlichen Dank für den spannenden Austausch. Die PRD hat insgesamt im Budget 2027 auf neue Aufgaben beziehungsweise Leistungen im Umfang von rund 500'000 Franken verzichtet. Dazu kommen lineare Kürzungen im Umfang von 160'000 Franken.
Bei Austa betrifft das 2 vakante Stellen im Umfang von insgesamt 1,6 FTEs (Full-time Equivalents), die nicht wieder besetzt wurden. Je eine Vakanz von 80% bei den Aussenbeziehungen und beim Datenmanagement. Bei den Aussenbeziehungen soll das durch eine stärkere Fokussierung auf die regionale und kantonale Ebene aufgefangen werden. Welche konkreten Folgen aber dieser Stellenabbau haben wird, konnte noch nicht beantwortet werden.
Dann noch ein Punkt zur Wirtschaftsstadt Bern, dort wurde thematisiert, dass die Dienststelle trotz reduzierter personeller Ausstattung ihre Kernaufgaben weiterhin wahrnehme und zentrale Projekte weiterführe. An dieser Stelle möchte ich ein kurzes Lob aussprechen, denn ich finde, das ist sehr bemerkenswert. Die Verwaltung hat erklärt, dass bei zwingenden Aufgaben ohne grosse Aussenwirkung bewusst mit dem Pareto-Prinzip gearbeitet werde. Es werde sehr genau geschaut, wo tatsächlich 100%-Leistung notwendig sei und wo mit geringerem Aufwand praktisch das gleiche Resultat erzielt werden könne. Das fand ich einen sehr spannenden Einblick.
Kurz: Die RWSU empfiehlt den Teil Austa und Wirtschaftsstadt Bern der PRD mit 8 zu 2 bei einer Enthaltung zur Annahme und nimmt den AFP mit 8 Positiven, einer negativen und einer neutralen Wertung zur Kenntnis.

**Präsidentin**: Herzlichen Dank an die Kommissionssprecher*innen. Wir kommen jetzt zu den Fraktionserklärungen. Ihr könnt euch gerne anmelden. Und den Start macht? – Sobald das Panel funktioniert. Den Start macht Corina Liebi für die GLP-EVP-Fraktion.

**Corina Liebi (JGLP)** für die Fraktion: Unsere finanzpolitische Haltung haben wir in der Grundsatzdebatte bereits dargelegt. Ich verzichte deshalb darauf, alles noch einmal zu wiederholen. Eines ist mir aber wichtig zu betonen: Wir können nicht auf der einen Seite erwarten, dass die Verwaltung ihre Aufgaben konsequent priorisiert und auf der anderen Seite laufend neue Aufgaben und höhere Ausgaben beschliessen. Gerade mit Blick auf die Generationengerechtigkeit müssen wir darauf achten, dass wir den finanzpolitischen Handlungsspielraum der Stadt nicht immer weiter einschränken.
Vor diesem Hintergrund werden wir alle Anträge ablehnen, welche das vom Gemeinderat vorgeschlagene Budget oder den AFP wieder verwässern. Annehmen werden wir Antrag 17 der PVS zur Ausweisung eines Leistungsindikators zum Anteil der Projekte mit einer Bilanzierung der grauen Emissionen. Hochbau Stadt Bern setzt entsprechende $CO_2$-Berechnungstools bereits versuchsweise in einem Grossteil der Wettbewerbsverfahren ein. Uns wurde versichert, dass eine schlanke Lösung ohne unverhältnismässigen zusätzlichen Aufwand möglich sei. Unter dieser Voraussetzung können wir den vorliegenden Antrag denn auch unterstützen.
Die GLP-EVP-Fraktion hat zudem zwei Anträge zu Kultur Stadt Bern eingereicht. Dies, weil wir der Meinung sind, dass eine Erhöhung des Kulturbudgets ab 2028 angesichts der angespannten Finanzlage nicht zu rechtfertigen ist. Wenn die Stadt in Leistungs-

verträgen einen Teuerungsausgleich vorsehen will, ist es konsequent, diesen auch abzugelten. Für uns folgt daraus aber nicht, dass dafür zusätzliches Geld ins Kulturbudget eingestellt werden muss. Wenn die Stadt diesen Ausgleich leisten will, so soll sie ihn innerhalb des bestehenden Kulturbudgets finanzieren und dort auch entsprechend priorisieren. Deshalb beantragen wir, den Teuerungsausgleich ab 2028 wieder aus dem AFP zu streichen.
Mit der Dampfzentrale hat sich die Stadt Bern in den letzten Jahrzehnten bewusst eine Kulturinstitution mit ausgeprägter internationaler Ausrichtung geleistet und dafür entsprechend hohe finanzielle Mittel eingestellt. Mit der Neuausschreibung hat sich dieses Profil wesentlich verändert. Damit muss es aus unserer Sicht auch möglich sein, die bisherige Finanzierung neu zu beurteilen. Die Grünliberalen – und ich spreche jetzt explizit nicht für die EVP – haben sich bereits in der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft dahingehend geäussert, dass sie nicht mehr bereit sind, den Leistungsvertrag der Dampfzentrale unter diesen veränderten Bedingungen mitzutragen. 2028 beginnt die neue Leistungsvertragsperiode. Deshalb ist aus unserer Sicht jetzt der richtige Zeitpunkt, um über das Weiterbestehen dieses Leistungsvertrags zu verhandeln.
Die Stadt Bern hat seit Jahrzehnten die Tendenz, Fördermittel von der freien Förderung hin zu Leistungsverträgen zu verschieben. Auch wenn wir das Bedürfnis nach Planungssicherheit verstehen können, werden mit jedem neuen Leistungsvertrag Mittel langfristig gebunden. Wir alle wissen, dass die Stadt Bern Leistungsverträge äusserst selten auslaufen lässt – und wenn, dann geht es meist nur um kleinere Beträge. Kulturpolitik heisst für uns, auch Bestehendes regelmässig zu hinterfragen. Wenn sich Auftrag, Profil oder Rahmenbedingungen einer Institution wesentlich verändern, muss auch die Frage erlaubt sein, ob die bisher eingesetzten öffentlichen Mittel noch in derselben Höhe gerechtfertigt sind. Eine Priorisierung im Budget heisst für uns auch, unbequeme Fragen zu stellen und es heisst im Zweifelsfall auch, unangenehme Entscheide zu treffen.

**Präsidentin**: Als nächstes Barbara Keller für die SP-JUSO-Fraktion, die sich das Votum mit Dominik Fitze teilen wird. Zur Erinnerung: Ihr habt 8 Minuten Zeit.

**Barbara Keller (SP)** für die Fraktion: Bern ist eine Kulturstadt – oder sie will es zumindest sein. Aber eine Kulturstadt lebt nicht nur von grossen Institutionen, sie lebt genauso von der freien Szene, von kleinen Veranstaltungsorten, von Festivals, von Museen, von Jugendkultur und von politischen wie auch kulturellen Freiräumen. Und genau diese Vielfalt werden wir heute mit unserem Abstimmungsverhalten bestätigen.
Beginnen möchte ich mit einem politischen und kulturellen Freiraum, ein Ort für Kultur, Konzerte, Diskussionen und Begegnungen, aber auch ein Ort der gesellschaftlichen Auseinandersetzung: die Reitschule. Rund um die Reitschule und vor allem auch auf der Schützenmatte gibt es immer wieder Spannungen. Hier kommen Menschen zusammen, die oft durch das System fallen. Menschen in schwierigen Lebenssituationen finden hier einen Ort, an dem sie toleriert und unterstützt werden. Das ist auch für die Reitschüler*innen oft eine Belastung. Hier braucht es soziokulturelle Lösungen und nicht einfach mehr Repression. Die Reitschule hat mit dem Verein für die Belebung des Vorplatzes selbst versucht, eine Antwort zu geben – und das mit Erfolg.
Die Situation hat sich etwas entspannt, mit Awareness-Teams, soziokultureller Animation und konkreten Massnahmen soll der Vorplatz weiter belebt und die Situation präventiv verbessert werden. Wir finden es nicht nachvollziehbar, dass ein Projekt ein Jahr laufen gelassen werden soll – man erhält Rückmeldungen, die durchwegs positiv sind

– und dann entscheidet man, das wieder aus dem Budget zu streichen. Da setzen wir ein Fragezeichen, lieber Gemeinderat.
Natürlich unterstützen wir auch die Anträge zum queeren Begegnungsort. Bern will eine offene und vielfältige Stadt sein, aber eine glaubwürdige queerfreundliche Politik braucht auch politische Bekenntnisse. Sie braucht konkrete Orte: einen Ort, an dem sich queere Menschen sicher und wohl fühlen. Gerade für Menschen, die Diskriminierung oder Ausgrenzung erleben, sind solche Räume wichtig. Den politischen Auftrag dazu haben wir längst gegeben, nun müssen die Mittel folgen. Was ist uns Gleichstellung und Diskriminierungsschutz wert? Für uns ist klar: so einiges. Wir wollen eine Stadt, die Diskriminierung bekämpft und Gleichstellung fördert. Deshalb sagen wir klar Nein zum Antrag der SVP, 250'000 Franken bei der Fachstelle für Gleichstellung für Geschlechterfragen zu streichen.
Gerade in einer Zeit, in der wir weiterhin Sexismus, geschlechtsspezifische Gewalt und queerfeindliche Diskriminierung erleben, ist diese Arbeit wichtig und unverzichtbar. Aber wir wollen bei der Gleichstellung und Diskriminierung nicht nur Bestehendes verteidigen, sondern den Schutz vor Diskriminierung in unserer Stadt weiterentwickeln. Wir haben vor Kurzem eine Motion für ein Antidiskriminierungsgesetz eingereicht. Damit haben wir einen klaren politischen Auftrag erteilt: Wir wollen den Diskriminierungsschutz in der Stadt Bern weiterentwickeln und bestehende Lücken schliessen. Deshalb beantragen wir heute 50'000 Franken für eine umfassende Prüfung und Weiterentwicklung des Diskriminierungsschutzes. Was machen andere Städte und Gemeinden, welche Modelle haben sich bewährt? Wo gibt es Lücken und welche Erfahrungen machen Menschen oder Gruppen, die eben Diskriminierung erleben?
Wir sagen auch weiterhin Ja zum Museumsquartier, darüber haben wir bereits letztes Jahr debattiert und das Jahr davor. Auch eine entsprechende Motion wurde überwiesen. Lieber Gemeinderat, machen wir dieses Spiel jetzt jedes Jahr? Ihr streicht und wir stellen einen Antrag. Ich hoffe nicht. 11 Institutionen arbeiten daran, das Museumsquartier weiterzuentwickeln. Da tut sich was rund um den Helvetiaplatz und das ist toll. Es braucht aber auch Koordination und eine professionelle Projektleitung.
Die beiden Anträge zur Projekt- und Programmförderung werden wir heute ablehnen. Nicht, weil wir die Problematik nicht sehen. Im Gegenteil: Wir bedauern, dass heute teilweise sehr gute Projekte nicht unterstützt werden können. Aber aktuell ist eine Kulturbotschaft des Gemeinderats in Vernehmlassung. Wir sagen also nicht Nein zu einer stärkeren Kulturförderung, aber wir wollen die kulturpolitische Gesamtstrategie abwarten und dann gezielt handeln. Klar Nein sagen wir hingegen zum Antrag der SVP, der Kultur Stadt Bern 500'000 Franken pauschal streichen will. Einen solchen Beitrag einfach willkürlich pauschal zu streichen, weil eine Person einem auf dem Fuss getreten ist, ist keine seriöse Finanzpolitik.
Jetzt muss ich leider zum Schluss kommen, weil meine Redezeit fast vorbei ist. Abschliessend möchte ich sagen: Wir wollen eine Stadt, in der Kultur nicht ein "Nice-to-have" ist und in der Freiräume gestärkt werden. Die SP-Stadt Bern setzt sich dafür ein und wir hoffen, dass ihr uns dabei folgt.

**Dominik Fitze (SP)** für die Fraktion: Zu den weiteren Anträgen, insbesondere aus dem PVS-Bereich: Antrag 15 der FDP zum Denkmalschutz werden wir entschieden ablehnen, und zwar, weil er einfach keinen Sinn macht – Schade ist gerade kaum jemand von der FDP da, dann hätten sie zum Beispiel gehört, dass die Aufgabe des Denkmalschutzes nicht ist, Umbauten zu verhindern, sondern die fachgerechte Sanierung bei unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden zu unterstützen. Ohne diese Unterstützung würden dann viel mehr Baugesuche vor Gericht landen. Ich glaube nicht, dass das die

Idee der FDP ist, darum werden wir das ganz klar ablehnen. Falls ihr aber mal über die Güterabwägung Ökologie und Nachhaltigkeit, wie es bei euch steht, gegenüber dem Denkmalschutz sprechen wollt, sind wir da gerne dazu bereit.
Bei Antrag 2 werden wir uns klar dafür aussprechen. Es ist nämlich einfach skandalös, dass Europas Regierungen tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken lassen. Bei diesem Versagen Europas Regierungen ist es wichtig, dass die Städte hinschauen und sich solidarisch zeigen. Die Stadt Bern ist da in guter Gesellschaft weiterer Kommunen.
Antrag 3 und 4 zur Vorfrankierung unterstützen wir. Es ist uns nicht verständlich, dass der Gemeinderat auf die politisch vom Stadtrat gewünschte Vorfrankierung verzichten möchte.
Dann noch zu einem Antrag der GLP: Für uns ist es ziemlich unverständlich, dass die GLP bei der Dampfzentrale jetzt gerade reingrätschen möchte und mit einer aus meiner Sicht eher fadenscheinigen Begründung spezifisch dort Mittel kürzen möchte. Keine Ahnung, was da für eine Motivation dahinter stecken mag. Aber wir sind nicht bereit, kurzfristig die Kulturpolitik derart stark anzupassen, gerade auch, weil wir wissen, dass ja bald die Kulturbotschaft hier im Parlament diskutiert wird und der Leistungsvertrag dann zur Diskussion kommen wird. Es macht einfach keinen Sinn, hier "random" Mittel zu kürzen.
Zuletzt noch zu unserem Antrag 22: Ich möchte euch bitten, diesen zu unterstützen. Die Transformation hin zu einer dekarbonisierten, gerechteren Gesellschaft fordert nämlich alle, insbesondere auch die Zivilgesellschaft. Wir möchten mit dieser Planungserklärung den Gemeinderat dazu auffordern, innovative Initiativen aus der Zivilgesellschaft gezielt zu unterstützen. Vielen Dank.

**Präsidentin**: Herzlichen Dank. Als nächstes, Lea Schweri für die GB-JA!-Fraktion.

**Lea Schweri (GB)** für die Fraktion: Wenn wir über das Budget sprechen, müssen wir uns fragen, was unsere Ziele für die Stadt Bern sind, was wir für Bern wollen. Für die GB-JA!-Fraktion ist klar: Wir wollen eine solidarische und vielfältige Stadt, eine Stadt, die Verantwortung übernimmt für die Menschen, die hier leben, aber auch über die eigenen Gemeindegrenzen hinaus – und wir wollen eine Stadt, die ihre politischen Beschlüsse ernst nimmt und sie dann auch umgesetzt sehen will. Politische Beschlüsse dürfen keine Absichtserklärungen bleiben, sie müssen sich auch im Budget wiederfinden. Diese Anliegen werden im aktuellen Budget der PRD nicht immer berücksichtigt. Wir hoffen sehr, dass der Stadtrat das Budget heute Abend so justieren wird, dass diesen Aufgaben nachgekommen wird.
Wir haben unsere Anträge danach ausgerichtet und werden auch in diesem Sinne die übrigen Anträge beurteilen. Ein Beispiel ist die Projekt- und Programmförderung. Heute reicht das vorhandene Geld nicht einmal aus, um alle Projekte zu unterstützen, die von der Kulturkommission zu 100% zur Unterstützung empfohlen werden. Das Los muss entscheiden. Stellen wir uns das kurz vor: Ein Projekt wird fachlich vollumfänglich empfohlen und als unterstützenswert beurteilt – und trotzdem erhält es kein Geld. Nicht, weil es schlecht ist, sondern weil das Budget einfach nicht reicht und das LOS in diesem Fall anders entschieden hat. Das ist frustrierend für die Kulturschaffenden und es ist auch kulturpolitisch unsinnig. Wir verzichten damit auf Kulturprojekte, obwohl wir eigentlich wissen, dass sie gut sind. Wir bitten euch, den Anträgen 10 und 11 zuzustimmen, denn die Kulturschaffenden können nicht auf die nächste Kulturbotschaft warten. Die Projekte, um die es geht, finden heute und morgen statt.
Bei Antrag 8 und 9 für den queeren Begegnungsort verlangen wir, dass der politische Wille des Stadtrats umgesetzt wird. Der politische Beschluss wurde klar gefasst, nun

müssen wir auch konsequent sein und die finanziellen Mittel dafür sprechen. Eine kontinuierliche Finanzierung sichert den Betrieb dieses wichtigen Orts auch in der Zukunft. Ohne die Mittel kann die Motion nicht umgesetzt werden und wir riskieren, unsere Glaubwürdigkeit zu verlieren.
Damit komme ich zu zwei Anträgen, bei denen Solidarität ganz konkret wird. Es ist traurig, dass der Antrag zur Seenotrettung jedes Jahr wieder gestellt werden muss. Seit 2024 unterstützt die Stadt Bern Sea-Eye mit 70'000 Franken. Solange das Mittelmeer ein Massengrab bleibt und europäische Staaten ihre Verantwortung nicht wahrnehmen, soll sich Bern solidarisch zeigen. Wir unterstützen deshalb die Spende an Sea-Eye auch für 2027.
Auch die 25'000 Franken für eine Solaranlage beim Kinderspital in Havanna unterstützen wir. Mit wenig Geld wird etwas sehr Konkretes erreicht. Eine eigene Solarstromversorgung kann die Stromversorgung eines Spitals stabilisieren und damit gerade dort helfen, wo Stromausfälle besonders gravierende Folgen haben können.
Sämtliche Kürzungsanträge der SVP, FDP und GLP-EVP lehnen wir klar ab. Wir sind dezidiert dagegen, auf Kosten des städtischen Personals, der Gleichstellung oder im Kulturbereich zu sparen. Für den Antrag 15, die Interessenabwägung von Denkmalpflege und ökologischen Interessen, hat die Fraktion die Stimmfreigabe beschlossen. Wir sehen die Notwendigkeit, dass eine ökologische und nachhaltige Bauweise auch in der Berner Altstadt möglich sein muss. Gleichzeitig finden wir es aber wichtig, dass die Betrachtung des Einzelfalls bestehen bleibt und nicht per se das eine Interesse über das andere gestellt wird. Manche lehnen zudem die explizit genannte Minimierung der Arbeit der Denkmalpflege ab.
Den Antrag 17 der PVS finden wir sehr sinnvoll und sehen ihn als wichtiges Instrument in zukünftigen Interessensabwägungen. Ein Leistungsindikator für graue Emissionen ermöglicht die Abwägung zwischen denkmalpflegerischen und ökologischen Interessen.
Und zum Schluss komme ich noch zu den Anträgen 3 und 4: Die Sistierung der vorfrankierten Abstimmungs- und Wahlkuverts ist ein weiterer Entschluss des Stadtrats, welcher dann doch nicht umgesetzt werden soll. Wir waren uns alle bei der Überweisung der Motion einig, dass politische Partizipation gratis sein soll. Demokratie lebt davon, dass Menschen unkompliziert und zuverlässig an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen können. Für uns ist zentral, dass die 200'000 Franken im Budget eingestellt sind und das Abstimmen und Wählen bald kostenlos möglich sein wird.
Zum Abschluss möchte ich festhalten, dass Entscheide im Stadtrat nicht nur für die Galerie oder für die Berichterstattung getroffen werden. Wenn wir im Stadtrat Entscheide fällen, müssen wir uns auch dafür einsetzen, dass die nötigen Mittel eingestellt werden. Wir sollten uns gerade beim Budget fragen, was für eine Stadt wir sein möchten und diese politischen Entscheide dann auch mit dem nötigen Willen und den Konsequenzen unterstützen und tragen. Für die GB-JA!-Fraktion ist klar, was für ein Bern wir möchten, eine Stadt, die Solidarität als zentralen Grundsatz hochhält.

**Präsidentin**: Als nächstes Carola Christen für die GFL-Fraktion.

**Carola Christen (GFL)** für die Fraktion: Gerne spreche ich auch noch kurz zu den Anträgen der GuB-PRD und gehe kurz auf unser Stimmverhalten ein. Die humanitären Anträge betreffend die Unterstützung von Sea-Eye als Beitrag zu einer menschlicheren Asyl- und Migrationspolitik sowie jenen zur Versorgungskrise in Kuba nehmen wir beide an. In beiden Fällen handelt es sich zweifellos um Notlagen. Uns erscheint es auch zu einfach, diese Aufgabe lediglich auf den Bund oder den Kanton abzuschieben. Versteht

mich nicht falsch, auch diese haben ihren Beitrag zu leisten. Unser Punkt ist: Es ist eine Aufgabe von allen, wie dies auch unsere Gemeindeordnung in Artikel 19 festhält.
In Einklang mit unserer Forderung nach mehr Transparenz sowie dem Fokus nach mehr Klimaschutz stimmen wir der Ausweitung des Leistungsindikators, welcher den Anteil der Projekte mit einer Bilanzierung der grauen Emissionen aufzeigt, ebenfalls zu. In Bezug auf die Budgetanträge im Kulturbereich verfolgen wir einen wirkungsorientierten und zurückhaltenden Kurs. So stimmen wir dem Antrag für das Museumsquartier zu. Die Erhöhung der Projekt- und Programmförderung lehnen wir jedoch ab. Nein sagen wir auch zur Forderung, den Leistungsvertrag mit der Dampfzentrale zu streichen. Das wäre eine massive Schwächung des Kulturplatzes Bern. Dasselbe gilt für den Antrag zum Teuerungsausgleich, welchen wir ebenfalls ablehnen.
Selbstverständlich sind wir gegen die Quasi-Abschaffung bzw. massive Kürzung bei der Fachstelle für Gleichstellungs- und Rassismusfragen. Ebenfalls lehnen wir alle anderen Anträge der SVP ab. Diese sind unserer Ansicht nach nicht zielführend und es wird am falschen Ort gespart.
Bei den folgenden Anträgen enthalten wir uns: Das wäre einerseits die Anschaffungsfinanzierung für einen queeren Begegnungsort, andererseits das Geld für den Verein Vorplatz Reitschule. Wir haben für beide Anträge grosse Sympathien. Dennoch können wir bei der Schaffung eines neuen Ortes, für den noch nicht alle Details klar sind, und insbesondere, was leider der Fall ist, angesichts der notwendigen Priorisierung im Budget nicht zustimmen. Eine Ablehnung kommt für uns aber ebenfalls nicht in Frage, daher enthalten wir uns.

**Präsidentin**: Als nächstes Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

**Alexander Feuz (SVP)** für die Fraktion: Wir kommen zu den Anträgen PRD. Ihr wisst, wir schauen die Sachen immer kritisch an. Wir haben auch vorneweg einen Antrag, das kann ich vorausschicken, den wir nicht weiter begründet haben. Für uns ist einfach klar: Wir haben eine Fachstelle für Antirassismus beim Bund, wir haben auch kantonale Fachstellen. Ich bin der Meinung, dass wir weiss Gott besseres zu tun haben. Und zu einem Problem, das man mit Rassismus hat: Wieso haben wir das? Wenn man viele Leute aus Syrien und Afghanistan reinbringt, dann hat man nachher immer Probleme mit dem linken Antisemitismus. Ich sage es euch jetzt einfach klipp und klar. Man kann jetzt über die 250'000 Franken diskutieren, man hätte auch sagen können: 198'000 oder 110'000 – da sind wir der Meinung, dass man das ganz streichen sollte. Aber da der Antrag sowieso chancenlos ist, haben wir auf die totale Streichung verzichtet und haben jetzt die Hoffnung, dass wir zumindest einen Teil davon aufnehmen könnten.
Dann wollt ihr wieder Anschaffungsfinanzierungen in der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) und der Präsidialdirektion (PRD), wo weiteres Geld ausgeben werden soll. Ich habe es in aller Deutlichkeit zum Marzili gesagt: Ich bin nicht der Marzili-Gänger, der ins Paradisli geht, weiss Gott nicht. Aber ich lasse den Frauen, die dort hingehen, diesen Schutzraum. Aber ich begreife es einfach nicht, dass, wenn sich jemand als Frau fühlt und einen Bart hat, sich diesen wachsen lässt, dann auch dorthin geht. Muss man jetzt für diese Leute noch eine Sonderbehandlung machen? Für mich gibt es Männer und Frauen, ich sage euch das klar – wenn ich übermorgen eine Strafanzeige erhalte, nehme ich das zur Kenntnis –, das geht zu weit, dafür müssen wir nicht mehr Geld ausgeben.
*Die Präsidentin bittet den Votanten beim thema zu bleiben.*

Das darf ich sagen, ich bin der Meinung, das darf ich noch sagen, ansonst kann ich auch gleich an den Platz zurück gehen. Ich glaube, es ist das Recht eines Parlamentariers, sich gegen unsinnige Vorstösse aussprechen zu dürfen. Es ist dasselbe im Boxen, wenn eine Frau im Boxen – oder im Schwimmen – ein Mann ist und als Frau hingeht, dann kann man das kritisieren. Ich nehme es zur Kenntnis, wenn man einen Straffall gegen mich einreichen will und trage die nötigen Konsequenzen. Punkt.
Ich komme zu den weiteren Anträgen: Wir sind kritisiert worden mit Blick auf Antrag 13. Der Globalkredit für den Personalaufwand der Kultur Stadt Bern ist zu reduzieren, und zwar zugunsten der Kulturschaffenden und kulturellen Einrichtungen. Es ist richtig: Wir haben damals Franziska Burkardt (Abteilungsleiterin Kultur Stadt Bern) angegriffen, ich stehe dazu. Aber ich kenne zahlreiche Leute, Kulturschaffende, die sich schlecht behandelt gefühlt haben. Somit kann man das sagen. Und wenn ich nachher sage – das ist kein Kommissionsgeheimnis, das ich verletze –, dass ich mit den Kulturschaffenden reden wolle, und sie sagt, sie wolle mit keinen Verschwörungstheoretikern sprechen. Dann muss ich sagen, wenn das die Haltung von Kultur Stadt Bern ist, dann bin ich der Meinung, dass man hier klar kürzen kann. Ich weiss, die komplette Kürzung wäre chancenlos. Wir sagen deshalb, dass das Geld den Kulturschaffenden zugutekommen soll.
Es gibt auch einen Antrag, um bei der Dampfzentrale zu sparen. Dieser wird in unserer Fraktion teilweise unterstützt, teilweise nicht. Ich muss es den Leuten zugutehalten, die ihn bekämpfen: Man muss jetzt den Leuten auch eine Chance geben. Aber was da teilweise passiert ist, auch bei der Klassik, dass man sagt, es sei zu wenig innovativ – was wollt ihr denn? Sie machen Klassik. Sollen sie ein Clown-Kostüm anziehen, wenn sie das Forellenquintett spielen? Sollen sie rote Perücken tragen oder ein Fischkostüm anziehen? Wenn das die Haltung dieser Fachstelle ist, die auch alle diese Unterfachgruppen aufgehoben hat, dann muss man auch den Mut haben zu sagen – wenn wir jetzt bei diesem Bild des Fisches bleiben: Wo beginnt der zu stinken? Mehr sage ich jetzt nicht.
Man muss den Mut haben, die nötige Konsequenz zu ziehen. Und wenn man nachher selbst damit konfrontiert wird, man wolle nicht mit Verschwörungstheoretikern reden, dann ergibt sich daraus auch klar die Konsequenz, dass man dort Nein sagt. Wir sagen: Es soll den Kulturschaffenden zugutekommen und nicht dem Wasserkopf, der hier sowohl gegenüber den Kulturschaffenden wie auch gegenüber gewissen Kritikern ganz vehement auftritt. Das ist nichts Persönliches. Aber ich muss einfach sagen: Wenn ich sowohl von links wie auch von Leuten der Klassik Bedenken höre, dann kann ich davon ausgehen, dass die nicht ganz unbegründet sind. Und dann muss man den Mut haben, die nötigen Konsequenzen zu ziehen.
Ihr seht auch, die SVP ist durchaus auch lernfähig: Wir haben Antrag 16 zurückgezogen, da sind wir von falschen Voraussetzungen ausgegangen, deshalb haben wir diesen zurückgezogen. Ihr seht auch noch viele andere Sachen. Beim Museumsquartier: Wir haben nichts dagegen, aber ich bin der Meinung, da hat es richtige Player, die viel Geld haben, wie gesagt: die Burgergemeinde. Da bin ich bin der Meinung, dass man nicht den Steuerzahler auch noch belasten sollte. Für mich ist für das Museumsquartier entscheidend, dass dieses nicht in der Nacht das geöffnet wird. Ich habe euch immer gesagt: Das Antikentheater in Arles war ein Refugium für Kriminelle, die von dort aus ihre Raubüberfälle gemacht haben. Ich wohne im Museumsquartier, ich möchte das verhindern. Und deshalb möchte ich ein klares Bekenntnis, dass der Park nachts nicht geöffnet wird, sonst kommt es zu grossen Problemen.
Ich komme noch auf die Reithalle zu sprechen, die weiter geöffnet werden soll. Wir von der SVP haben aus politischen Gründen dort Zutrittsverbot. Wir haben auch dort dagegen gekämpft. Die Leiterin Kultur Stadt Bern hat das nonchalant abgetan: "ist doch

egal" – oder was auch immer. Wir haben selbst dazu einen Antrag eingebracht. Ich bin der Meinung, Organisationen, sollten nicht Leute aus politischen Gründen diskriminieren. Stellt euch einmal vor, das Historische Museum würde Leuten aus Südamerika oder Nigeria den Zutritt verwehren, weil sie Angst haben wegen Raubkunst. Da gäbe es von eurer Seite einen riesigen Aufschrei. Aber hier soll nichts passieren. Wir konsequent und sagen: Nein, so nicht. Auch das ist ein weiterer Grund, weshalb wir hier für das Kürzen eintreten.
Das sind für uns alles klare Punkte. Wir werden sehen, wir werden hier wenig Chancen haben. Aber denkt noch einmal daran: Wir sind insofern lernfähig. Wenn wir den Wasserkopf Kultur Stadt Bern reduzieren würden – ich sage nicht, der Betrag solle in die allgemeinen Finanzmittel gehen. Nein, man muss den Mut haben, dass dieses Geld den Kulturschaffenden zugutekommt. Darum lege ich euch diesen Antrag ans Herz und hoffe, hier aus dem linken und ganz linken Lager eine gewisse Unterstützung und Proteststimme zu bekommen. Merci vielmals für die Unterstützung.

**Präsidentin**: Als nächstes Laura Curau, Mitte-Fraktion.

**Laura Curau (Mitte)** für die Fraktion: Die Mitte-Fraktion lehnt unabhängig des Verwendungszwecks das Verteilen von Spendengeldern ab. Wir haben letztes Jahr noch für die Verschiebung der vorfrankierten Stimmcouverts gestimmt. Heute werden wir diese aber einfordern und den Antrag unterstützen.
Wir begrüssen in diesem Rat immer wieder auch die Arbeit einzelner Fachstellen. Deren Ausbau, aber auch zum Teil deren Reduktion, müssen wir aber thematisch führen und nicht nur finanzpolitisch jeweils im Budget. Auch wenn wir die Reduktion von gewissen Bereichen auch begrüssen würden, da drückt doch auch der Mitte-Realismus durch.
Zum Thema Kultur: Als Mitte Stadt Bern wünschen wir uns seit Längerem eine vertiefte Auseinandersetzung mit Kultur Stadt Bern – und das als Gesamtpaket. Es ist tatsächlich so, dass wir als Stadtparlament nicht nur jetzt beim Budget mal die ganze Übersicht haben und so auch die ganze Kultur-Stadt-Bern-Übersicht beurteilen können. Oftmals wird uns Projekt für Projekt vorgelegt und die Gesamtübersicht ist praktisch nicht möglich und gleichzeitig werden die Partikularinteressen gestärkt. Wie die Mitte auch in der soeben verabschiedeten Vernehmlassung festgehalten hat, sind wir für regelmässige Neuverteilungen an die verschiedenen Kulturinstitutionen – jedoch ohne eine gesamthafte Budgeterhöhung. Wir wollen eine lebendige Kultur in der Stadt, aber das lässt sich nicht nur über das Budget erreichen, sondern über Freiheiten für die Kultur, mit Räumen für die Kultur, mit Projektförderungen und Projekten, die dann auch einmal ein Ablaufdatum haben dürfen.
Und noch eine Reaktion auf das Votum des Grünen Bündnisses von vorhin: Wenn die Argumentation ist, dass wir für ein Kulturprojekt, das als gut erachtet wird, dann das Geld sprechen müssen – nur weil es gut ist –, dann ist das doch ein Fass ohne Boden. Es gibt viele gute Kulturprojekte und ich begrüsse es auch, dass wir so eine lebendige Kulturstadt haben, in der viele gute Projekte eingereicht werden. Das spricht ja für unsere Kultur. Aber dann zu sagen, nur weil es als gut erachtet wird, müssen wir es doch unbedingt finanzieren – das können wir doch nicht machen. Wenn man das so weiterdenkt, müsste man das ja auch zum Beispiel bei Forschungsprojekten so machen. Der Fraktionskollege, der in der Forschung arbeitet, sagt: Ja, es sind viele Forschungsprojekte gut, aber deswegen muss man ja nicht jedes finanzieren.
Es wäre schön, hätten wir für all das auf dieser Welt Geld und würden wir das in der Stadt Bern so verteilen können. Das ist eben nicht so. Der Wettbewerb ist gesund, und zwar um Ideen, um ein gutes Konzept, um ein finanziell sinnvolles Konzept zu fördern.

In der Kultur geht es auch um Impact, damit Leute auch kommen. Wenn wir am Schluss drei Projekte für das gleiche Zielpublikum haben, dann ist der Kultur echt nicht geholfen. Darum bitte hier: Wettbewerb in der Kultur ist nichts Schlechtes, im Gegenteil, das ist nicht nur finanziell sinnvoll, sondern auch für unsere Kulturstadt Bern.
Wir unterstützen die Anträge zur Denkmalpflege, zum Fern- und Reisebus-Terminal und wollen, dass auch in diesen Bereichen das Budget nicht gekürzt wird.

**Präsidentin**: Als nächstes Nik Eugster für die FDP-Fraktion.

**Nik Eugster (FDP)** für die Fraktion: Gehen wir nun also mit der Wunschliste in die erste Direktion respektive in die PRD und die GuB. Hier ist die Wunschliste insbesondere wegen der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) besonders lang geworden. Die SBK hat alleine in dieser Direktion respektive der GuB mit Anträgen sage und schreibe 755'000 Franken obendrauf gepappt. Weitere Anträge von Links-Grün kumulieren sich nochmals zu 445'000 Franken. Die Wunschliste in der PRD und der GuB enthält somit Anträge mit Mehrausgaben von insgesamt 1,2 Mio. Franken.
Ich glaube, es ist für euch nicht überraschend, dass wir da nicht mitmachen. Die FDP steht für ein Budget, welches für zukünftige Generationen nicht zur Hypothek wird. Sogar das Grüne Bündnis (GB) hat in der Eintrittsdebatte zugegeben, dass es wichtig ist, mit diesem Budget finanzielle Verantwortung für zukünftige Generationen zu übernehmen. Für das GB gibt es aber nur zwei Lösungswege, so wurde es gesagt: mehr Schulden oder höhere Steuern. Aber man kann auch einfach mal die bestehenden Gelder klüger einsetzen. Man kann auch mal etwas einsparen und vor allem: Man kann auch mal davon absehen, dauernd noch etwas obendrauf zu setzen.
Wir lehnen somit alle Anträge der SBK-Mehrheit ab – einige waren ein klarer Fall, einige mussten wir diskutieren. Aber immer kamen wir zum Schluss: Es wäre nicht verantwortungsvoll gegenüber zukünftigen Generationen, hier noch mehr Ausgaben auf ein schon leicht rotes Budget zu setzen. Das gilt auch für neue Begegnungsorte und das Museumsquartier. Gute Ideen sind da zum Teil auch schon vorhanden. Aber eben: zusätzliche Gelder, welche vom Gemeinderat nicht eingestellt wurden, bilden eine Wunschliste. Wünsche sind schön, man muss aber die Realität erkennen, alles andere ist ein Anliegen der nächsten Generationen.
Unsere Grundhaltung ist also klar, aber dennoch einige weitere antragsspezifische Kommentare. Zuerst zu den Kulturgeldern: Wir haben hier jetzt schon oft darüber gesprochen. Wir sehen, dass momentan nicht genügend Geld vorhanden ist, um sämtliche Kulturgesuchseingaben zu berücksichtigen, auch wenn sie von 100% der Kulturkommission empfohlen werden. Aber das hat mit der Anzahl der Gesuche und der Höhe der Kosten zu tun, nicht damit, dass Gelder gekürzt wurden. Im Gegenteil, es wurden ja zusätzliche Gelder eingestellt. Aber wir können auch hier nur so viel Geld ausgeben, wie wir einnehmen, wir können nur so viel Kultur fördern, wie uns dazu auch Gelder zur Verfügung stehen. Deshalb unterstützen wir auch die von der GLP-EVP-Fraktion eingereichten Anträge, sie dienen vor allem der Stabilisierung der Kosten.
Wir danken auch für die Unterstützung unserer Anträge. Bei den Interessenabwägungen zwischen den Anliegen der Denkmalpflege und den Zielen einer ökologischen und nachhaltigen Bauweise sind die Interessen der Ökologie und der Nachhaltigkeit prioritär zu gewichten. Die bisherige Praxis zeigt, dass die Anliegen der Denkmalpflege oftmals zu Verzögerungen, Mehrkosten und technischen Einschränkungen führen. Wir rechnen hier mit den Stimmen all jener Parteien, die sich hier Donnerstag für Donnerstag für Ökologie und Nachhaltigkeit einsetzen. Danke vielmals, dass ihr uns unterstützt, auch hier.

Wir haben zudem zwei Anträge eingereicht, deren Themen nun anscheinend ein bisschen Fahrt aufnehmen. Es geht um das Reisebus-Terminal und die Wirtschaftsstrategie. Wir haben die Anträge eingereicht, um den Druck aufrechtzuerhalten, damit unsere Besuchenden endlich nicht mehr auf einem – ich kann es nicht anders sagen – "Schämiplatz" nach einer langen Reise nach Bern aussteigen müssen und damit wir endlich eine Wirtschaftsstrategie erhalten. Das Lob und den Dank im Kommissionsvotum bezüglich des Wirtschaftsamtes teilen wir nicht. Wir sehen zu wenige Resultate und falsche Prioritäten, Stichwort Namensänderung.
Und last but not least: Einmal mehr wurden Anträge zur Unterstützung von internationalen Organisationen eingereicht. Einmal mehr wehren wir uns dagegen, dass wir als Stadtrat plötzlich einzelnen Organisationen Gelder aus unserer Stadtkasse zukommen lassen; Gelder, welche eigentlich da sind, um Infrastruktur, Schulen, Sozialwesen und vieles mehr in unserer Stadt zu finanzieren. Wir haben bereits in der Grundsatzdebatte klargemacht: Es gilt, Mass zu halten, was im Zusammenhang mit der PRD und der GuB beantragt wurde. Es ist eine Wunschliste, welche die Stadtfinanzen weiter empfindlich negativ beeinflussen würde. Deshalb: Bleibt bitte vernünftig. Wir als FDP bleiben vernünftig.

**Präsidentin**: Als nächstes gerne David Böhner für die AL-PdA-TIF-Fraktion.

**David Böhner (AL)** für die Fraktion: Die Fraktion AL-PdA-TIF setzt sich für Solidarität und soziale Gerechtigkeit ein, auch über die Stadtgrenzen und Tellerränder hinaus. Darum haben wir den Antrag gestellt, ein Solarprojekt in Kuba zu unterstützen. Die beantragten 25'000 Franken sind mehr als eine humanitäre Geste. Damit kann das Leben von Kindern gerettet werden, die aufgrund der instabilen Stromversorgung in den Spitälern, welche verursacht ist durch die US-Blockade, nicht genügend versorgt werden können. Mit der geplanten Solaranlage auf einem Kinderspital in Havanna kann der Stadtrat an einem von vielen Krisenherden auf dieser Welt helfen, indem er 0,00162% seines Budgets für diese Spende einsetzt.
Wir jammern auf hohem Niveau in Bern, wenn es darum geht, wo wir überall sparen müssen. Das sollte uns bewusst sein. Unsere Fraktion würde sich freuen, wenn ihr ein Herz für kranke Kinder in Havanna zeigen würdet und diesem kleinen solidarischen Beitrag zustimmen könntet, wie ihr das im letzten Jahr beispielsweise für einen einmaligen Beitrag an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtliche im Nahen Osten (UNRWA) gemacht habt.
Leider ein Dauerbrenner ist der zweite Antrag von uns: Die Seenotrettung im Mittelmeer. Wie in den letzten 2 Jahren beantragen wir wieder einen Beitrag von 70'000 Franken für die zivile Seenotrettungsorganisation Sea-Eye, die im Mittelmeer mit einem Rettungsschiff präsent ist. Das Mittelmeer bleibt die tödlichste Fluchtroute weltweit. Laut der International Organization for Migration, IOM, sind bis heute im Jahr 2026 mindestens 1'733 Menschen im Mittelmeer ertrunken – und das sind nur die offiziellen Zahlen. Es muss leider von einer deutlich höheren Dunkelziffer ausgegangen werden. Was bei diesen Zahlen auffällt, ist, dass die Anzahl der ertrunkenen Flüchtlinge im Vergleich zu den Vorjahren nicht abnimmt, obwohl sich die Zahl der Personen, die die gefährliche Reise über das Meer antreten, fast halbiert hat.
Anstatt zu helfen und Leben zu retten, was ja eigentlich die Aufgabe von staatlichen Institutionen wäre, kriminalisieren Staaten wie Italien die Seenotrettung und legen Organisationen wie Sea-Eye so viele Steine wie nur möglich in den Weg. Darum ist der Beitrag der Stadt Bern in den letzten Jahren so wichtig. Die Stadt Bern hat sich im Januar 2024 zum sicheren Hafen erklärt. Dieser Beitrag zur Seenotrettung zeigt, dass

es nicht nur schöne Worte sind, sondern auch eine aktive Haltung. Darum sind wir euch dankbar, wenn ihr den Betrag auch dieses Jahr wieder gutheisst.
Eine Planungserklärung und eine Aufnahme ins reguläre Budget wollen wir bewusst nicht. Wir freuen uns auf den Tag, an dem dieser Budgetantrag nicht mehr notwendig sein wird, weil die Mittelmeer-Anrainerstaaten ihrer Pflicht nachkommen und niemanden mit voller Absicht ertrinken lassen. Bis es so weit ist, werden wir jedes Jahr von Neuem diesen Budgetantrag einreichen.
Antrag 3 und 4 von der SBK hinsichtlich der vorfrankierten Abstimmungscouverts: Da sind wir natürlich auch dafür. Wir finden es einen Skandal, wenn es denn so wäre, dass das nicht eingestellt ist. Das Problem ist, dass es ganz viele widersprüchliche Angaben dazu gibt. Wenn wir heute hören, dass das bereits drin ist, dann können wir uns das sparen. Antrag 5 und 6, Gelder für den Vorplatz: Da sind wir natürlich auch dafür. Auch das haben wir mit einer Planungserklärung bereits letztes Jahr entschieden. Der Gemeinderat hat es wieder hinauspriorisiert, ohne dies im Text zum AFP zu erwähnen. Wir können nicht von den Betreiber*innen der Reitschule erwarten, dass sie sich um die sozialen Probleme dieser Stadt kümmern, ohne sie dabei zu unterstützen.
Den Antrag der SP-JUSO, Diskriminierungsschutz, nehmen wir an, ebenso wie den queeren Begegnungsort. Also die Anträge 8 und 9 unterstützen wir auch. Die Stadt Bern kann einen solchen Treffpunkt gut gebrauchen und soll das mit dem beantragten Betrag unterstützen. Schliesslich haben wir die Motion mit der entsprechenden Forderung überwiesen und der Verein, der das nun umsetzen will, steht bereit.
Ein grosses Anliegen unserer Fraktion ist auch die Erhöhung der Beiträge der Projekt- und Programmförderung von Kultur Stadt Bern. Der Stadt entgeht ein grosser Schatz, wenn sie Gesuche von Kulturschaffenden ablehnt, obwohl sie eine hundertprozentige Zustimmung der Kulturkommission erhalten. Als Folge der geforderten sozialen Nachhaltigkeit bei der Budgetierung können viel weniger Kulturprojekte mit städtischen Geldern unterstützt werden. Es ist auch nicht der Wettbewerb, der da spielt, wenn es eine hundertprozentige Zustimmung gibt und dann das Los entscheiden muss. Darum sind wir sehr dafür, dass wir hier nachbessern, indem wir 300'000 Franken zusätzlich ins Budget nehmen oder wenigstens die 150'000 Franken, wie der Antrag Nummer 11 verlangt.
Der Antrag 12 der SBK zum Museumsquartier kommt uns auch irgendwie bekannt vor. Richtig: Auch den haben wir letztes Jahr als Planungserklärung angenommen und darum stimmen wir auch dieses Jahr konsequenterweise wieder dafür, auch wenn es nicht unbedingt das Herzensprojekt unserer Fraktion ist.
Zum Schluss möchte ich noch unsere Stützung für den FDP-Antrag zum Reisebusterminal Neufeld kundtun. Beinahe seit ich denken kann, ist der Ausbau im Neufeld ein Thema, aber passieren tut nichts Sichtbares. Ich habe vorher auch gelesen, dass da offenbar etwas gehen soll in der nächsten Zeit. Vielleicht hat ja dieser Antrag bereits etwas ausgelöst.
Die Anträge, die Gelder kürzen wollen bei der Kultur oder der Fachstelle für Gleichstellung, erwähne ich hier aus Zeitgründen nicht einzeln. Die lehnt unsere Fraktion selbstverständlich allesamt ab. Genau, das wäre eigentlich mein Beitrag gewesen. – Reitschule, Hausverbot, da kann ich nicht viel dazu sagen. Es kommt immer wieder die gleiche Leier. Ich kann nur sagen, wenn das niemand anders gemacht hat: Wenn hier am Redner*innenpult Leute aus Syrien pauschal als Antisemiten verunglimpft werden, ist es auch nicht so erstaunlich, dass du nicht überall willkommen bist in dieser Stadt.

**Präsidentin**: Das waren alle Fraktionsvoten. Wir kommen jetzt zu den Einzelvoten. Ihr könnt euch gerne für die Einzelvoten anmelden. Nochmals zur Erinnerung: Ihr habt 3 Minuten für die Einzelvoten Zeit. Als erstes Thomas Glauser, SVP.

**Thomas Glauser (SVP)**, Einzelvotum: Es ist jedes Jahr das Gleiche in der Budgetdebatte: Man möchte sparen, setzt aber einfach keine Prioritäten und gibt schlussendlich dann trotzdem mehr aus, als man sich vorgestellt hatte. Gerade die Seenotrettung ist eine wichtige Angelegenheit, es handelt sich um humanitäre Hilfe. – Ja, es ist eine gute Aufgabe, aber es ist klar nicht eine Aufgabe der Stadt Bern. Dort ist der Bund zuständig. Migration und humanitäre Politik sind wirklich primär Aufgaben des Bundes und da kann ich es nicht verstehen, dass die Stadt Bern, die mit den Finanzen ringt, doppelspurig fährt. Es gibt noch andere Beispiele, etwa bei kantonalen Aufgaben, die bereits wahrgenommen werden.
Wir sollten uns doch besser auf unsere Kernaufgaben konzentrieren, schauen, dass wir für die Stadt da sind und uns nicht in andere Angelegenheiten einmischen – so könnte man bereits relativ viel Steuern sparen. Wie gesagt: Humanitäre Hilfe, ja, das ist eine gute Sache – aber es ist in Gottes Namen nicht eine der Aufgaben der Stadt Bern.
Die Leistungsverträge der Reithalle: Da ist es halt einfach so, dass man mit Steuergeldern eigene Leute diskriminiert, dass man diese Leute nicht in das Lokal reinlässt. Da ist für mich ganz klar, dass man dort streichen sollte. Wenn jemand jemanden diskriminiert, aus politischen Gründen ausschliesst, dann sollte man solche Institutionen ganz klar nicht mehr unterstützen oder [die Beiträge] streichen. Besten Dank.

**Präsidentin**: Als nächstes Alexander Feuz, SVP.

**Alexander Feuz (SVP)**, Einzelvotum: Ihr wisst, ich wollte eigentlich nach Barbara Keller sprechen, aber ich kann das jetzt auch vorher machen. Ich möchte Thomas Glauser danken, der auf die Diskriminierung in der Reithalle [hingewiesen hat]. Für mich ist das ungehörig, dass man hier eine Gruppierung aus politischen Gründen diskriminiert. Die Abteilungsleiterin von Kultur Stadt Bern findet das in Ordnung, darum haben wir hier auch den Kürzungsantrag. Das war aber eigentlich gar nicht der Punkt, weshalb ich nochmals nach vorne gekommen bin.
Ich möchte hier einfach danken, es geht um den Antrag 18. Ich möchte hier noch einmal hervorheben, dass dieser auf einen Vorstoss unseres Alt-Grossrats und Alt-Stadtrats Hans Ulrich Gränicher zurückgeht, der das x-mal verlangt hat. Später war es die Mitte – Milena Daphinoff hat immer gesagt: Wie weit ist es? – und jetzt hat auch die FDP etwas eingereicht. Ich möchte auch zuhanden der Medien ein weiteres Mal klar festhalten, dass das ein Antrag der SVP war. Ich möchte auch David Böhner danken, der klar festgehalten hat: Der Zustand dort ist wirklich widerlich. Ich habe gesagt, in der Mongolei – ihr wisst ja, ich bin oft dort – sind die Busterminals beinahe sauberer als hier. Aber es handelt sich um Klagen auf einem ganz tiefen Niveau. Ich finde, es ist für eine Bundeshauptstadt unwürdig.
Denkt daran, wir haben viele Arbeitnehmer aus Polen und Tschechien, die auf dieses Transportmittel angewiesen sind, denn es können nicht alle fliegen – ihr wollt ja immer, dass es ökologisch geht, und dann fahren die Leute mit dem Bus. Aber dort ist es wirklich grausig und einer Bundeshauptstadt nicht würdig. Ich würde das Bus-Terminal vergleichen mit jenen zwischen Ulaanbaatar und Erdenet, Arcan, die sind ähnlich dürftig, die Toiletten sind ähnlich dürftig. Das muss man jetzt machen und ich hoffe, dass man hier jetzt die nötigen Konsequenzen zieht. Ich bin wirklich der Meinung, dass das etwas ist, bei dem man nachhaken muss.

Ihr seht auch bei den anderen Sachen, auch bei der Kultur, wir sind durchaus für die Kultur. Aber bei gewissen Sachen muss man einfach auch den Mut haben zu sagen, dass das Spielen vor leeren Bänken verhindert werden muss. Dass man da mit der Giesskanne einfach immer ungeniert [Gelder verteilt], das soll nicht der Fall sein. Und für uns ist wichtig, dass die Fachkommissionen wieder eingesetzt werden. Wir haben dementsprechend beim Kulturpapier auf das hingewiesen, dass es nicht sein kann, dass man hier in Selbstherrlichkeit die Sachen macht.
Ich stelle fest – korrigiert mich – die Leiterin von Kultur Stadt Bern ist heute nicht anwesend, aber ich hoffe, sie hat gehört, was wir kritisiert haben. Es ist nicht persönlich gemeint. Aber wenn man uns sagt, man rede nicht im Verschwörungstheoretiker – das betraf nicht mich – aber es gibt Leute, die das kritisieren. Dann bin ich der Meinung: Das ist ungehörig. Es ist ähnlich wie im Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), als Frau Amherd den Kritikern sagte, dass man nicht eine Bestätigung der Bestätigung verlangen könne. Das ist charakterlich trotzdem falsch und verfehlt.

**Präsidentin**: Als nächstes Barbara Keller, SP.

**Barbara Keller (SP)**, Einzelvotum: Zunächst einmal: Wir diskutieren hier nicht über einen Antrag, der den Leistungsvertrag mit der Reitschule betrifft, sondern über einen Beitrag für einen Verein, der den Vorplatz belebt. Und dann möchte ich nochmals auf diese 500'000 Franken eingehen, die bei der Kulturstadt Bern gestrichen werden sollen. Ich finde, wer einfach mal Personal abbauen will, ohne inhaltliche Begründung zu nennen, soll auch darlegen, wie diese Arbeit künftig erledigt werden soll. Und ich finde es wirklich nicht seriös, wenn man, weil man eine Person nicht mag oder mit ihr einen Konflikt hat, das dann in der Budgetdebatte dermassen auszutragen, das möchte ich auch noch sagen.
Und dann noch zum Antrag, der die Streichung des vom Gemeinderat vorgeschlagenen Teuerungsausgleichs verlangt: Kulturschaffende arbeiten vielfach ohnehin unter prekären Bedingungen. Viele leben von Projekt zu Projekt und arbeiten mit tiefen Honoraren. Wir haben hier im Rat Fairplay und bessere Arbeitsbedingungen beschlossen – mehr als einmal. Das bedeutet auch, den Teuerungsausgleich auch beim Kulturpersonal zu gewähren. Kulturarbeit ist Arbeit und Arbeit soll fair [entlohnt] werden.
Wir wollen eine Stadt, in der Kultur nicht ein "Nice-to-have" ist, in der Freiräume geschützt werden, Minderheiten sichere Räume finden und kulturelle Teilhabe für alle möglich ist. Doch genau da entscheidet sich, was für eine Stadt Bern wir wollen – eine Stadt, die Räume schafft für Begegnungen, für Vielfalt, auch für Widerspruch, für Kreativität und für gesellschaftlichen Wandel. Herzlichen Dank, dass ihr diese Anträge unterstützt.

**Präsidentin**: Als nächstes Thomas Hofstetter, FDP.

**Thomas Hofstetter (FDP)**, Einzelvotum: Nur kurz zur Reithalle, zu dem Verein, zu dem Barbara Keller vorhin gesprochen hat: Dazu muss ich etwas ausholen. An der Sitzung der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) haben wir über die Sauberkeits-Charta gesprochen. Und dort wurde klar gesagt: Der grösste Aufwand für die Reinigung entsteht auf dem Vorplatz, vor der Reithalle, und in den umliegenden Strassen ringsum. Ich finde, wenn der Budgetposten angenommen wird, muss darauf geschaut werden, dass man dort nicht so Sauerei macht. Man kann nicht nur von der

Wirtschaft verlangt, dass sie sauber ist, sondern man muss auch vor der eigenen Türe kehren. Merci vielmals.

**Präsidentin**: Vielen Dank, das scheinen alle Einzelvoten gewesen zu sein, dann übergebe ich jetzt der Stadtpräsidentin, Marieke Kruit, das Wort.

**Marieke Kruit**, Stadtpräsidentin: Wir beraten heute ein Budget, das uns wenig Spielraum lässt. Die finanzielle Lage der Stadt ist angespannt. Das ist keine neue Erkenntnis, aber es ist eine, die wir uns bei jedem einzelnen Antrag in Erinnerung rufen müssen. Der Gemeinderat ist deshalb sorgfältig vorgegangen, wir haben jeden Antrag darauf – Könnt ihr ein bisschen ruhiger sein? – geprüft: Was kostet er, was bewirkt er und gibt es dafür bereits eine Lösung? Ja, warum diese Sorgfalt? Weil wir genügend Eigenkapital brauchen. Eigenkapital ist kein Selbstzweck, es ist unsere Handlungsfähigkeit. Nur mit einem ausreichenden Polster können wir Rückschläge auffangen, nur so können wir auch in Zukunft eigene Akzente setzen. Wer das Polster heute aufbraucht, gestaltet morgen nicht mehr.
Zu den Anträgen – ich beginne mit dem Abstimmungskuvert: Eine einfache, niederschwellige Stimmabgabe stärkt die politische Teilhabe und entspricht den demokratiepolitischen Zielen des Gemeinderats, der sich dazu in seiner Antwort auf die Motion GB-JA! bereits positiv geäussert hat. Der Stadtrat hat die Motion im Februar 2025 als Richtlinie erheblich erklärt und das Anliegen in der Planungserklärung 2025 bekräftigt. Dieser Entscheid wird inhaltlich grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Angesichts der finanziellen Lage überprüft der Gemeinderat im Rahmen der strategischen Aufgabenpriorisierung zahlreiche Leistungen und hat die Vorfrankierung deshalb vorerst sistiert. Aber: Eure Anträge, die erübrigen sich. Die 200'000 Franken pro Jahr sind im Budget und im AFP 2027 bis 2030 nach wie vor eingestellt. Es tut mir leid, dass wir hier für Verwirrung gesorgt haben.
Bei den beiden Solidaritätsanträgen, der Solaranlage für das Kinderspital in Havanna und dem Beitrag an die Seenotrettung, beantragt der Gemeinderat Ablehnung. Nicht, weil uns diese Anliegen gleichgültig wären, sondern weil die Stadt Bern für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe jedes Jahr 150'000 Franken bereitstellt und darüber hinaus Nothilfe leistet. Dieses Geld ist bei der Finanzverwaltung eingestellt. Dort gehört es hin.
Ablehnung beantragen wir auch bei der Projekt- und Programmförderung in der Kultur – und zwar bei beiden Varianten, bei den 300'000 Franken wie bei den 150'000 Franken. Der Grund ist einfach: Wir fördern gleich viel wie bisher. Das Kulturangebot für die Bevölkerung bleibt auf demselben hohen Niveau. Dass heute mehr Gesuche leer ausgehen, liegt nicht daran, dass die Stadt weniger fördert. Es liegt daran, dass deutlich mehr Gesuche – und eben auch gute Gesuche – eingereicht werden.
Beim Vorplatz der Reitschule und beim Museumsquartier hat der Gemeinderat die Beiträge im Budgetprozess kürzen müssen – aus Spargründen, nicht weil wir diese Projekte geringschätzen. Beim queeren Begegnungsort haben wir Verständnis für das Anliegen. Der Auftrag dieses Rats liegt vor, der Verein steht bereit. Aus finanziellen Gründen ist die Umsetzung zurzeit aber wirklich eine grosse Herausforderung.
Ein Wort zur Dampfzentrale: Sie ist das Haus der freien Szene, Räume in dieser Grösse gibt es in Bern kein zweites Mal. Und was heute dort stattfindet, würde wirklich ersatzlos wegfallen. Die internationale Ausstrahlung soll weiter wachsen, gleichzeitig werden das Schweizer Netzwerk und das lokale Kulturschaffen wieder mehr eingebunden. Gerade beim Tanz schliesst sich damit eine Lücke. Dieses Profil ist einzigartig und das Ergebnis der Ausschreibung bringt Bern einen klaren Mehrwert.

Nein sagen wir zu den Kürzungsanträgen. Die Fachstelle für die Gleichstellung in Geschlechterfragen um 250'000 Franken zu kürzen, wäre gerade in Zeiten eines gesellschaftlichen Backlashs einfach das falsche Signal. Kultur Stadt Bern eine halbe Million beim Personal zu streichen, würde heissen, genau jenes Kulturangebot zu schwächen, das man meint, angeblich damit stärken zu können. Und die Denkmalpflege gegen die Ökologie auszuspielen, geht an der Sache vorbei. Der schonende Umgang mit der bestehenden Bausubstanz ist der wirksamste Beitrag zum nachhaltigen Bauen, den wir überhaupt haben.
Nein sagen wir auch zum Verzicht auf den Beitrag zum Teuerungsausgleich in der Kultur: 1,4 Mio. Franken ersatzlos aus dem AFP zu streichen, tönt nach Sparen, es ist aber eine reale Kürzung. Seit der Einführung der Kulturverträge 2016 ist die Teuerung nicht ausgeglichen worden. Es ist nun höchste Zeit, dass wir einen Beitrag dazu leisten. Wenn wir das Kulturangebot in dieser Stadt qualitativ halten wollen, braucht es diese Anpassung.
Nein sagen wir schliesslich zur Kürzung bei Bern Welcome – 60'000 Franken bei Bern Tourismus, 25'000 Franken bei Bern Meetings und Events mit dem Ziel zu streichen, damit das städtische Darlehen schneller zu tilgen. Ja, ehrlich gesagt: Das geht so nicht. Die Rückzahlung ist vertraglich geregelt. Wer die Beiträge aus dem Leistungsvertrag kürzt, um die Amortisation zu beschleunigen, umgeht einfach diesen Vertrag. Das käme einem Vertragsbruch gleich. Die Darlehen sind zinslos, und zwar aus gutem Grund. Der Tourismus schafft in dieser Stadt eine erhebliche Wertschöpfung – in der Hotellerie, in der Gastronomie, bei den Zulieferern. Dazu kommt, dass die Covid-Jahre noch nicht [überwunden] sind. Eine gesunde Entwicklung gibt es nicht von heute auf morgen. Der eingeschlagene Weg bei der Amortisation stimmt.
Wo der Gemeinderat grundsätzlich mitgeht: Beim Hochbau lässt sich ausweisen, bei wie vielen Projekten die grauen Emissionen bilanziert werden. Diesen Indikator können wir einführen. Beim Fern- und Reisebus-Terminal Neufeld ist der Zeitplan eng, sehr eng sogar. Aber wir halten daran fest. Der Gemeinderat hat jetzt auch Beschlüsse gefällt, das habt ihr lesen können in den Zeitungen oder in unserer Medienmitteilung. Und die Wirtschaftsstrategie, die kommt, diesen Auftrag nehmen wir an.
Dann noch zur Kreislaufwirtschaft: Die Transformation der Wirtschaft läuft primär über die nationale Gesetzgebung. Regional geht es um Best Practice und die Vernetzung von Wertstoffketten. Das ist ja das Ziel der Allianz Kreislaufwirtschaft (AKLW) Bern mit Circular Economy Switzerland. Die AKLW wirkt im ganzen Kanton, nicht nur in der Stadt, das ist auch gut so. Der Lead muss deshalb auch beim Kanton liegen.
Ich komme zum Schluss: Der Gemeinderat hat dort gekürzt, wo es finanzpolitisch nötig war, auch dort, wo es wehtut. Er sagt Nein, wo eine Aufgabe bereits anderswo finanziert ist, wo neue dauerhafte Verpflichtungen entstehen und wo geltende Verträge unterlaufen würden. Ich bitte euch, den Anträgen des Gemeinderats zu folgen und mit Augenmass vorzugehen.

**Präsidentin**: Vielen Dank, dann gibt es noch einen Antrag, Corina Liebi.

**Corina Liebi (JGLP)** für die Kommission: Wir haben vorhin von der Gemeinderätin und Stadtpräsidentin gehört, dass die vorfrankierten Couverts bereits eingestellt sind. Damit wäre der Betrag doppelt eingestellt, wenn wir die Anträge der SBK überweisen würden. Die SBK hat deshalb heute Abend per Zirkularbeschluss einstimmig beschlossen, diese beiden Anträge zurückzuziehen – es handelt sich um die Nummer 3 und 4.

**Präsidentin**: Vielen herzlichen Dank, ihr habt es gehört, nehmt gerne die Antragsliste hervor. Wir kommen zur Beschlussfassung über die für die GuB-PRD vorliegenden Planungserklärungen und Anträge. Ich wiederhole gerne nochmals, dass wir in der Reihenfolge der Antragsliste abstimmen. Das heisst also, dass zum Teil die Nummerierung der Anträge etwas verwirrend ist.
Gut, alle ready? Wir starten mit dem Antrag 1 der AL-PdA-TIF, JUSO und JA! über den Globalkredit von 25'000 Franken. Wir stimmen ab.

Antrag 1
AL/PdA/TIF, JUSO, JA
Der Globalkredit ist um Fr. 25'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 059

2025.FPI.0070: Antrag 1

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 20 |
| Nein | 48 |
| Enthalten | 2 |

**Präsidentin**: Der Antrag Nummer 1 wurde abgelehnt. Wir kommen zum Antrag Nummer 2 und stimmen ab.

Antrag 2
AL/PdA/TIF, GB/JA, JUSO
Der Globalkredit ist um Fr. 70'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 060

2025.FPI.0070: Antrag 2

**Annahme**

| | |
|---|---|
| Ja | 44 |
| Nein | 25 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag Nummer 2 der AL-PdA-TIF, GB-JA! und JUSO wurde angenommen. Die Anträge 3 und 4 der SBK wurden soeben zurückgezogen. Wir kommen zu Antrag Nummer 5 der SBK und stimmen jetzt ab.

Antrag 3 (zurückgezogen)
SBK
Planjahr: Das Globalbudget ist um Fr. 200'000 zu erhöhen.

Antrag 4 (zurückgezogen)
SBK
Budget: Das Globalbudget ist um Fr. 200'000 zu erhöhen.

Antrag 5
SBK

Der Globalkredit ist um 80'000 Fr. für einen Beitrag an den Verein Vorplatz der Reitschule zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 061

| 2025.FPI.0070: Antrag 5 | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 40 |
| Nein | 25 |
| Enthalten | 6 |

**Präsidentin**: Der Antrag 5 wurde angenommen. Jetzt Antrag Nummer 6 der SBK, wir stimmen ab.

Antrag 6
SBK
In den Globalkrediten der Planjahre 2028–2031 ist je Fr. 80 000 für einen Beitrag an den Verein Vorplatz der Reitschule einzustellen und die Kredite sind entsprechend zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 062

| 2025.FPI.0070: Antrag 6 | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 38 |
| Nein | 25 |
| Enthalten | 7 |

**Präsidentin**: Antrag Nummer 6 wurde ebenfalls angenommen. Wir stimmen jetzt über den Antrag 22 der SP-JUSO ab.

Antrag 22
SP/JUSO
Die Förderung der sozialen Innovation (zivilgesellschaftliche Initiativen und social entrepreneurship) ist in der Form von Public Private Partnerships PPP im Rahmen der Dekarbonisierung und des gesellschaftlichen Umbaus mit einem Programm zu unterstützen. Letzteres vergibt Seed money für innovative zivilgesellschaftliche Initiativen und fördert PPP in Zusammenarbeit mit Stiftungen.

Abstimmung Nr. 063

| 2025.FPI.0070: Antrag 22 | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 46 |
| Nein | 20 |
| Enthalten | 5 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen jetzt zu Antrag Nummer 7 der SVP und stimmen ab.

Antrag 7
SVP
Der Globalkredit für die Fachstelle Gleichstellung in Geschlechterfragen ist um Fr. 250'000 zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 064

| 2025.FPI.0070: Antrag 7 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 10 |
| Nein | 59 |
| Enthalten | 1 |

**Präsidentin**: Antrag Nummer 7 der SVP wurde abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 8 der SBK und stimmen ab.

Antrag 8
SBK
Im Budget 2027 sind Fr. 300'000 für die Anschub- und Anschaffungsfinanzierung (Infrastruktur, Miete, Erstkonzeption, usw.) eines queeren Begegnungsortes in der Stadt Bern einzustellen.

Abstimmung Nr. 065

| 2025.FPI.0070: Antrag 8 | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 38 |
| Nein | 24 |
| Enthalten | 6 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir stimmen über den Antrag 23 der SP-JUSO ab.

Antrag 23
SP/JUSO
Für die umfassende Prüfung und Weiterentwicklung des städtischen Diskriminierungsschutzes werden im Budget zusätzliche CHF 50’000 eingestellt.

Abstimmung Nr. 066

| 2025.FPI.0070: Antrag 23 | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 39 |
| Nein | 31 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde ebenfalls angenommen. Jetzt sind wir bei Antrag Nummer 9 der SBK und stimmen ab.

Antrag 9
SBK
In den Planjahren 2028 - 2031 sind jährlich Fr. 100'000 für den Betrieb des queeren Begegnungsorts in der Stadt Bern einzustellen.

Abstimmung Nr. 067

| 2025.FPI.0070: Antrag 9 | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 38 |
| Nein | 24 |
| Enthalten | 6 |

**Präsidentin**: Auch dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen jetzt zu den Anträgen 10 und 11, die wir einander gegenüberstellen werden. Wer für den Antrag 10 ist, stimmt Rot, wer für den Antrag Nummer 11 ist, stimmt Grün.

Antrag 10
AL/PdA/TIF, GB/JA
Der Kredit für die Projekt- und Programmförderung ist um 300'000 Franken zu erhöhen.

Antrag 11
AL/PdA/TIF, GB/JA
Der Kredit für die Projekt- und Programmförderung ist um 150'000 Franken zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 068

| 2025.FPI.0070: Antrag 11 vs. Antrag 10 | |
|---|---|
| **Antrag 11 obsiegt** | |
| Ja | 37 |
| Nein | 33 |
| Enthalten | 1 |

**Präsidentin**: Der Antrag über 150'000 Franken, also Grün, obsiegt. Wir werden also jetzt über den obsiegenden Antrag über 150'000 Franken abstimmen.

Abstimmung Nr. 069

| 2025.FPI.0070: Antrag 11 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 20 |
| Nein | 48 |
| Enthalten | 2 |

**Präsidentin**: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir sind bei Antrag 12 der SBK und stimmen ab.

Antrag 12
SBK
Der Globalkredit ist für 2027 um Fr. 75 000 für den Beitrag an den Verein Museumsquartier Bern zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 070

| 2025.FPI.0070: Antrag 12 | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 45 |
| Nein | 25 |
| Enthalten | 1 |

**Präsidentin**: Der Beitrag an das Museumsquartier wurde angenommen. Wir stimmen jetzt über den Antrag Nummer 13 der SVP ab.

Antrag 13
SVP
Der Globalkredit für den Personalaufwand von Kultur Stadt Bern ist per 2028 um Fr. 500'000 zu reduzieren und zugunsten der Kulturschaffenden und kulturellen Einrichtungen zu verwenden.

Abstimmung Nr. 071

| 2025.FPI.0070: Antrag 13 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 8 |
| Nein | 59 |
| Enthalten | 3 |

**Präsidentin**: Der Antrag wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag Nummer 14 der SBK ab.

Antrag 14
SBK
Der Globalkredit ist für die Planjahre 2028 bis 2031 um Fr. 75 000 pro Jahr für den Beitrag an den Verein Museumsquartier Bern zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 072

| 2025.FPI.0070: Antrag 14 | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 45 |
| Nein | 24 |
| Enthalten | 1 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen jetzt zu Antrag Nummer 20 der GLP-EVP-Fraktion und stimmen ab.

Antrag 20
GLP/EVP
Auf die Gewährung des Teuerungsausgleichs im Kulturbereich ist in den Planjahren 2028 bis 2031 zu verzichten. Die dafür eingestellten zusätzlichen Mittel von rund 1,4 Mio. Franken bzw. 3,6 % sind ersatzlos aus dem AFP zu streichen.

Abstimmung Nr. 073

| 2025.FPI.0070: Antrag 20 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 25 |
| Nein | 46 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Der Antrag Nummer 20 wurde abgelehnt. Wir sind jetzt bei Antrag 21 der GLP-EVP-Fraktion und stimmen ab.

Antrag 21
GLP/EVP
Auf den Leistungsvertrag mit der Dampfzentrale ist in den Planjahren 2028 bis 2031 zu verzichten. Die dafür eingestellten Mittel von 2'557'200 Franken pro Jahr sind ersatzlos zu streichen.

Abstimmung Nr. 074

| 2025.FPI.0070: Antrag 21 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 20 |
| Nein | 45 |
| Enthalten | 5 |

**Präsidentin**: Sie haben den Antrag abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag Nummer 15 der FDP ab.

Antrag 15
FDP
Der Gemeinderat wird beauftragt, die Arbeiten der städtischen Denkmalpflege auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Bei Interessenabwägungen zwischen den Anliegen der Denkmalpflege und den Zielen einer ökologischen und nachhaltigen Bauweise sind die Interessen der Ökologie und Nachhaltigkeit prioritär zu gewichten.

Abstimmung Nr. 075

| 2025.FPI.0070: Antrag 15 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 22 |
| Nein | 47 |
| Enthalten | 2 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Antrag Nummer 16 der SVP wurde zurückgezogen. Wir sind jetzt bei Antrag Nummer 17 der PVS und stimmen ab.

Antrag 16 (zurückgezogen)
SVP

Antrag 17
PVS
Ein neuer Leistungsindikator, welcher den Anteil der Projekte mit einer Bilanzierung der grauen Emissionen aufzeigt, ist im AFP auszuweisen.

Abstimmung Nr. 076

| 2025.FPI.0070: Antrag 17 | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 59 |
| Nein | 12 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir sind jetzt bei Antrag Nummer 18 der FDP und stimmen ab.

Antrag 18
FDP
Der Fern- und Reisebusterminal Neufeld ist in der Investitionsplanung so zu priorisieren, dass – vorbehältlich der erforderlichen Kredit- und Volksbeschlüsse – ein Baubeginn spätestens im März 2029 möglich ist. Die dafür erforderlichen Planungs- und Investitionsmittel sind in den entsprechenden Planjahren einzustellen.

Abstimmung Nr. 077

| 2025.FPI.0070: Antrag 18 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 24 |
| Nein | 45 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag Nummer 19 der FDP ab.

Antrag 19
FDP
Wird bis Ende 2027 keine Wirtschaftsstrategie verabschiedet, ist der Personalbestand des Wirtschaftsamtes um 1 FTE zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 078

| 2025.FPI.0070: Antrag 19 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 15 |
| Nein | 55 |
| Enthalten | 1 |

**Präsidentin**: Dieser wurde abgelehnt. Jetzt kommen wir zum letzten Antrag, und zwar zu Antrag 24 – nein, es gibt noch eine Tischvorlage. Als erstes jetzt der Antrag 24 der SP-JUSO und wir stimmen ab.

Antrag 24
SP/JUSO
Die Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsaktivitäten erfolgt massgeblich durch wirtschaftliche Akteure und deren Angebot. Die Business Modelle der Wirtschaft bzw. der KMU stehen dafür im Fokus. Die Unternehmen sind mit Förderangeboten (Networking, Business Transformation Support, Aufbau von Clustern mit best practices, Vernetzungen etc.) in Zusammenarbeit mit bereits engagierten Akteuren (be-advanced, Hochschulen, Standortförderung Kanton, HIV etc.) für den Umbau der Businessmodelle in allen relevanten Branchen in Partnerschaft mit der Wirtschaft zu unterstützen. Bereits bestehende Aktivitäten wie z.B. die Allianz Kreislaufwirtschaft sind in Zusammenarbeit mit dem Kanton und der Region, in denen die Stadt aktiv ist, zu verstärken und in der neuen Wirtschaftsstrategie zu verankern.

Abstimmung Nr. 079

| 2025.FPI.0070: Antrag 24 | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 43 |
| Nein | 24 |
| Enthalten | 3 |

**Präsidentin**: Antrag 24 wurde angenommen.
Dann habt ihr noch eine Tischvorlage erhalten mit zwei zusätzlichen Anträgen. Wir stimmen jetzt über den Antrag Nummer 25 der SVP ab.

Antrag 25
SVP
Die Zahlung an Bern Tourismus AG wird um 60 000 Franken pro Jahr und die Zahlung an Bern Meetings & Events AG um 25 000 Franken gemäss neuem Leistungsvertrag im Budget 2027 gekürzt.

Abstimmung Nr. 080

| 2025.FPI.0070: Antrag 25 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 6 |
| Nein | 65 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Als nächstes stimmen wir über den Antrag 26 der SVP ab.

Antrag 26
SVP
Die im AFP für die Planjahre 2028 - 2031 eingestellten Beträge an die Bern Tourismus AG sind um 60 000 Franken und 25 000 Franken = Total jährlich 85 000 Franken zu kürzen.

Abstimmung Nr. 081

| 2025.FPI.0070: Antrag 26 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 6 |
| Nein | 64 |
| Enthalten | 0 |

**Präsidentin**: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Das war es für die GuB-PRD.

**Direktion SUE**

**Präsidentin**: Ihr mögt noch alle? – Ich würde sagen, wir starten mit der Detailberatung für die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE). Es geht weiter mit der Beratung der SUE und den dazugehörigen Sonderrechnungen. Ich erteile der Kommission das Wort, für die Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU), Judith Schenk.

**Judith Schenk (SP)** für die Kommission: Ich spreche für die RWS über die SUE. Die vier Anträge 7, 8, 9 und 10 zur Solaroffensive und zum Ausbau der Photovoltaik, übergeordnet zur Erfüllung der vom Stadtrat verabschiedeten Energie- und Klimastrategie 2035, werden von der RWSU-Kommission zur Annahme empfohlen. Der Budgetantrag 7, das heisst, 75'000 Franken für ein Vollzeitäquivalent (FTE) zur Umsetzung des neuen Massnahmenblatts EGG (Energieversorgung und Gebäude) 10: Förderung Photovoltaik, der 2025 vom Stadtrat verabschiedeten Energie- und Klimastrategie 2035 sowie der dazugehörige Planungsantrag 9 sind relevant, um unseren gemeinsam im AFP gesetzten Schwerpunkt der Energie- und Klimapolitik [umzusetzen]. Mit diesem Antrag können also die notwendigen FTE besetzt werden und es kann insbesondere die Arbeit zwischen den Liegenschaftsbesitzenden wahrgenommen werden, denn wir brauchen auch die Partnerschaften mit den Privaten, um im Solarausbau endlich etwas Tempo zu kriegen.
Das Gleiche gilt für die 40'000 Franken, welche der Budgetantrag 8 und der Folgeplanungsantrag 10 wieder einstellen wollen. Diese Mittel sollen ebenfalls gemäss unserem

gemeinsamen Willen für die Weiterführung der Solaroffensive eingesetzt werden. Selbstverständlich sollen die Mittel in den Planjahren 2028 bis 2030 mindestens im bisherigen Umfang weitergeführt werden und gegenüber der im Budget 2027 vorgenommenen Kürzung um 40'000 Franken wieder aufgestockt werden. Die vorgelegten Kürzungen des Gemeinderates im Rahmen der internen Priorisierungen stehen diesen dringenden Prioritäten diametral gegenüber und die wichtige Energiewende in unserer Stadt wird dadurch noch mehr gefährdet. Die Kürzung steht damit im Widerspruch zu den erklärten Klimazielen der Stadt. Die RWSU bedankt sich, wenn der Rat den Empfehlungen der Kommission folgt und diese Anträge annimmt.
Den Budgetantrag 13, den Globalkredit um 56'044 Franken für den Beitrag der Stadt Bern an das Gewaltpräventionsprojekt "Tür an Tür" im Jahr 2027 zu erhöhen, empfiehlt die Kommission selbstverständlich ebenfalls zur Annahme, ebenso die beiden Planungsanträge 14 und 15 für die Folgejahre. Dass wir gerade in unserer linken Stadt dieses Geld als Kommission wieder sprechen müssen, ist schlicht nicht in Ordnung. Mindestens einer der 17 Femizide, welche dieses Jahr bereits in der Schweiz registriert wurden, passierte hier in Bern.
Ich zitiere: "Femizid bedeutet die Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts, während der Begriff Feminizid zusätzlich die strukturelle und staatliche Verantwortung für diese Gewalt betont." Ja, und ich meine es brutal ernst, wenn ich sage: Wir alle hier drin, wir sind Teil der staatlichen Verantwortung und wir sind mitschuldig. Wir wissen, dass der Kampf nicht erst bei der Prävention anfängt, sondern sehr viel früher – bei jedem abschätzigen Wort, bei jedem ungerügten Sexismus. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir die Prävention niemals vernachlässigen. Im Namen der RWSU bitte ich den Rat, auch bei diesen Anträgen der Kommission zu folgen und sie anzunehmen.

**Präsidentin**: Ich bitte um etwas Ruhe im Saal. – Vielen Dank für das RWSU-Votum. Wir kommen jetzt zu den Fraktionserklärungen. Und es würde noch für eine Fraktion reichen, falls die Fraktionserklärung acht Minuten dauert. Ihr könnt euch gerne jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. Mirjam Roder, GFL-Fraktion.

**Mirjam Roder (GFL)** für die Fraktion: Für die GFL gibt es bei der SUE drei Bereiche, bei denen wir die im Budget vorgenommene Priorisierung korrigieren wollen. Beim Ausbau der Photovoltaik, beim Erwachsenen- und Kindesschutz und bei der Prävention von häuslicher Gewalt.
Beim Ausbau der Photovoltaik geht es für uns um eine Frage der politischen Konsequenz. Wir haben eine Energie- und Klimastrategie 2035 verabschiedet, in der der Ausbau der Solarenergie eine wichtige Rolle spielt. Wenn wir diese Ziele ernst nehmen, müssen wir auch die notwendigen Ressourcen für deren Umsetzung bereitstellen. Dabei geht es nicht einfach darum, immer mehr Geld und Stellen in ein bestehendes System zu geben. Mit EGG-10 (Massnahmenblatt Energieversorgung und Gebäude) soll insbesondere dort angesetzt werden, wo heute noch grosses Potenzial brachliegt: bei grösseren Liegenschaften und professionellen Immobilienverwaltungen. Diese Eigentümerschaften aktiv anzusprechen und Projekte ins Rollen zu bringen, kann eine grosse Hebelwirkung entfalten.
Aus unserer Sicht wäre es deshalb falsch, jetzt abzuwarten, bis sich frühere Massnahmen irgendwann vollständig in den Zahlen niederschlagen. Klimapolitik funktioniert für uns nicht nach dem Prinzip: Eine Massnahme beschliessen, Tee trinken und abwarten und erst dann den nächsten Schritt machen. Verschiedene Instrumente müssen parallel greifen, wenn wir unsere Ziele rechtzeitig erreichen wollen.

Unser zweiter Schwerpunkt betrifft den Erwachsenen- und Kindesschutz. Hier geht es für uns weniger um einen politischen Wunsch als um eine inzwischen sehr konkrete Belastungssituation: Die Fallarbeit wird komplexer, gleichzeitig ist die Belastung der Mitarbeitenden sehr hoch. Wenn fehlende interne Kapazitäten dazu führen, dass Arbeiten extern vergeben werden müssen, ist das auch finanziell nicht die günstigere Lösung.
Hinzu kommt unser Grundsatz: Lieber ein ehrliches Budget als ein ausgeglichenes auf dem Papier. Denn bereits heute zeichnet sich ab, dass hier Nachkredite fällig werden. Wenn bereits bei der Budgetberatung absehbar ist, dass die vorhandenen Ressourcen für einen gesetzlichen Grundauftrag nicht ausreichen und später zusätzliche Kredite notwendig werden, sollten wir das jetzt ehrlich abbilden. Denn diese Fälle verschwinden nicht nur, weil wir die dafür notwendigen Stellen nicht budgetieren. Man kann sie nicht einfach aufschieben oder weniger gründlich bearbeiten. Die Arbeit fällt an, die Frage ist lediglich, ob wir dafür von Anfang an genügend Ressourcen bereitstellen oder später nachfinanzieren müssen. Die GFL unterstützt deshalb die zusätzlichen 5 FTE sowohl mit der Teilfinanzierung im Budget 2027 als auch mit der vollständigen Finanzierung in den Planjahren.
Schliesslich unterstützen wir auch die Anträge zum Präventionsprojekt "Tür an Tür". Diesen Entscheid haben wir uns nicht leicht gemacht, denn wir wollen ausdrücklich nicht jede Repriorisierung des Gemeinderats rückgängig machen. Hier sind wir aber zum Schluss gekommen, dass Prävention der falsche Ort ist zum Sparen. Gerade bei häuslicher Gewalt müssen wir versuchen, problematische Situationen möglichst früh zu erkennen und Betroffene zu erreichen, bevor sie weiter eskalieren. Es ist gesellschaftlich, menschlich und letztlich auch finanziell sinnvoller, früh zu intervenieren, als erst dann Massnahmen zu ergreifen, wenn es bereits zu spät ist. Deshalb wollen wir die Präventionsarbeit von "Tür an Tür" nicht schwächen.
Uns ist bewusst, dass diese Anträge das Budget zusätzlich belasten. Wir haben deshalb auch nicht den Anspruch, sämtliche Kürzungen dieser Sparrunde rückgängig zu machen. Aber priorisieren bedeutet eben nicht nur sparen, priorisieren bedeutet zu entscheiden, wo wir Kürzungen verantworten können und wo eben nicht. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien, bei einem funktionierenden Erwachsenen- und Kindesschutz und bei der Prävention von häuslicher Gewalt ist für die GFL diese Grenze erreicht.

**Präsidentin**: Herzlichen Dank für die erste Fraktionserklärung bei der Detailberatung der SUE.
Ich nehme nicht an, dass es noch eine weitere Fraktionserklärung gibt, für die die 4 Minuten ausreichen. – Das scheint nicht der Fall zu sein, dann herzlichen Dank für die heutige Sitzung. Vergesst bitte nicht, das Kärtchen noch zu unterschreiben.
Und dann wurde ich noch darauf aufmerksam gemacht, dass wir heute jemandem nicht zum Geburtstag gratuliert haben, der morgen Geburtstag hat. Darum, alle, die noch mit Lea Schweri anstossen wollen, anschliessend, ja, feel free – und noch einen schönen Abend und bis nächste Woche.

**Verschoben und eingereicht**

Verschobene Traktanden
Der Stadtrat unterbricht die Beratung des Geschäfts und verschiebt es auf die Sitzung vom 17. September 2026.
**Traktandum 4: Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2027-2030 mit Budget 2027; Abstimmungsbotschaft**
2025.FPI.0070

Eingereichte Vorstösse
Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:
https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/Vorstoesse-und-GRSR-Revisionen/2496526239.phpx
2026.SR.0312 | Motion | Eingereicht
**Motion: Keine Erhöhung der eigenen Entschädigungen ohne Zustimmung der Bevölkerung**
Nicolas Lutz, Mitte | Janosch Weyermann, SVP
2026.SR.0303 | Motion | Eingereicht
**Motion: Faire Entschädigung für Gewerbebetriebe bei langandauernden Baustellen**
Nicolas Lutz, Mitte | Simone Richner, FDP | Alexander Feuz, SVP
2026.SR.0300 | Motion als Richtlinie | Eingereicht
**Motion als Richtlinie: Schutz und Intimsphäre in Frauenbereichen gewährleisten**
Chantal Perriard, FDP
2026.SR.0307 | Motion als Richtlinie | Eingereicht
**Dringliche Motion als Richtlinie: Handlungsspielraum gegen Hitze in Schulen nutzen: Monitoring und Sofortmassnahmen**
Monique Iseli, SP | Evelyne Grieb, SP | Franziska Geiser, GB | Nora Joos, JA
2026.SR.0316 | Kleine Anfrage | Eingereicht
**Kleine Anfrage: Warme und heisse Sommer- und Herbsttage: Wieso wird die Badesaison nicht situativ verlängert?**
Alexander Feuz, SVP | Thomas Glauser, SVP | Ueli Jaisli, SVP | Niklaus Mürner, SVP
2026.SR.0315 | Kleine Anfrage | Eingereicht
**Kleine Anfrage: Warum unterstützt die Stadt Bern Polizeischikanen gegen die Brasserie Lorraine? Welche Konsequenzen zieht die Kantonspolizei?**
Esther Meier, GB | Lea Bill, GB | David Böhner, AL
2026.SR.0314 | Kleine Anfrage | Eingereicht
**Kleine Anfrage: Warum unterstützt die Stadt Bern Polizeischikanen gegen die Brasserie Lorraine? Welche Konsequenzen ziehen die involvierten Dienststellen aus dem Polizeieinsatz?**
Esther Meier, GB | Lea Bill, GB | David Böhner, AL
2026.SR.0313 | Kleine Anfrage | Eingereicht
**Kleine Anfrage: Warum unterstützt die Stadt Bern Polizeischikanen gegen die Brasserie Lorraine? Welche Konsequenzen zieht der Gemeinderat aus dem Polizeieinsatz?**
Esther Meier, GB | Lea Bill, GB | David Böhner, AL
2026.SR.0301 | Kleine Anfrage | Eingereicht

**Kleine Anfrage: Gastronomie im Tierpark Bern: Wer bestimmt, was auf den Teller kommt?**
Tobias Sennhauser, TIF | David Böhner, AL | Matteo Micieli, PdA
2026.SR.0311 | Interpellation | Eingereicht
**Interpellation: Viererfeld/Mittelfeld: Mehr Grün, mehr Biodiversität und eine bessere $CO_2$-Bilanz**
Thomas Glauser, SVP | Alexander Feuz, SVP
2026.SR.0310 | Interpellation | Eingereicht
**Interpellation: Viererfeld/Mittelfeld: 80 Millionen Franken Mehrkosten – wurden die Stimmberechtigten vor der Volksabstimmung ausreichend informiert?**
Thomas Glauser, SVP | Alexander Feuz, SVP
2026.SR.0308 | Interpellation | Eingereicht
**Interpellation: Viererfeld/Mittelfeld: Mindestens 80 Millionen Franken Mehrkosten – droht der Stadt ein Verlustgeschäft?**
Thomas Glauser, SVP | Alexander Feuz, SVP
2026.SR.0302 | Interpellation | Eingereicht
**Interpellation: Chippflicht ohne Chip-Kontrolle? Tote Heimtiere in der Stadt Bern**
Tobias Sennhauser, TIF | David Böhner, AL
2026.SR.0304 | Interpellation | Eingereicht
**Interpellation: Ein Solarkraftwerk an der Monbijoubrücke – das Solarpotenzial auf öffentlichen Infrastrukturen nutzen**
Chandru Somasundaram, SP | Vera Zotter, SP | Timur Akçasayar, SP
2026.SR.0305 | Interpellation | Eingereicht
**Interpellation: Schutz vor extremer Hitze: Wie kann die Bevölkerung der Stadt Bern vor der zunehmenden Hitze geschützt werden?**
Chandru Somasundaram, SP | Monique Iseli, SP | Vera Zotter, SP
2026.SR.0306 | Interpellation | Eingereicht
**Interpellation: Waldbrandrisiko in der Stadt Bern – Prävention, Einsatzbereitschaft und strategischer Handlungsbedarf**
Chandru Somasundaram, SP | Dominique Hodel, SP
2026.SR.0309 | Interpellation | Eingereicht
**Interpellation: Solarpanels auf dem Baldachin am Bahnhofplatz – Photovoltaik nutzen und Hitzebelastung reduzieren**
Lukas Wegmüller, SP | Esther Meier, GB

**Schluss der Sitzung: 22.27 Uhr.**

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

03.11.2026

X 

Signiert von: JELENA FILIPOVIC

Jelena Filipovic

für das Protokoll

X

Redaktion: Andreas Stucki